



in der nationalen und internationalen  
Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsberichte 2001

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Koordination  
Frauen-Politik & Gender-Politik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

*Redaktion:* Dr. Ursula Mehrländer

*Textbearbeitung:* Uta Kletzing

*Fotos:* AdsD, dpa, FES, Liebe, Schicke

*Gestaltung:* Pellens Kommunikationsdesign GmbH

*Druck:* Toennes Satz + Druck GmbH, Erkrath

Printed in Germany 2002

ISBN 3-86077-976-1

# Vorwort

Als Koordinatorin für Frauen-Politik/Gender-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung stelle ich Ihnen hiermit die Arbeitsberichte 2001 unserer Stiftung zu diesem Themenbereich vor. Sie informieren über die vielfältigen Aktivitäten der verschiedenen Abteilungen sowohl im nationalen als auch im internationalen Bereich.



Maßnahmen zur Frauenförderung bilden seit Mitte der 80er Jahre einen der Schwerpunkte der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Inzwischen gibt es eine Begriffsvielfalt: In der öffentlichen Diskussion reden wir von Chancengleichheit, Gleichberechtigung, Gleichstellung, Gender Mainstreaming – die inhaltliche Bedeutung wichtiger frauenpolitischer Termini ist immer unklarer geworden. Ich folge hier Dr. Clarissa Rudolph, die dazu Aussagen im DGB-Infobrief vom Oktober 2001 gemacht hat. Sie sagt: In den Begriffen der Frauenpolitik spiegelt sich der in der Vergangenheit zurückgelegte Weg wider: Von einer vehementen Betonung der Autonomie in Theorie und Organisation über die „Unterwanderung“ von Institutionen hin zu einer Strategie, die Männer einbindet und mit in die Verantwortung nimmt.

Diese letzte Aussage leitet über zu dem Begriff des Gender Mainstreaming, der sich seit Mitte der 90er Jahre herausgebildet

hat. Gender Mainstreaming ist das europäische Leitprinzip, das mit dem Vertrag von Amsterdam verbindliche Rechtskraft für die Mitgliedsländer der Europäischen Union erhielt. Bei Gender Mainstreaming handelt es sich um ein frauen- und gleichstellungspolitisches Instrument. Es sieht ein Maßnahmenbündel für die Verwirklichung von Chancengleichheit in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor. Überall sollen die Interessenslagen von Frauen und Männern berücksichtigt und gegenübergestellt werden. Ziel ist es, eine neue Qualität gesellschaftlicher und gleichstellungspolitischer Innovationen zu erreichen. Gender Mainstreaming soll aber die traditionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht ersetzen. Beide Ansätze gehören zusammen.

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung folgt diesen Prinzipien. Veranstaltungen, Trainingsmaßnahmen, Publikationen und Projekte zur Frauen-Politik/Gender-Politik werden entsprechend den

unterschiedlichen Kontexten, in denen unsere Stiftung tätig ist, angeboten. Sie finden sich daher in den Bereichen Politische Bildung, Wissenschaftliche Arbeit und Internationale Arbeit. Gemäß den unterschiedlichen Anliegen der Zielgruppen sowie den verschiedenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen variieren die von

unserer Stiftung in Deutschland und im Ausland durchgeführten Maßnahmen und Programme. Dem in der Öffentlichkeit und in der Politik wiedererstarbten Interesse an der Familienpolitik plus Kinderpolitik wurde insofern Rechnung getragen, als einige Veranstaltungen zu diesen Themenfeldern ebenfalls in den vorliegenden Bericht aufgenommen worden sind. Es versteht sich von selbst, dass diese Politikfelder die Frauen-Politik nicht verdrängen, sondern ergänzen sollen.

Mit den Arbeitsberichten 2001 wird ein Überblick über die frauen- und gender-politische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung gegeben. Weitere Informationen über unsere Arbeit können von den im Bericht genannten Ansprechpartnerinnen sowie über das Internet [www.fes.de/gender](http://www.fes.de/gender) erhalten werden. Ich hoffe, dass der vorliegende Bericht zur weiteren Diskussion und zur Fortentwicklung der Politik des Gender Mainstreaming beitragen kann.

*Dr. Ursula Mehrländer*

Koordination Frauen-Politik & Gender-Politik



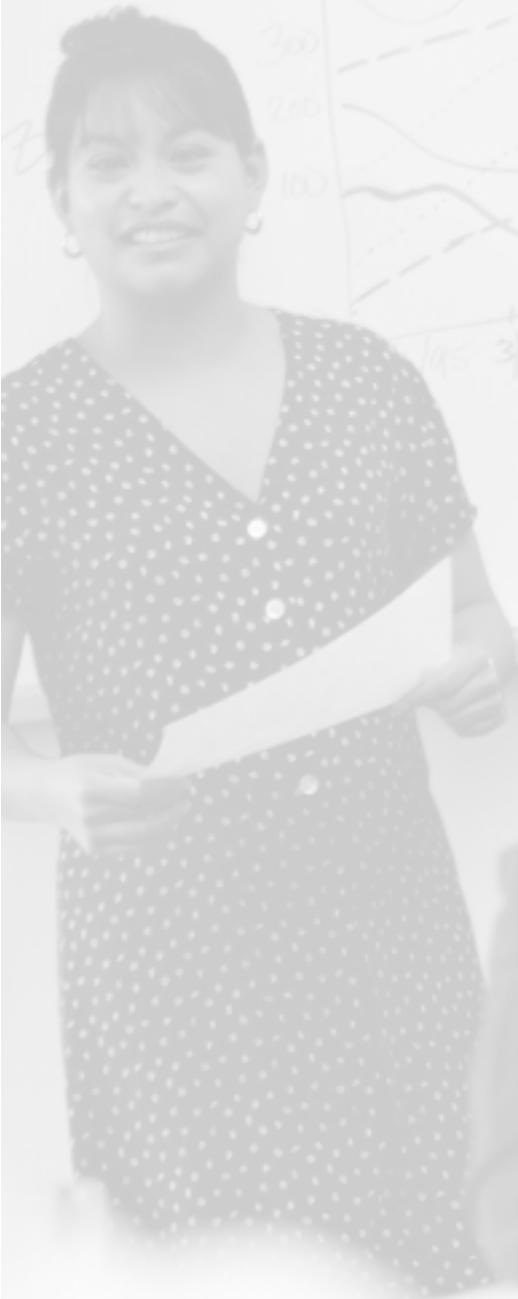
## Inhalt

<b>Politische Bildung</b>	6
<b>Dialog Ostdeutschland</b>	7
<b>Forum Politik und Gesellschaft</b>	7
<b>Landes- und Regionalbüros Ostdeutschland</b>	15
Landesbüro Brandenburg	15
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern	18
Landesbüro Sachsen	18
Landesbüro Sachsen-Anhalt	20
Landesbüro Thüringen	22
<b>Gesellschaftspolitische Information</b>	23
<b>Referat Frauenpolitik NRW</b>	23
<b>Regionalbüro Rheinland-Pfalz, Mainz</b>	27
<b>Akademie der Politischen Bildung</b>	28
<b>Akademie Frankenwarte Würzburg</b>	28
<b>BayernForum München</b>	30
<b>Akademie Management und Politik</b>	31
<b>Wissenschaftliche Arbeit</b>	32
<b>Wirtschafts- und Sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum</b>	
<b>Abteilung Arbeit und Sozialpolitik</b>	33
<b>Historischen Forschungszentrum</b>	
<b>Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte</b>	39
<b>Studienförderung</b>	42
<b>Internationale Arbeit</b>	44
<b>Internationaler Dialog</b>	45
<b>Westliche Industrieländer</b>	45
Belgien, Brüssel	45
Griechenland, Athen	46
Portugal, Lissabon	46
Türkei, Istanbul	47
USA, Washington D.C.	47



<b>Mittel- und Osteuropa</b>	49
Regionalbüro Belgrad: Kosovo, Montenegro, Serbien	49
Regionalbüro Zagreb: Bosnien-Herzegowina, Kroatien	50
Regionalbüro Sofia: Albanien, Bulgarien und Mazedonien	52
Ungarn, Budapest	52
Rumänien, Bukarest	54
Polen, Warschau	54
Russische Föderation, Moskau	56
Regionale Gewerkschaftskooperation	58
<b>Internationale Entwicklungszusammenarbeit</b>	60
<b>Brasilien:</b> Eine Chance für die unternehmerischen Frauen des Krokodilchens?	61
<b>Kolumbien:</b> Ohne Frauen keinen Frieden	62
<b>Tansania:</b> Dramatisierte Landrechte – Vom Ausschluss zum Besitz	62
<b>Südafrika:</b> Von nackten Tatsachen und widersprüchlichen Realitäten	63
<b>Thailand:</b> Politik machen statt Parlamente zieren	64
<b>Indien:</b> Frauen in der Kommunalpolitik – eine dezentrale stille Revolution	65
<b>Ägypten:</b> Rechtswege: CEDAW oder Sharia?	66
<b>Fit für's Internet:</b> Frauen in palästinensischen Kommunen	67
<b>Referat Entwicklungspolitik</b>	68
Lebens heißt frei sein: Internationaler Kongress für Frauen und Menschenrechte	68
Islamische Länder und Frauenrechte: ein Widerspruch?	68
<b>Internationaler Frauentag in der FES am 8. März 2001</b>	69
<b>Gender Mainstreaming als geschlechterpolitisches Konzept</b>	69
<b>Organigramm</b>	70
<b>Koordination Frauen-Politik &amp; Gender-Politik / Ansprechpartnerinnen</b>	72

# Politische Bildung



*Diese Abteilung erreicht über sieben Landes- und Regionalbüros in den ostdeutschen Ländern sowie dem in Berlin angesiedelten Forum Politik und Gesellschaft ihre Zielgruppen. Frauen- und Genderpolitik ist ein wichtiger integraler Bestandteil der gesamten gesellschaftspolitischen Arbeit und wird dezentral und flexibel organisiert. Aktuelle Anliegen von Frauen werden zeitnah aufgegriffen und orientieren sich in Ostdeutschland in besonderem Maße an den Bedürfnissen und Problemen vor Ort. In Berlin werden im Rahmen einer frauen-, jugend- und familienpolitischen Dialogplattform zudem bundesweit relevante Themen aufgegriffen.*

## Dialog Ostdeutschland

### Forum Politik und Gesellschaft

#### Veranstaltungen 2001 im Überblick (Auswahl)

##### **Frauen- und Gleichstellungspolitik**

- Die Hälfte der Macht! Das paritätische Wahlgesetz in Frankreich als goldener Weg zur Gleichstellung? – *Podiumsdiskussion mit Hildegard Wester, MdB*, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende (2. Juli)

- Mission Possible: Integration von Mädchen und Frauen in zukunftsorientierte Berufsfelder – *Podiumsdiskussion und Infobörse mit Edelgard Bulmahn*, Bundesministerin für Bildung und Forschung (18. Dezember)

- Chancen für Mädchen und Frauen türkischer Herkunft: Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation auf dem Arbeitsmarkt – *Workshop mit dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg* (12./13. Januar)

- Schutz für Mädchen und junge Frauen aus dem islamischen Kulturkreis vor familiärer Gewalt – *Internationale Konferenz mit Papatya* (13. Juni)

- *Workshop* zur Frauenpolitik im deutschen und asiatischen Vergleich (11. Mai)

##### **Familienpolitik**

- Papa ante portas: auf dem Weg zu einem neuen Väterbild? – *Podiumsdiskussion mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Christine Bergmann* (4. April)

- Gewaltfrei erziehen, aber wie?! Das Gewaltächtungsgesetz in der Praxis – *Podiumsdiskussion mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Christine Bergmann* (19. Februar)

#### Ausgewählte Veranstaltungsberichte:

- ***Die Hälfte der Macht! Das paritätische Wahlgesetz in Frankreich als goldener Weg zur Gleichstellung?***

(Podiumsdiskussion in Berlin, 2. Juli)

Chancengleichheit von Frauen und Männern darf nicht vom Zufall abhängen – auf rein freiwilliger Basis und ganz von selbst passiert wenig. Diese Bilanz lässt sich nach einigen Dekaden gleichstellungspolitischer Anstrengungen länderübergreifend ziehen. Die Podiumsdiskussion bot Gelegenheit, den Blick über die eigenen Grenzen und ins Nachbarland zu richten, wo ein ungewöhnlicher und in Europa einzigartiger Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter in der Politik vollzogen wurde.

#### **Das Zaubermittel: 50% Weiblich**

In Frankreich – bislang mit 11% weiblichen Abgeordneten das Schlusslicht, was die aktive Präsenz von Frauen in der Politik betrifft – verabschiedete das Par-

lament im Juni 2000 ein neues Gesetz zur Gleichstellung der Frau in der Politik. Das paritätische Wahlgesetz schreibt den Parteien verbindlich vor, jeweils 50% Kandidatinnen aufzustellen. Bei Nichtbefolgung drohen empfindliche finanzielle Einbußen. Dieses Gesetz, in den dortigen Medien teilweise als die „zweite französische Revolution“ klassifiziert, erbrachte in seiner Erstanwendung bei den Kommunalwahlen im März 2001 deutliche Resultate. In den französischen Städten mit mehr als 3.500 EinwohnerInnen – der Schwelle, ab der das Gleichstellungsgesetz Gültigkeit hat – schnellte der Anteil der Frauen in den Gemeinderäten von zuvor 22% auf über 47% hoch. Insgesamt wurden 38.072 Frauen in diesen Städten und Gemeinden gewählt. Dass die absolute Parität von 50% hierbei noch nicht vollständig erreicht werden konnte, liegt an der Art und Weise, wie die Parteien ihre Wahllisten aufstellen: Das Gesetz schreibt nämlich nicht vor, dass bei den KandidatInnenlisten immer abwechselnd eine Frau und ein Mann aufgeführt werden müssen, sondern dass die Parität der Geschlechter in Gruppen mit jeweils sechs KandidatInnen gegeben sein muss. Trotzdem war der Erfolg durchschlagend, so dass es den Anschein hat, als habe Frankreich das neue Zaubermittel zur Gleichstellung der Geschlechter in der Politik erfunden. Inwieweit politische Inhalte durch die verstärkte weibliche Präsenz verändert werden, ist noch nicht abzusehen. Ghislaine Toutain, Leiterin der Abteilung Außenbeziehun-

gen der Jean-Jaurès-Stiftung und ehemalige Regierungsberaterin sowie Abgeordnete des französischen Parlaments, ist jedoch davon überzeugt, dass mit dem Parité-Gesetz ein Prozess der demokratischen Erneuerung in der politischen Kultur Frankreichs in Gang gesetzt wurde – ein Prozess, der irreversibel ist und durch die junge Generation unterstützt wird.

### Der Weg dahin

Frau Toutain erläuterte anschaulich das neue Instrument. Warum die Entscheidung für so ein Gesetz nach langen Kämpfen gegen parteiinterne Quoten? Trotz der Männerdominanz in Frankreichs politischer Landschaft wurden Quoten als Instrument der „positiven Diskriminierung“ stets auch von vielen Frauen in Politik und Gesellschaft abgelehnt, da diese dem Gleichheitsgrundsatz widersprochen hätten. Eine weitreichende und parteiübergreifende Solidarisierung der Frauen, wie Deutschland oder Skandinavien sie kennt, hat in Frankreich nicht stattgefunden. Der entscheidende Anstoß für das neue Gleichstellungsgesetz kam schließlich durch das Wahlversprechen der Parti Socialiste und insbesondere des Premierministers Lionel Jospin, in dem er den Frauen einen der modernen Demokratie angemessenen Anteil am politischen Leben zusicherte.

### Parität in Deutschland?

Wäre das Paritätsgesetz in Deutschland anwendbar, oder sind die gesellschaftlichen Entwicklungen in beiden Ländern zu



unterschiedlich verlaufen? Hildgard Wester, MdB und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Familie, Frauen, Senioren sowie Gesundheit, stellte in ihrer Bilanz der Entwicklung der bundesdeutschen Gleichstellungspolitik heraus, dass hier andere Wege als in Frankreich gegangen wurden. Von durchschlagender



**Die Zeit für eine EU-weite Frauensolidarisierung und -vernetzung ist reif – Europa kann als demokratisches Europa nur gebaut werden, wenn die Frauen den ihnen angemessenen Platz einnehmen.**



Bedeutung in den letzten Dekaden war tatsächlich das Instrument der Quotenbildung innerhalb der SPD und der Bündnis 90/Die Grünen, was eine deutlich höhere Präsenz von Frauen in politischen Positionen bewirkt hat. Ein Parité-Gesetz würde sich daher höchstens in Kombination mit der Quotenbildung anbieten. Nicht nur Diskussions-, sondern auch Hand-

lungsbedarf bestünde aber sicherlich, bekräftigte Hildegard Wester. Trotz der Verankerung der gleichen Rechte von Frauen und Männern im Grundgesetz, trotz eines Gleichstellungsgesetzes im öffentlichen Dienst, trotz der wachsenden Verbreitung des Gender Mainstreaming-Prinzips können Frauen nach wie vor ihre politischen Forderungen nicht so durchsetzen, wie es angebracht und auch politisch wichtig wäre. Hanna Wolf, MdB und stellvertretende frauen- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, stellte heraus, dass der Nachteil der Quote gegenüber einem Gesetz nach dem französischen Modell sei, dass es bei Nichteinhaltung keine Sanktionen gäbe – mit Ausnahme der fehlenden Stimmzettel von enttäuschten Wählerinnen. In Bundesländern mit einer großen Anzahl von Direktmandaten sollte man darüber nachdenken, ob sich eine gesetzliche Neuregelung lohnen würde. Sowohl Hildegard Wester als auch Hanna Wolf betonten die Wichtigkeit parteiübergreifender Solidarität der Frauen im Parlament, deren Abwesenheit im französischen Kontext Frau Toutain zuvor beklagt hatte. Etliche Gesetze konnten nur dank der Kooperation von Parlamentarierinnen über Fraktionsgrenzen hinweg verabschiedet werden. Die Zeit für eine EU-weite Frauensolidarisierung und -vernetzung sei reif – Europa kann als demokratisches Europa nur gebaut werden, wenn die Frauen den ihnen angemessenen Platz einnehmen.

● **Mission Possible – Mädchen und Frauen in Technik und Naturwissenschaft**  
(Podiumsdiskussion und Infobörse in Berlin 18. Dezember)

Die Tatsache, dass in den zukunftsträchtigen Berufsfeldern wie in den Bereichen Technik und Naturwissenschaft ein eklatanter Mangel an Fachkräften herrscht, lässt die Politik mit der Green-cardoffensive und dem anstehenden neuen Zuwanderungsgesetz bereits strategische Maßnahmen ergreifen. Wo bleiben jedoch die bereits gut ausgebildeten Frauen und die noch auszubildenden jungen Frauen und Mädchen als Arbeitsmarktpotenzial für diese Bereiche? Wie sind ihre Zugangsmöglichkeiten und -chancen in Bildung, Ausbildung, Beruf sowie in Wissenschaft und Forschung?

In den technischen, mathematischen und informationstechnologischen Studiengängen ist noch immer ein eklatantes Ungleichgewicht zu Lasten von Frauen zu finden. Sie machen lediglich einen Anteil von 2 bis 3% aus. Ingenieurinnen, Informatikerinnen oder Gentechnikerinnen sind in auffallend geringer Zahl in Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft sowie in der Informations- und Biotechnik vertreten. Was machen Schulen, Universitäten, Unternehmen und Politik, um Frauen und Mädchen für Technik und Naturwissenschaft zu motivieren und zu qualifizieren? Gibt es Modelle der Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in diesem Bereich?

Beispiele zeigen, dass es sich bei der Mission „Frauen und Mädchen in Technik und Naturwissenschaft“ durchaus um eine „Mission Possible“ handelt. Die „Queens“ der Branchen, ExpertInnen aus Wirtschaft und Wissenschaft und hochrangige Podiumsgäste wie Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung, sowie Iris Gleicke, MdB und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, bestritten die Podiumsdiskussion und standen auch in der anschließenden Infobörse als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung. Informationen und Informationsquellen über neue und chancenreiche Berufe und Berufsfelder wurden vorgestellt.

● **Chancen für Mädchen und Frauen türkischer Herkunft: interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation auf dem Arbeitsmarkt**

(Workshop Berlin, 12./13. Januar)

Migrantinnen sind meistens auf sich selbst gestellt dabei, sich in einer für sie fremden Kultur und mit einer fremden Sprache zu orientieren, den Alltag zu meistern und eine berufliche Perspektive zu entwickeln. Das notwendige Selbstvertrauen und das Wissen über ihre Möglichkeiten fehlt vielen. Bevor sie den Weg zu den Beratungsstellen für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten finden, vergeht oft viel Zeit.

Gegenstand des Workshops, der gemeinsam mit dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg organisiert wurde, war die wichtige Ressource für den Arbeits-

markt und die gesellschaftliche Entwicklung, die Migrantinnen besitzen: Interkulturelle Kompetenz. Diese wird jedoch zu wenig als solche erkannt und genutzt. Was hat interkulturelle Kompetenz mit neuen Berufschancen zu tun? In Arbeitsgruppen wurden folgende Fragestellungen behandelt: Welchen Stellenwert haben interkulturelle Kompetenz und andere Schlüsselqualifikationen für die Situation schulischer und betrieblicher Ausbildung junger Migrantinnen? Im Mittelpunkt des Workshops stand außerdem die Frage, wie ihre Fähigkeiten zur Selbsthilfe gefördert werden können. Die vorhandenen Maßnahmen und Projekte wurden in komprimierter Form vorgestellt. Außerdem wurde nach weiteren Strategien und Ansätzen zur Findung neuer Berufs- und Arbeitsfelder sowie Möglichkeiten der Weiterqualifizierung für Migrantinnen gesucht.

● **Schutz für Mädchen und junge Frauen aus dem islamischen Kulturkreis vor familiärer Gewalt**

(Internationale Konferenz in Berlin, 13. Juni)

„Wir werden unterdrückt, wir haben Angst, und wir dürfen nicht wirklich leben. Angst ist unser Grundgefühl.“

„Ich finde, wir sollten kein Bild von Mädchen und Frauen aus dem islamischen Kulturkreis prägen, das sie als Opfer stigmatisiert.“

Diese zwei Aussagen junger Migrantinnen verdeutlichen die Problematik des Umgangs mit diesem sensiblen Thema: Einerseits muss den jungen Migrantinnen, die von Verfügungsgewalt, sexueller Gewalt, Zwangsheirat oder Ehrmorden und genitaler Verstümmelung betroffen sind, konkrete Hilfe angeboten werden. Auf der anderen Seite muss eine er-

**„Wir werden unterdrückt, wir haben Angst, und wir dürfen nicht wirklich leben. Angst ist unser Grundgefühl.“**



neute Stigmatisierung von islamischen Migrantinnen als Opfer und deren männlichen Familienmitgliedern als Täter vermieden werden.

### Eine Annäherung an die Problematik

Die internationale Konferenz wurde gemeinsam mit „Papata“, der deutsch-türkischen Kriseneinrichtung für Minderjährige und junge Frauen in Berlin, organisiert. Die Kriseneinrichtung Papatya hat seit Mitte der 80er Jahre bereits ca. 1.000 betroffenen jungen Frauen Zuflucht geboten. Hier darf nicht verallgemeinert werden, aber in einer Reihe von islamischen Migrantenfamilien kommen zu den aus Multiproblemfamilien bekannten Risikofaktoren für Gewalt wie Arbeitslosigkeit, kleine Wohnungen, Trennung der Eltern und Kriminalität die häufig traditionell und stark

patriarchalisch geprägten Strukturen verstärkend hinzu: Hinderung an Schulbesuch oder Ausbildung, Ausgangsverbot, Reduzierung auf Hausarbeit, Versorgung der Geschwister und Zwangsheirat sind hieraus resultierende häufig auftretende Formen der Verfügungsgewalt über Mädchen und junge Frauen in diesen Familien. Gewalt und sexueller Missbrauch im privaten Bereich werden innerhalb der Familien tabuisiert. Familiäre Netzwerke, die schützend einwirken und Zuflucht bieten könnten, sind durch die Migration kaum mehr vorhanden. Dazu kommen Scham, ökonomische Abhängigkeit, Furcht vor Ausweisung und Sprachbarrieren. Aber es fehlen auch Zufluchtsstellen für die am häufigsten betroffenen Mädchen zwischen 13 und 20 Jahren. Das macht es nahezu unmöglich, Hilfe zu finden.

### „Only women help women...“

Dies stellte eine Teilnehmerin treffend fest, denn es waren fast ausschließlich Frauen, die aus Einrichtungen in Frankreich, Holland, Schweden, Österreich, Großbritannien, Deutschland und der Türkei zur Konferenz kamen, auf dem Podium ihre Projekte vorstellten und gemeinsam mit dem Publikum ihre Erfahrungen zum Schutz der von Gewalt betroffenen Mädchen aus Migrantenfamilien austauschten. In Information, Vernetzung, Sensibilisierung lagen die Ziele der Konferenz.

Seit vier Jahren ist Papatya an der Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union zum „Schutz für Mädchen und junge Frauen muslimischer Herkunft vor Gewalt in der Familie“ beteiligt. Die Schwerpunkte des unter dem Namen „DAPHNE“ laufenden Projekts liegen in der Aus- und Weiterbildung von MitarbeiterInnen im interkulturellen Bereich, in der Sensibilisierung der Gesellschaft für die Probleme der Mädchen sowie im Informationsaustausch. Ein weiteres von Papatya vorgestelltes und in Zusammenarbeit mit der Universität Nottingham initiiertes Internet-Projekt „Muslim Women behind the veil“ bietet jungen Migrantinnen weltweit die Möglichkeit, sich in geschützten Chatrooms und Foren über Erfahrungen mit Zwang und Gewalt auszutauschen und sich Rat zu holen, auch anonym. Allen auf der Konferenz vorgestellten Projekten ist gemeinsam, dass sie unter chronischen Finanzierungsproblemen leiden. Die Papatya-

*„Ich finde wir sollten kein Bild von Mädchen und Frauen aus dem islamischen Kulturkreis prägen, das sie als Opfer stigmatisiert.“*



Vertreterin Frau Kultus berichtete, dass die Gelder vom Senat der Stadt Berlin bereits seit sechs Jahren nicht die Kosten der Kriseneinrichtung und der Projektarbeit decken würden. Die Lücken werden mit EU-Mitteln – unter anderem aus dem DAPHNE-Projekt – gefüllt. Auch die dauerhafte finanzielle Absicherung des Internet-Projektes sei nicht gewährleistet.

### Forderungen

Bessere finanzielle Absicherung war nur eine der Forderungen der KonferenzteilnehmerInnen. Auf der internationalen Konferenz wurde außerdem mehr Unterstützung für die so genannten „Heiratsmigrantinnen“ verlangt. Es handelt sich hierbei um junge, häufig noch minderjährige Frauen, die von ihren Verwandten aus ihren Heimatländern in ein anderes Land zwangsverheiratet wurden. Die Ehemänner benutzen die drohende Abschiebung häufig als Abschreckungsinstrument gegen eventuelle Trennungsabsichten ihrer Frauen. Erstens sind Veränderungen der in einigen europäischen Ländern sehr restriktiven gesetzlichen Abschieberegulungen notwendig. Zweitens forderte *Eren Unsal* vom Türkischen Bund Berlin Integrationskurse für alle MigrantInnen nach holländischem Vorbild, um gerade die häufig extrem isoliert lebenden Frauen und Mädchen durch obligatorische Sprachkurse und Einweisungen in gesetzliche Regelungen, bürokratische Vorgänge und kulturelle Gepflogenheiten der Einwanderungsländer aus ihrer extrem abhängigen Situation herauszuholen.

### ● *Papa ante Portas – auf dem Weg zu einem neuen Väterbild?*

(Podiumsdiskussion in Berlin, 4. April)

Unsere Gesellschaft verändert sich, aber asymmetrisch. Gut ausgebildete Frauen, die den Spagat zwischen Beruf und Familie wagen, gibt es reichlich. Männerbiographien, die sich durch aktives Engagement in der Familien- und Erziehungsarbeit auszeichnen – statt beruflichen Engagements oder zusätzlich zu diesem –, sind nach wie vor selten. Die Podiumsdiskussion stellte die Frage, welches Väterbild in unserer Gesellschaft existiert und wohin es sich entwickelt.

### Familie überzeugt (noch) nicht

Obgleich die sozialpolitischen Rahmenbedingungen spätestens seit der Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes vom 1. Januar beiden Elternteilen deutliche Anreize zu familiärem Engagement schaffen, ist die Teilzeitquote bei Männern, insbesondere in höheren Positionen, verschwindend gering. Nur wenige nehmen die Elternteilzeit in Anspruch. Dabei ist die Familie der Ort, an dem soziale Kompetenz, Flexibilität, Führungsqualitäten und Verantwortungsgefühl aus erster Hand erworben werden – alles Faktoren, die sich mehr und mehr zu Schlüsselqualifikationen auf dem Arbeitsmarkt erweisen. Ist nicht Kindererziehung das ideale ManagerInnentraining? Auch ArbeitgeberInnen sollten sich dann eigentlich über familienorientierte Männer nur freuen. Warum wird

diese Ressource vom männlichen Teil der Gesellschaft dennoch so wenig genutzt? Ganz abgesehen von erhöhter Lebensqualität und -freude, die familiäres Engagement bringt.

### „Es kann sehr schön sein, wirklich dabei zu sein ...“

Dies ruft die aktuelle Kampagne der Bundesregierung „Mehr Spielraum für Väter“ ins Bewusstsein. Dr. Christine Bergmann, Bundesfamilienministerin, erläuterte auf der Veranstaltung Inhalte und





**Für viele Frauen gelte immer noch die Statusfrage: Arbeitende Gatten würden auch von ihnen gesellschaftlich höher geschätzt als Hausmänner.**



Zielsetzung dieser Öffentlichkeitskampagne. Das neue Gesetz zur Elternzeit und zum Erziehungsgeld sei bereits eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen und damit ein Beitrag zur Modernisierung und zu mehr Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft. Um mehr als die gegenwärtig knapp 2% Väter zur Elternzeit zu ermutigen, bedürfe es jedoch auch neuer Ansätze in der Arbeitswelt sowie neuer Rollenverständnisse. Daher hat sich die Bundesregierung zur

Aufgabe gemacht, gemeinsam Unternehmen für ein neues Leitbild von Männern und Vätern in der Gesellschaft zu werben. Dabei sollte jedoch keineswegs der moralische Zeigefinger erhoben werden. Vielmehr solle den herkömmlichen Verhaltensmustern provokativ, aber sympathisch, ein Spiegelvorgehalten werden. Dr. Christoph Zschocke, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer, zeigte sich diesem neuen Väterbild gegenüber durchaus aufgeschlossen. Dennoch vertrat er die These, dass die Entscheidung für Kinder von unserer individualisierten Leistungsgesellschaft schwer gemacht würde. Die durch den Staat geschaffenen Rahmenbedingungen wie zum Beispiel Kindertagesstätten seien nicht ausreichend. Unternehmen wären grundsätzlich freiwillig bereit, mit flexiblen Arbeitszeitmodellen mehr Verantwortung zu übernehmen. Sie sollten jedoch nicht durch gesetzliche Regelungen gezwungen werden.

### **Wer legt denn eigentlich die Rollenbilder in der Gesellschaft fest?**

Gisela Erler, Familienforscherin und Unternehmensberaterin, wusch in diesem Zusammenhang den Frauen den Kopf. Nun sei es an ihnen, die Chancen auch wirklich zu nutzen, die ihnen von den Männern mittlerweile gewährt werden. Zu viele noch würden auf die Nutzung ihrer eigenen Potenziale zugunsten eines möglichen beruflichen Aufstiegs des Partners verzichten – unnötigerweise, denn 70% der Männer würden ohnehin keine Karriere machen. Für

viele Frauen gelte immer noch die Statusfrage: Arbeitende Gatten würden auch von Ihnen gesellschaftlich höher geschätzt als Hausmänner. Zu den erfolgreichen Männern, die auf eine steile Karriere zurückblicken, gehört sicherlich der prominente Schauspieler Rainer Hunold. Sein größtes Glück und innigstes Engagement läge keineswegs im Beruf, sondern im Zusammensein mit seinen beiden Kindern, machte er glaubhaft deutlich. Doch trotz der relativ privilegierten Lebens- und Arbeitsbedingungen, die seine Branche mit sich bringt, beklagte auch er, dass ein aktives Vaterdasein oftmals im Spannungsfeld zwischen Wunsch und Realität läge. Gehört er damit zu den neuen Männern, die zwischen „Weichei“ und „tough guy“ hin und her pendeln, wie Buchautor und Forscher Rainer Volz es formulierte? Auf alle Fälle existieren die neuen Männerbilder bereits in der Wirklichkeit, so Volz. Etwa ein Fünftel aller Männer sind bereits partnerschaftlicher eingestellt, würden Frauen als Vorgesetzte akzeptieren und zeigen sich ihnen gegenüber auch in Zeiten von Arbeitsplatzknappheit solidarisch. Ist damit bereits die Ära des „Papa ante Pampers“ eingeleitet? Moderatorin Irmela Hannover, WED-Redakteurin des einzigen deutschen TV-Familienmagazins „ServiceZeit Familie“, formulierte ihr Mini-Fazit jedenfalls so: „Der Papa ante portas ist zumindest dabei, die Klinke runterzudrücken – hoffen wir, dass er demnächst richtig durch die Tür geht!“

● ***Gewaltfrei erziehen, aber wie?! Das Gewaltächtungsgesetz in der Praxis***  
(Podiumsdiskussion, 19. Februar)

Wissenschaftliche Studien belegen, dass über 1 Million Kinder in Deutschland regelmäßig körperlich misshandelt werden. Mit dem Gesetz zur Ächtung von Gewalt in der Erziehung, das im vergangenen Jahr in Kraft getreten ist, wurde die Rechtslage geändert und eine unmissverständliche Botschaft verkündet: Gewalt ist kein Mittel der Erziehung. Ein Gesetz, das Kindern das Recht auf angstfreies Aufwachsen zusichert, ist ein wichtiger erster Schritt, um einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel zu erreichen – seine Umsetzung der zweite Schritt.

### **Mehr Respekt vor Kindern**

Die Podiumsdiskussion bot Gelegenheit, mit hochkarätigen Podiumsgästen zu debattieren, wie Missverständnisse und Hemmnisse bei der praktischen Umsetzung des

Gewaltächtungsgesetzes beseitigt und eine gesellschaftliche Bewusstseinsänderung in Richtung Gewaltfreiheit unterstützt werden kann. Bundesfamilienministerin Dr. Christiane Bergmann erläuterte Hintergründe und Zielsetzung der Kampagne „Mehr Respekt vor Kindern“, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Umsetzung des neuen Gesetzes initiiert hat. Diese Kampagne wird von einer Fülle bundesweiter Institutionen und Verbänden sowie zahlreichen lokalen Einrichtungen getragen. Eltern sollen dadurch in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und zu einem Erziehungsverhalten motiviert werden, das sich an den Rechten und Bedürfnissen des Kindes orientiert. Die „Deutsche Liga für das Kind“ ist einer der großen Träger dieser Aktion. Ihr Geschäftsführer Dr. Jörg Maywald betonte, dass „Kinder unschlagbar“ – im doppelten Sinne – seien: Zum einen müssen Schläge tabu sein in

der Erziehung. Zum anderen sind Kinder „unschlagbar großartig“ als kleine Persönlichkeiten, deren Würde und Einzigartigkeit nicht immer wahrgenommen werden. Auch der „Arbeitskreis Neue Erziehung“, vertreten durch Deniz Düleç, unterstützt die Kampagne. Frau Düleç leitet den Bereich der interkulturellen Familienberatung beim Arbeitskreis und berät seit vielen Jahren Mütter und Väter türkischer Herkunft bei Familienproblemen. Das Aufzeigen pragmatischer Wege, um Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei zu lösen, ist essentiell bei der Umsetzung des Gewaltächtungsgesetzes, betonte Bundesministerin Dr. Bergmann. Sie ermutigte die TeilnehmerInnen, die vielfältigen Hilfsangebote von Trägern der Jugendhilfe und Familienarbeit intensiver und frühzeitiger wahrzunehmen.

***Mit dem Gesetz zur Ächtung von Gewalt in der Erziehung, das im vergangenen Jahr in Kraft getreten ist, wurde die Rechtslage geändert und eine unmissverständliche Botschaft verkündet: Gewalt ist kein Mittel der Erziehung.***



## Die Rolle von Medien und Rahmenbedingungen

Eine wichtige Rolle bei der Prägung gesellschaftlicher Leitbilder spielen die Medien. *Irmela Hannover*, Redakteurin beim WDR-Magazin „ServiceZeit Familie“, legte dar, dass sich die Medien im Spagat zwischen Einschaltquote und Verantwortung leider häufig nur für die Einschaltquote entscheiden – zumindest was Familienthemen anbetrifft. Ihr Familienmagazin ist das einzige, das es gegenwärtig in der deutschen Fernsehlandschaft gibt. In der Diskussion mit dem Plenum, die von ORB-Journalistin Carla Kniestedt moderiert wurde, wurde wieder einmal deutlich, dass die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe der Kindererziehung massiv von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Umwelt beeinflusst wird. Konsens herrschte unter den Podiumsgästen darüber, dass wir auf alle Fälle insgesamt mehr Kinderfreundlichkeit in unserem Lande brauchen.

## Landes- und Regionalbüros Ostdeutschland

### Landesbüro Brandenburg

#### Veranstaltungen 2001 im Überblick (Auswahl)

- Gender Mainstreaming: Der Unterschied bringt's – Forum mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Oder-Spree (*Konferenz in Beeskow, 1. März*)
- „Endlich (d)ich(t)...?": Leben in der Suchtgesellschaft (*Wochenendseminar für Frauen in Bad Saarow, 23.-25. März*)
- Politik für Frauen und Männer: Gender Mainstreaming – aber wie? (*Fachtagung mit dem brandenburgischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Potsdam, 28. November*)
- Hexenküche – Frauenpolitische Visionen am Beginn des 21. Jahrhunderts (*Zukunftswerkstatt für Frauen in Teutitz, 29. Juni bis 1. Juli*)
- Jetzt rede ich...! Handeln in Politik und Gesellschaft durch freies Reden (*Rhetorik-Wochenendseminar für Frauen in Lübbenau, 12.-14. Oktober*)



## Ausgewählte Veranstaltungsberichte:

● *Politik für Frauen und Männer: Gender Mainstreaming – aber wie?*  
(Fachtagung in Potsdam, 28. November)

Fast 180 Teilnehmende aus der brandenburgischen Landes- bzw. Kommunalverwaltung und anderen Fachbereichen sowie ExpertInnen aus Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Sachsen diskutierten auf dieser Fachtagung, die gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg veranstaltet wurde. In Arbeitsgruppen wurde die Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prinzips in vier verschiedenen Gesellschaftsbereichen diskutiert: Was muss passieren, damit Gender in den Mainstream von Kommunalpolitik, Medien, Gesundheitswesen und Wirtschaftsunternehmen kommt? Das Ziel aller genannten Bereiche ist, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowohl in den Personalstrukturen als auch in der inhaltlichen Arbeit zu verwirklichen. Die Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Lebenszusammenhängen in allen Gesellschaftsbereichen soll zum Markenzeichen von Arbeits- und Lebensqualität werden. In allen Bereichen ist zu beachten, dass Gender Mainstreaming dem Top-Down-Umsetzungsprinzip folgt: Das bedeutet, dass die Führungsebene ihren Willen bekunden und entsprechende Maßnahmen einleiten muss.



### Bereichsspezifische Umsetzung von Gender Mainstreaming

Sämtliche Fach- und Querschnittspolitiken im Land Brandenburg werden sich zukünftig am Leitprinzip des Gender Mainstreaming orientieren. Ausschüsse, Verwaltungsgremien und Beiräte müssen eine geschlechterparitätische Besetzung nachweisen. Ein Kabinettsbeschluss des Landes zu Gender Mainstreaming muss herbeigeführt werden, um Vorbild für andere Bereiche zu sein. Die Arbeitsgruppe Medien sprach sich einerseits für Arbeitsstrukturen aus, die Journalistinnen und Journalisten sowie den weiblichen und männlichen Beschäftigten aus den Pressestellen der Behörden eine gleichberechtigte berufliche Entfaltung ermöglichen. Andererseits soll für die Pressearbeit maßgeblich sein, mehr gleichstellungspolitisch relevante Themen in die Berichterstattung der Brandenburger Medien aufzunehmen und eine durchgängig geschlechterbewusste Berichterstattung zu leisten. Der Tatsache Rechnung tragend, dass Frauen anders krank sind als Männer, forderte die Arbeitsgruppe Gesundheitswesen den Ausbau frauenspezifischer Versor-

gungs- und Vorsorgemaßnahmen. In die Bearbeitung bestimmter Gesundheitsprobleme, zum Beispiel Essstörungen, Sucht und Krebs, sollen die speziellen Lebensumstände von Frauen einfließen. Speziellem Engagement bedarf in diesem Rahmen das Thema der häuslichen Gewalt an Frauen. Definitionsgrundlagen zum gemeinsamen Verständnis von Frauengesundheit sollen geschaffen und frauenspezifische Gesundheitsziele festgelegt werden. Gender-Fragen in den Mainstream der Wirtschaft zu bringen, bedeutet, die Einsicht zu fördern, dass unternehmerische und gleichstellungspolitische Gleichstellungsziele ähnlich sind: Potenziale von Männern und Frauen sollen gleichermaßen erkannt und gefördert werden. Auf wirtschaftspolitischer Ebene wurden ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft mit Verbandsklagerecht und eine Gleichstellungs-Kontrollbehörde, die Sanktionen verhängt, gefordert. Auf Unternehmensebene sind Betriebsvereinbarungen, Programme zur Frauenförderung und gleichstellungsbeauftragte Personen geeignete Mittel.



## **Bereichsübergreifende Strategien des Gender Mainstreaming**

Der Umsetzung von Gender Mainstreaming in Kommunalpolitik, Medien, Gesundheitswesen und Wirtschaft liegen ähnliche bereichsübergreifende Strategien zugrunde. *Erstens* ist es wichtig, dass die Gender-Perspektive nicht die bisherige Frauenförderung ersetzt, sondern sie ergänzt. Die Frauenförderungsstrukturen müssen unbedingt erhalten, ausgebaut und die Vernetzung von Frauen gefördert werden.

*Zweitens* bildet die Entwicklung gleichstellungspolitischer Steuerungsinstrumente die Grundlage für ein Konzept aufeinander abgestimmter Maßnahmen und Aktivitäten in jedem Bereich. Qualitätsstandards und konkrete Indikatoren für die bereichsspezifische Durchsetzung von Chancengleichheit müssen definiert werden. Diese Kriterien dienen – als Checklisten für eine entsprechende Analyse – sowohl der Feststellung des IST-Zustandes als auch der Festlegung des SOLL-Zustandes in jedem Bereich. Zum Beispiel sollen hinsichtlich dieser Soll-Kriterien alle Politik- und Verwaltungsfelder evaluiert werden. Im Rahmen der Pressearbeit wird

eine modellhafte, spartenübergreifende Inhaltsanalyse der Brandenburger Medien und der Kommunikationspolitik der Landesregierung im Sinne einer Ist-Analyse vorgenommen. Gleichstellungscontrolling besteht darin, den Ist-Zustand immer wieder mit dem Sollzustand abzugleichen und gegebenenfalls Handlungsbedarf abzuleiten. Zur Unterstützung dieses Prozesses müssen alle Daten und Statistiken nach Geschlechtern getrennt aufbereitet werden. Die Schaffung eines regionalen Kompetenzzentrums für Gender Mainstreaming ist angedacht, um die Entwicklung der Steuerungsinstrumente zu unterstützen. Ein gender-thematisierendes bzw. gender-bewusstes Berichtswesen soll ebenfalls in allen Bereichen etabliert werden: Zum Beispiel wird es einen gleichstellungspolitischen Medienbericht sowie länder- und kommunenspezifische Gesundheitsberichte wie beispielsweise den Bericht „Männer, Frauen, Gesundheit“ aus Nordrhein-Westfalen geben.

*Drittens* müssen gesellschaftspolitische Veränderungen wie die Durchsetzung von Gender Mainstreaming mit intensiver Bildungsarbeit in Form von Informieren, Sensibilisieren und Überzeugen

begleitet werden. Dazu dienen Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Veranstaltungen sowie Workshops, Gender-Trainings, Tagungen und regelmäßige Fortbildungen, die bereichsspezifisch in ihren thematischen Schwerpunkten variieren.

*Viertens* ist mit der Schaffung von Kompetenz und Expertise eng verbunden der Aufbau von regionalen und überregionalen institutionenübergreifenden Netzwerken gleichstellungsunterstützender AkteurInnen, um mit anderen ExpertInnen zusammenzuarbeiten und MultiplikatorInnen zu schaffen. Bund, Länder und Kommunen müssen verzahnt werden, ein Zusammenschluss von Gleichstellungsbeauftragten, Vereinen und Verbänden auf kommunaler Ebene ist wünschenswert. Die Frauengesundheitsbewegung wird im Dialog mit PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und den Organen der Selbstverwaltung gemeinsame Positionen erarbeiten und gesundheitliche Fragestellungen mit sozialer Strukturentwicklung vernetzen.

*Fünftens* soll bei der Verteilung finanzieller Mittel die Gender-Perspektive berücksichtigt werden, indem die Mittel entsprechend ausgewogen und problemadäquat verteilt werden. Auf der haushaltspolitischen Ebene zum Beispiel sollen Mittelabflussanalysen unter Gender-Perspektive erfolgen.

„Gender Mainstreaming - Markenzeichen eines modernen Qualitätsmanagements“, so lautete die Überschrift der Pressemitteilung des Brandenburger Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen und auch das Fazit der Fachtagung.

## Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

### Veranstaltungen 2001 im Überblick (Auswahl)

- Frauenprojektarbeit: „Guter Antrag – halb genehmigt“ – Von A wie Antragslyrik bis F wie Finanzierung (*Seminar in Greifswald, 21. Februar*)
- Grenzerfahrungen: Frauenrealitäten in Ost und West – 10 Jahre danach und kein Stückchen weiter... (*Seminar in Gottin, 23.–25. Februar*)
- Frauen verlassen ihr Land – Weibliche Fluchtgründe (*Diskussionsabend in Wismar, 16. März*)
- Frauenprojektarbeit: „Perfekte Abrechnung – die Visitenkarte eines Projekts“ – Von A wie Abrechnung bis V wie Verwendungsnachweis (*Seminar in Greifswald, 22. März*)
- „Öffentlichkeitswirksame Frauenprojektarbeit“ – Das A und O der Pressearbeit (*Seminar in Greifswald, 25. April*)
- Grenzerfahrungen: Mütter und Töchter – „Ich schaue in den Spiegel und sehe meine Mutter“ (*Seminar in Gottin, 27.–29. April*)
- „Frauen gehen voran“ – Das Verhältnis von Frauen zur Macht (*Seminar in Klein Dammerow, 18.–20. Mai*)
- Arbeitswelt im Wandel – Wege zu Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf (*Tagung in Neustrelitz, 21. Juni*)
- Alptraum Arbeitsplatz – Strategien gegen Mobbing (*Seminar in Schwerin, 14.–16. September*)
- Handwerkszeug für Frauenprojektarbeit – Kommunikations-training für Frauen I und II (*Seminar in Greifswald, 17. Oktober und 28. November*)

## Landesbüro Sachsen

### Regionalbüro Dresden

### Veranstaltungen 2001 im Überblick (Auswahl)

- Rechte, Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt (*Internationales Seminar in Seiffen-nersdorf, 19.–21. Januar und 2.–4. März*)
- „Zeitenwende – Fotografische Frauenprotokolle“ (*Ausstellung im Rathaus Hoyerswerda, Januar/Februar*)
- Lokale Agenda 21 im Dreiländereck – im Dialog neue Wege gehen (*Fachtagung in Zittau, 24. Oktober*)



## Ausgewählte Veranstaltungsberichte:

● **Rechte, Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt**  
(Internationales Seminar in Seiffhennersdorf, 19.-21. Januar und 2.-4. März)

Die beiden Seminare gaben deutschen, polnischen und tschechischen Frauen der Region Gelegenheit, sich über Möglichkeiten und Erfahrungen bei der Suche nach Erwerbsarbeit – nationale Grenzen überschreitend – auszutauschen und dabei zugleich Vertreterinnen verschiedener Institutionen wie Landesarbeitsamt, Industrie- und Handelskammer u.ä. nach ihren Lösungsansätzen zu befragen.

● **„Zeitenwende – Fotografische Frauenprotokolle“**  
(Ausstellung im Rathaus Hoyerswerda, Januar/Februar)

Die Ausstellung der Dresdner Fotografin Gudrun Peltz zeigte Porträts von Frauen und erzählte deren Lebensgeschichten. Bei allen porträtierten Frauen gab die Wendezeit wichtige, oft schmerzhaft Impulse. Lebenspläne waren überholt, Familien veränderten sich abrupt, und berufliche Perspektiven zerbrachen. Gemeinsam ist den Frauen die Einstellung „Man muss aus allem das Beste machen.“

● **Lokale Agenda 21 im Dreiländereck – im Dialog neue Wege gehen**  
(Fachtagung in Zittau, 24. Oktober)

Die „Lokale Agenda 21“ wird oft auf Umweltengagement reduziert. Sie greift aber viel weiter. Mit dieser Fachtagung wurde zum einen über das gesamte Spektrum der im Lokalen-Agenda-21-Ansatz festgelegten Aufgaben informiert und zum anderen der speziell frauenpolitische Teil der Lokalen Agenda vertieft. Dabei halfen Berichte über die Erfahrungen in anderen Städten und Landkreisen. Sowohl Anliegen der Tagung als auch der Lokalen Agenda war bzw. ist der selbstverständliche Blick im Dreiländereck über nationale Grenzen hinweg.

## Regionalbüro Chemnitz

### Veranstaltungen 2001 im Überblick (Auswahl)

● So wollen Frauen leben! – Situation der Frauen im Erzgebirge (*Diskussionsforum in Annaberg, 8. März*)

● „Frau hat es verdient“ – Arbeit gleich bewerten, Zeit gerecht verteilen (*Diskussionsforum in Chemnitz, 6. März*)

● „Ich muss mich endlich durchsetzen...“ – Rhetorik für Frauen (*Seminare in Falkenstein, 19./20. Januar, 14.-16. September, 13./14. Oktober*)

● „Wie Powerfrauen gewinnen“ – Persönlichkeits- und Kommunikationstraining für Frauen in

Politik und Gesellschaft (*Seminar in Chemnitz, 12./13. Oktober*)

● Auswirkung beschäftigungswirksamer Maßnahmen für Frauen im Vogtland (*Seminar in Plauen, 1. November*)



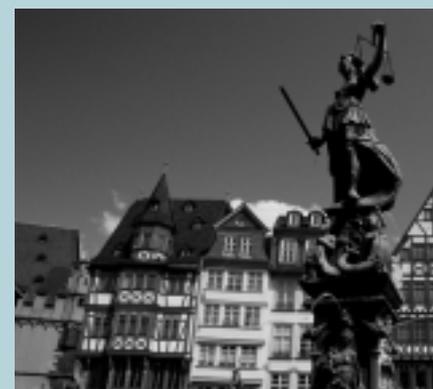
## Ausgewählte Veranstaltungsberichte:

● **So wollen Frauen leben! – Situation der Frauen im Erzgebirge**  
(Diskussionsforum in Annaberg, 8. März)

Die Veranstaltung erfuhr durch die Anwesenheit von Christine Weber, Sächsische Staatsministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, eine große Resonanz. Die Referentinnen gingen auf die Rolle der Frauen in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation ein. Durch Rationalisierung, Konkurrenzdruck und Globalisierung gehen viele Arbeitsplätze verloren. Die Hauptleidtragenden sind die Frauen, denen zur Beruhigung das konservative Frauenbild von Mutter und Hausfrau vermittelt wird. In der Diskussion kam zum Ausdruck, dass die Frauen ihre Hauptaufgabe nicht im Haushalt sehen, sondern durch Berufstätigkeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben wollen.

● **„Frau hat es verdient“ – Arbeit gleich bewerten, Zeit gerecht verteilen**  
(Diskussionsforum in Chemnitz, 6. März)

Nur wenige Frauen sind in Leitungsfunktionen tätig, in IT-Berufen gibt es weniger Frauen als Männer, und der durchschnittliche Lohn von Frauen ist erheblich niedriger als der der Männer. Ist dies Ausdruck falscher Bescheidenheit seitens der Frauen? Die Referentinnen kamen zu dem Ergebnis, dass Frauen bei weitem nicht die gleichen Chancen bekommen wie Männer. Viele anwesende Frauen brachten zum Ausdruck, dass sie in ihrer Berufstätigkeit eine wichtige Aufgabe sehen und auch zum familiären Budget beitragen wollen. Sie forderten die Politik auf, mehr Möglichkeiten zu schaffen, Beruf und Familie besser in Einklang bringen zu können.



**Untersuchungen und Statistiken belegen, dass Strafdelikte im Bereich Körperverletzung zu 90% von männlichen Personen verübt werden.**

## Landesbüro Sachsen-Anhalt

### Veranstaltungen 2001 im Überblick (Auswahl)

● „Ich als Bürgermeisterin? Warum nicht!“ Frauen ins Bürgermeisteramt! (*Workshop in Lutherstadt Wittenberg, 21. Februar*)

● Konflikt als Chance – Gesprächs- und Persönlichkeitstraining für Frauen (*Training in Wolmirstedt, 16.-18. März, in Bad Kösen, 19.-21. Oktober*)

● Ist Gewalt typisch männlich? Perspektiven der Arbeit mit Jungen und Männern gegen Gewalt (*Tagung in Magdeburg, 3. Mai*)

● „Jetzt rede ich!“ Rhetorik für Frauen in Gesellschaft und Politik (*Training in Bad Kösen, 4.-6. Mai*)

● Alptraum Arbeitsplatz – Strategien für Frauen gegen Mobbing (*Seminar in Dessau, 1. September*)

● Mit uns müsst Ihr rechnen! Frauen in der Kommunalpolitik – Einführung in Verwaltungsrecht und Haushaltswirtschaft von Kommunen (*Seminar in Lubast, 29. September*)

● Werkstatt Frauenpolitik: Die Finanzen der Kommune (*Seminar in Magdeburg, 10./11. November*)

● „Jetzt rede ich!“ Rhetorik für Frauen in Gesellschaft und Politik (*Training in Wernigerode, 23.-25. November*)

● Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – Ansätze für eine lokale Handlungsstrategie (*Podiumsdiskussion in Halle/Saale, 5. Dezember*)



### Ausgewählte Veranstaltungsberichte:

- **„Ich als Bürgermeisterin? Warum nicht!“ Frauen ins Bürgermeisteramt!**  
(Workshop in Lutherstadt Wittenberg, 21. Februar)

Im Mai und Juni 2001 wurden in vielen Gemeinden in Sachsen-Anhalt neue ehrenamtliche BürgermeisterInnen gewählt. Etliche der bisherigen AmtsinhaberInnen traten nicht mehr an, so dass die Chance und reale Aussicht bestand, auch als NeueinsteigerIn

die Wahl zu gewinnen. Da Frauen auch in Sachsen-Anhalt viel zu wenig ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagiert sind, diente der Workshop dazu, sie im Vorfeld der Wahlen zum politischen Engagement zu ermutigen. Zunächst wurde den vielfältigen Gründen nachgegangen, warum sich Frauen nicht engagieren oder meinen, es nicht zu können. Frauen, die bereits in verantwortungsvollen kommunalpolitischen Funktionen sind, berichteten in ermutigender Weise über ihre persönlichen Erfahrungen. Sie machten deutlich, dass weder Kinder und Berufstätigkeit noch vermeintliche Unkenntnis oder Unerfahrenheit ein Hindernis für politisches Engagement auf kommunaler Ebene sein müssen. Außerdem gaben sie praktische Hinweise für das politische Engagement in der Gemeinde.

- **Ist Gewalt typisch männlich? Perspektiven der Arbeit mit Jungen und Männern gegen Gewalt**  
(Tagung in Magdeburg, 3. Mai)

Untersuchungen und Statistiken belegen, dass Strafdelikte im Bereich Körperverletzung zu 90% von männlichen Personen verübt werden. Es gibt viele Kampagnen, die Gewalt in ihren verschiedenen Formen verurteilen und damit die Auseinandersetzung mit diesem Thema fördern. Zugleich besteht ein enormer Bedarf an Antworten auf praktische Fragen und an umsetzbaren Handlungskonzepten im Umgang mit gewaltanwendenden Männern und männlichen Jugendlichen. Diese

waren Gegenstand der Tagung, an der vor allem Frauen teilnahmen. Es wurde der Frage nach den Verhaltensmotivationen von gewalttätigen Männern und männlichen Jugendlichen und möglichen Handlungsalternativen gegenüber diesem Verhalten nachgegangen. Außerdem ging es darum, ob und wie man mit Gewalttätern arbeiten kann.

- **Alptraum Arbeitsplatz – Strategien für Frauen gegen Mobbing**  
(Seminar in Dessau, 1. September)

Männer und Frauen sind gleichermaßen von Mobbing betroffen, jedoch reagieren Frauen deutlich anders darauf: Sie suchen die Ursachen und Fehler zuerst bei sich selbst und gehen nur selten offensiv mit diesem Konflikt um. Das Seminar hat einen Überblick über die Problematik gegeben und aufgezeigt, welche Faktoren die Entstehung von Mobbing befördern, welche Strategien gegen Mobbing hilfreich sind und wie Betroffene einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation finden können.

- **Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – Ansätze für eine lokale Handlungsstrategie**  
(Podiumsdiskussion in Halle/Saale, 5. Dezember)

Opferbefragungen zeigen, dass ca. drei Viertel aller seelischer, körperlicher und sexueller Gewaltdelikte im sozialen Nahraum stattfinden. Aber nur ein geringer Teil der Straftaten wird bei der Polizei angezeigt. Die Betroffenen leben in einem Zustand ständiger Angst

vor Misshandlungen, verlieren ihr Selbstbewusstsein und geraten in soziale Isolation. Stärker als bisher sind die Gesellschaft und der Staat gefordert, sich diesem lange tabuisierten Problem zu stellen. Die Bundesregierung veröffentlichte 1999 ihren Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen

Frauen, und die Landesregierung von Sachsen-Anhalt stellte im August 2001 als erstes und bisher einziges deutsches Bundesland hierzu ein eigenes Landesprogramm vor. In der Podiumsdiskussion wurde erörtert, wie diese politischen Zielsetzungen konkret vor Ort umgesetzt werden kön-

nen und wie die Kommunikation und Kooperation der verschiedenen Akteure, Institutionen und Organisationen funktionieren sollte. Beteiligt waren VertreterInnen von Polizei, Justiz, Frauenhäusern, Kommunalpolitik, Beratungsstellen sowie sozialen Initiativen und Organisationen.

## Landesbüro Thüringen

### Ausgewählte Veranstaltungsberichte:

● ***Damenwahl – Frauen stärken Frauen in der Kommunalpolitik: Mentoring als Instrument der Nachwuchsförderung***  
(Frauenforum in Schmalkalden, 8. März)

Wie können insbesondere junge Frauen motiviert und gefördert werden, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren? Diese Frage stand im Vordergrund des IV. Schmalkaldener Frauenforums. Im Rahmen des Frauenforums diskutierten Abgeordnete aus Thüringer Gemeinderäten

und Kreistagen parteiübergreifend mit Sozialwissenschaftlerinnen über die Situation von Frauen in der Kommunalpolitik. Sie gingen der Frage nach, wie Frauen in politischer Verantwortung gestärkt und der Anteil von Frauen in der Politik erhöht werden kann. In zwei Vorträgen analysierten die Sozialwissenschaftlerinnen Petra-Johanna Regner und Dr. Susanne Benzler die spezifischen Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen und berichteten anschaulich von Mentoring-

Programmen von Frauen für Frauen. In der anschließenden Diskussion wurden die Mentoring-Programme von den Kommunalpolitikerinnen auf ihre Umsetzbarkeit geprüft. Die Teilnehmerinnen des Diskussionsforums waren sich einig, dass die Vernetzung der Generationen ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit ist und gründeten – als erste konkrete Maßnahme – den Schmalkaldener Frauenstammtisch.



*Für die Arbeit dieser Abteilung waren 2001 zwei Überlegungen von besonderem Gewicht: Wie erreichen wir Zielgruppen, die bislang nicht in ausreichendem Maße von uns erreicht wurden? Wie können wir helfen, Kompetenzen zu entwickeln, zu verstärken und zu trainieren, die – angesichts der Politikverdrossenheit – Partizipation am gesellschaftlichen und politischen Geschehen wieder attraktiv und sinnstiftend machen?*

## Gesellschaftspolitische Information

### Referat Frauenpolitik NRW

#### Ausgewählte Veranstaltungsberichte:

● ***Sind Empfehlungen der richtige Weg? Die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft***

(Konferenz in Bonn, 19. September)

Aktueller Anlass für die Veranstaltung war die zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft am 2. Juli 2001 getroffene

Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft. In ihr sicherte die Bundesregierung den Spitzenverbänden zu, keine gesetzlichen Schritte zu unternehmen, solange die in der Vereinbarung enthaltenen Empfehlungen erfolgreich umgesetzt werden.

#### **Inhalt der Empfehlungen**

Die Vereinbarung enthält ein breites Spektrum an Empfehlungen wie zum Beispiel:

- Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit als Unternehmensphilosophie zu verankern und durch verbesserte Kommunikation nach innen und außen bekannt zu machen,
- den Anteil an Frauen in Führungspositionen zu erhöhen, beispielsweise durch Weiterbildungsprogramme, Mentoringprogramme sowie Teilzeitangebote auch für Führungskräfte,
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter zu verbessern, beispielsweise durch flexible Arbeitszeiten und Arbeitsformen und Unterstützung bei der Kinderbetreuung,
- verbindliche Zielvorgaben zur Verwirklichung von Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in den Betrieben zu formulieren.

#### **Kritische Anmerkungen**

Der Verzicht der rot-grünen Bundesregierung auf ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft wurde von zahlreichen KonferenzteilnehmerInnen heftig kritisiert. Die Vorsitzende des Deut-



schen Frauenrates, Dr. Inge von Bönninghausen, brachte folgende Kritikpunkte: Die Regierung delegiere die Durchsetzung eines Grundrechts an einen Interessenverband und stelle damit das Allgemeinwohl hinten an. Während ein Viertel der erwerbstätigen Frauen von Gleichstellungsgesetzen im öffentlichen Dienst Gebrauch machen können, bleiben die in der Wirtschaft arbeitenden Frauen autonomen Entscheidungen der Unternehmen überlassen. Die Vereinbarung orientiere sich ausschließlich an ökonomischen Kriterien, indem sie vor allem das Potenzial gut ausgebildeter und motiverter Frauen thematisiert, die für das Bestehen des nationalen und internationalen Wettbewerbs gebraucht würden. Dass Gleichberechtigung und Chancengleichheit demokratische Rechte sind und dass das Grundgesetz der Regierung aufträgt, sie aktiv umzusetzen, gerät mit dem ökonomischen Fokus in den Hintergrund.

### **Bewusstseins- und Einstellungswandel in der Wirtschaft**

Das Referat von Dr. Barbara Dorn, Leiterin der Abteilung Betriebliche Personalpolitik / Berufliche Bildung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, machte deutlich, dass sich in der Wirtschaft allmählich ein Bewusstseins- und Einstellungswandel in Bezug auf weibliche Arbeitskräfte vollzieht. Die tatsächlicherreichten gleichstellungspolitischen Fortschritte in der Privatwirtschaft seien jedoch auch

ihrer Meinung nach immer noch begrenzt, da das Leistungs- und Qualifikationspotenzial der weiblichen Arbeitskräfte sich nicht adäquat in der Beschäftigung widerspiegele. Dr. Barbara Dorn äußerte abschließend deutlich, dass die Wirtschaftsverbände die Überprüfung der Einhaltung der Empfehlungen in den einzelnen Unternehmen nicht als ihre Aufgabe ansähen. Sie seien aber bereit, gemeinsam mit der Regierung Maßnahmen zur Chancengleichheit zu empfehlen.

### **Gleichstellungsgesetz bleibt auf dem Tisch**

Gerade die Entwicklung von Bewertungsmaßstäben sei notwendig und unverzichtbar – darin waren sich die Vertreterinnen der Frauenverbände, des Frauen-Aktionsbündnisses sowie die Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Anastasia Reiners-Logothetidou einig. Nur so sei überprüfbar, was unter einer „erfolgreichen“ Umsetzung zu verstehen sei. Bei allen Fortschritten bedarf es in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft noch erheblicher Anstrengungen, um Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in Bildung, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft zu verbessern. Die Frauenverbände und Aktionsbündnisse wehren sich gegen die Beerdigung dieses Gesetzes und werden weiter die Einhaltung der Koalitionszusage einfordern. Dr. Inge von Bönninghausen kündigte an, dass der Deutsche Frauenrat die Umsetzungsmechanismen der Vereinbarung sehr kritisch beobachten



werde – vorgesehen ist u.a. die Bildung einer paritätisch besetzten Kommission aus Wirtschafts- und RegierungsvertreterInnen, die den Umsetzungsprozess begleiten soll.

#### **● *Das neue Rentenrecht – Ein Gewinn für Frauen? Zur eigenständigen Alterssicherung der Frau***

(ExpertInnentreffen und Workshop in Bonn, 23. Mai und 6. Dezember)

In Kooperation mit der Equality-Arbeitsgruppe „Soziale Sicherung und Rentenreform“ der Hans-Böckler-Stiftung wurden mehrere



(...) Die Rentenleistungskürzungen sollten berücksichtigen, dass die Hinterbliebenenrente für viele Frauen ein wichtiges Standbein ihrer Altersversorgung bildet.

ExpertInnentreffen durchgeführt, um die Auswirkungen der Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung 2000/2001 unter Genderperspektive zu diskutieren. Die Equality-Arbeitsgruppe hatte sich in der Hans-Böckler-Stiftung als Antwort auf die Gründung des nationalen „Bündnis für Arbeit“ mit dem Ziel gebildet, die bestehende Geschlechtsblindheit der Rentenreform zu korrigieren. Dazu muss die bisher an männlichen Erwerbsverläufen ausgerichtete Rentenversicherung stärker an die Lebens- und Erwerbsmuster der Frauen von heute, an ein Leben zwischen Beruf und Familie, an-

gepasst werden. Die Rentensituation von Frauen kann nur verbessert werden, indem eigenständige – durch Erwerbsarbeit und Kindererziehung erworbene – Rentenansprüche ausgebaut und abgeleitete – über den Ehestand erworbene – Rentenansprüche abgebaut werden.

Die Equality-Arbeitsgruppe formulierte folgende Forderungen: *Erstens* sollten die kindbezogenen Leistungen die kontinuierliche Erwerbstätigkeit von Müttern, d.h. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und nicht die Berufsunterbrechung wegen Kindererziehung honorieren. Ein Schritt in diese Richtung ist die neue Regelung, dass erwerbstätige Mütter mit unterdurchschnittlichem Einkommen Rentenleistungen erhalten, die für die ersten zehn Jahre nach Geburt eines Kindes auf dem Durchschnittseinkommen aller Versicherten basieren. *Zweitens*, die Rentenleistungskürzungen sollten berücksichtigen, dass die Hinterbliebenenrente für viele Frauen ein wichtiges Standbein ihrer Altersversorgung bildet. Deshalb darf sie nicht abgeschafft werden, solange kein adäquater Ersatz angeboten wird. *Drittens* geht nach Auffassung der Equality-Arbeitsgruppe die kapitalgedeckte Zusatzversorgung im Rahmen des Altersvermögensgesetzes auf der Basis privatrechtlicher Elemente zu Lasten von Frauen. Frauen erhielten demnach für gleiche Beiträge niedrigere Leistungen, weshalb Unisex-Tarife für die private Zusatzversorgung gefordert werden.

### ● Zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der regionalen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik

(Workshop in Köln, 17. November)

Auch in diesem Jahr hat das Referat Frauenpolitik einer langjährigen guten Tradition folgend regional- und kommunalpolitisch engagierte Frauen in Nordrhein-Westfalen (NRW) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mut zum politischen Engagement“ zu einem Workshop nach Köln zusammengeführt. Zentrales Thema dieses Workshops war die Frage, wie Gender Mainstreaming in der regionalen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik wirkungsvoll umgesetzt werden kann. Neben Kommunalpolitikerinnen nahmen an der Veranstaltung vor allem Vertreterinnen von Regionalstellen Frau und Beruf, von Regionalsekretariaten sowie Gleichstellungsstellen teil.

### Gender Mainstreaming findet Resonanz

Referate und Diskussionen machten deutlich, dass das Thema im letzten Jahr in NRW einen enormen Bedeutungszuwachs erlebt hat. Inzwischen ist bei den ExpertInnen der regionalen Struktur- und Beschäftigungspolitik das Wissen über das Prinzip von Gender Mainstreaming vorhanden. Die Teilnehmerinnen des Workshops stimmten darin überein, dass mit dem Rückenwind von Seiten der Europäischen Union die Gleichstellungsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland sowie in NRW, speziell im Bereich

der regionalen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, neuen Auftrieb erhalten hat. Dies umso mehr, als sie in diesem Politikfeld mit finanziellen Anreizen verknüpft ist. Die Vergabe von EU-Mitteln ist ausdrücklich an das Prinzip des Gender Mainstreaming geknüpft: Nur solche Projektanträge können im Rahmen der EU-kofinanzierten Landesprogramme NRW und in so genannten regionalen Konsensrunden eine finanzielle Förderung erhalten, die das Prinzip des Gender Mainstreaming beachten. Erste Erfolge bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming im Rahmen der regionalen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in NRW sind erkennbar geworden, so die Vertreterin der Gesellschaft für Innovative Beschäftigungsförderung Katrin Linde. NRW hat die Gesellschaft für Innovative Beschäftigungsförderung damit beauftragt, den Gender Mainstreaming-Prozess in NRW zu unterstützen und zu begleiten. Das Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW hat einen umfangreichen Katalog an Bewertungskriterien für Gender Mainstreaming entwickelt, die in den Vordrucken zur Bewertung von Projekten aufgeführt sind.

### Gütekriterien für Maßnahmen bzw. der Gender-Dreisprung

Die Einführung von Gender Mainstreaming eröffnet neue Aktionsfelder, die vorgebliche Geschlechtsneutralität von Projekten zu hinterfragen – denn jetzt muß sie belegt werden. Steht zum

Beispiel ein Infrastrukturprojekt zur Abstimmung, wird geprüft, wie das Projekt unter dem Aspekt der Chancengleichheit zu sehen ist. Dann verhilft der pragmatische Ansatz des „Gender-Dreisprungs“ zu schnellen Antworten. Er beinhaltet die Frage nach dem Geschlechterverhältnis auf drei Projektebenen:

- *Entscheidungsebene:* Ist der Antragsteller unter Gender-Gesichtspunkten geeignet? Welche Personen/Gremien entscheiden über das Projekt?
- *Nutzungsebene:* Welche Ziele verfolgt das Projekt? Welche Zielgruppen nutzen es?
- *Durchführungsebene:* Welche Personen entwickeln, leiten und führen das Projekt durch? Welche Arbeitsplätze entstehen dabei langfristig?

Diese Bewertungskriterien erlauben eine allererste grobe Schät-

zung, wie das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Männern und Frauen, die in das Projekt involviert sind, auf den drei Ebenen aussieht und ob männliche und weibliche Lebenszusammenhänge gleichermaßen berücksichtigt wurden. Diesem pragmatischen Vorgehen müssten mittelfristig allerdings detaillierte Gender-Analysen folgen. Zunächst würden jedoch notwendige Diskussionsprozesse in Gang gesetzt, die das Bewusstsein für den Gender-Ansatz schärfen. Die Kriterien wurden im Rahmen von Plenums- und Arbeitsgruppendifkussionen anhand von Beispielen erläutert und konkretisiert.

In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass den gesellschaftlich relevanten Gruppen sowie den gleichstellungspolitischen AkteurInnen vor allem im Rahmen der so genannten regio-

*Monika Langkau-Herrmann:*  
**Weichenstellung für einen Mentalitätswechsel in der Familienpolitik: Mehr Aufmerksamkeit und Fürsorglichkeit für die Familie als Herausforderung für Politik und Wirtschaft.**

*Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2001*



nenalen Konsensrunden bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming eine Schlüsselrolle zufällt. Eine stärkere Kooperation dieser Gruppen wurde als wünschenswert angesehen. Der Gender Mainstream-

ing-Prozess bedürfe darüber hinaus aber auch der Unterstützung seitens der Politik, sowohl auf Landes- als auch auf regionaler und kommunaler Ebene. In diesem Zusammenhang wurde gefordert,

Gender Mainstreaming auf alle Landesprogramme auszudehnen und auf kommunaler Ebene in allen Politikbereichen zu verankern.

## Regionalbüro Rheinland-Pfalz

Mehrtägige Seminare wurden 2001 beispielsweise zu den folgenden Themen durchgeführt:

- Strategien für eine erfolgreiche Politik,
- Professionell verhandeln,
- Frauen – Fit für die Spitze,
- Erfolgsfaktor Konkurrenz.

Der Erwerb von Fähigkeiten der Argumentation, der Verhandlung sowie des Managements soll die Frauen zu kompetenten Partnerinnen im öffentlichen Raum machen. Die Seminare sollen die

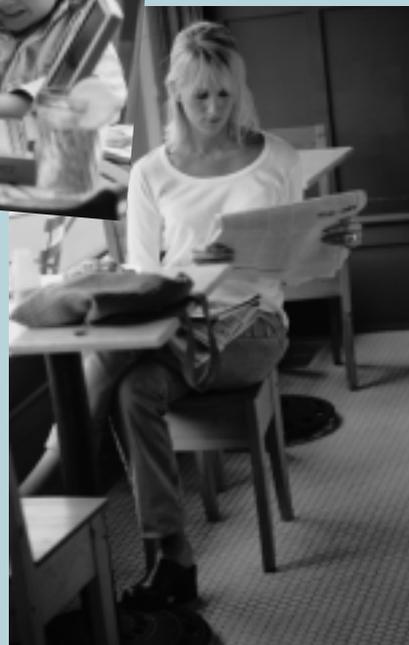
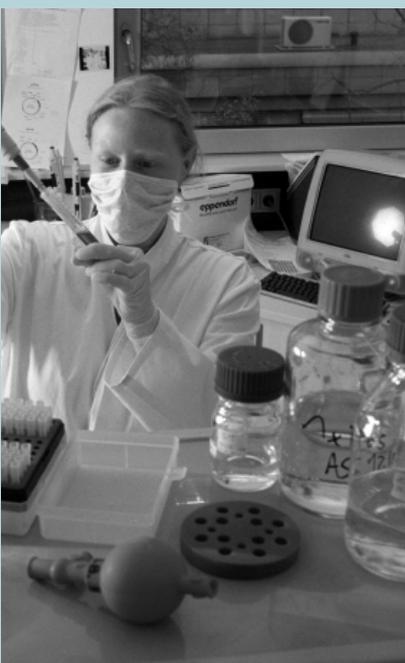
Fähigkeiten und die Motivation für politisches Engagement ausbauen und damit die sozio-ökonomische und politische Teilhabe der Frauen sowie die Chancengleichheit voranbringen.

In der Süd-Hessischen Region wurden ExpertInnenforen und Podiumsdiskussionen beispielsweise zu den folgenden Themen durchgeführt:

- Teilzeitbeschäftigung – warum?,
- Mehr Papazeit für Kinder,

- Familienleistungen im internationalen Vergleich,
- Überzeugen und gewinnen,
- Ausbildung für alle.

Auch hierbei ging es um die Einbeziehung und Herausarbeitung des Geschlechterverhältnisses. Dazu eignen sich insbesondere Themen des Arbeitsmarktes und der zeitgemäßen Arbeitsformen, der Wertediskussion, der politischen Partizipation sowie der bildungs- und familienpolitischen Maßnahmen.



132 Veranstaltungen führte die Akademie Frankenwarte in Würzburg im Jahr 2001 durch – Wochenend- und Wochenseminare, Tages- und Abendveranstaltungen, Tagungen. Insgesamt teilen sich Männer und Frauen recht gleichmäßig auf die Veranstaltungen auf, die Teilnahme von Frauen entspricht fast exakt ihrem Bevölkerungsanteil. Weniger als 10% der Veranstaltungen wenden sich ausschließlich an ein Geschlecht. Aber in nahezu allen Veranstaltungen wird mitbedacht, Geschlechterdemokratie zu fördern und Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe zu praktizieren: in der Vorbereitung und Programmgestaltung, bei der Beteiligung von Referentinnen und Referenten, bei der Themenformulierung und der Zielgruppenansprache.

## Akademie der Politischen Bildung

### Akademie Frankenwarte, Würzburg

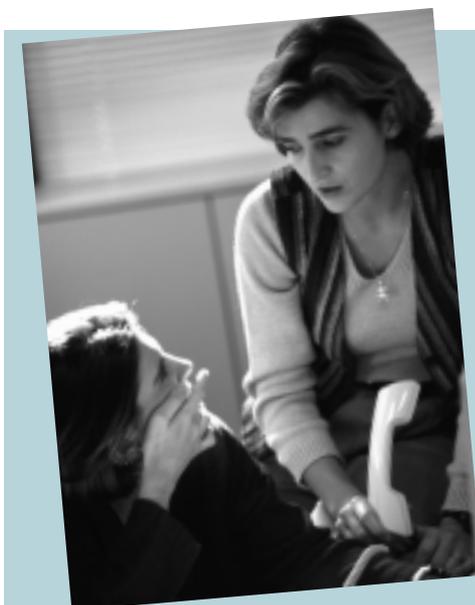
#### Veranstaltungen im Überblick (Auswahl)

- Die Gleichstellung der Frau bei den Sicherheitskräften – Theorie und Praxis im Bundesgrenzschutz (Seminar, 5.-7. Februar)
- Gender Mainstreaming – Chancen und Risiken für die Arbeit der Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragten (Workshop, 11./12. Februar)
- Internet – Gendernet? Über die ambivalenten Auswirkungen neuer Medien auf die Lebens- und Arbeitswelt (Seminar in Zusammenarbeit mit dem Frauenforum Ökonomie und Arbeit e.V., 30. März–1. April)
- Befreiung der Politik aus der Globalisierungsfalle (Seminar in Zusammenarbeit mit dem Marie-Schlei-Verein, 6.–8. Juli)
- Biografisches Lernen als Methode politischer Bildung – Persönlichkeiten der ersten deutschen Frauenbewegung (Seminar, 13.–15. Juli)
- Wie frau lernt, sich einzumischen und zu behaupten – Aufrechter Gang, Zivilcourage, Bürgerinnenmut (Seminar für Frauen mit parallelem Kinderprogramm, 16.–20. Juli)
- Wieviel Mutter braucht der Mensch? (Lesung und Diskussion mit der Schriftstellerin und Fernsehmoderatorin Dr. Herrad Schenk, 25. September)
- Migrantinnen und häusliche Gewalt – Auswirkungen und Hilfestellungen (Vortrags- und Diskussionsabend im Rahmen der 14. Würzburger Frauenwoche, 17. Oktober)
- Von Nachbarn in Europa lernen – Der Beitrag der Eltern- und Familienselbsthilfe zu kinderfreundlichen Lebensbedingungen (Tagung in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Mütter- und Familienselbsthilfe e.V., 19.–21. Oktober)
- Mit Zivilcourage und guten Argumenten Fremdenfeindlichkeit und Gewalt abbauen – Gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Alltag (Seminar für Frauen, 3.–7. Dezember)

#### Ausgewählte Veranstaltungsberichte:

- **Befreiung der Politik aus der Globalisierungsfalle**  
(Seminar, 6.-8. Juli)

Dieses Seminar der Reihe „Frauen und Weltwirtschaft“ führt die Akademie Frankenwarte seit Jahren in Kooperation mit dem Marie-Schlei-Verein durch. Es hat zum Ziel, Frauen für die Institutionen und Funktionsweisen der globalisierten Wirtschaft zu in-



teressieren. Fast alle Seminarteilnehmerinnen sind ehrenamtlich engagiert – sei es entwicklungs- politisch, gesellschaftspolitisch oder gewerkschaftlich. Die Referentin Professor Dr. Maria Mies, Autorin des Buches „Globalisierung von unten“, stellte ihr Globalisierungsverständnis der „Globalisierung von oben“ gegenüber, die durch die Globalisierungsdefinition des Präsidenten eines bedeutenden multinationalen Unternehmens beschrieben wird: „Ich definiere Globalisierung als die Freiheit unserer Firmengruppe zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere gesellschaftliche Regulierungen so gering wie möglich zu halten.“ Dem gegenüber bedeutet „Globalisierung von unten“ eine weltweite, neue soziale Bewegung gegen den ungezügelt Kapitalismus. Gegen das „TINA-Syndrom“ (There Is No Alternative) der Neoliberalen setzte die Referentin die Empirie von Aktivitäten, Projekten und Ver-

netzungen. Problemfelder und Beispiele der „Globalisierung von unten“ wurden in drei Arbeitsgruppen zu „Frauen und Globalisierung“, „Ernährung und Nahrungsmittelproduktion“ und „Lokalisierung und Demokratisierung“ vertieft. Die Teilnehmerinnen stimmten überein, dass demokratische Einmischung der Betroffenen, insbesondere von Frauen, auch in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt werden müsse. Damit war zugleich der Erwartungshorizont an die Referentin Brigitte Adler, MdB und Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, aufgezeigt. Sie gab ein eindrucksvolles Bild von den Möglichkeiten und Restriktionen entwicklungspolitischer Arbeit im Deutschen Bundestag. Marejke Köhler-Wories zeigte anhand der Arbeit des Marie-Schlei-Vereins auf, wie entwicklungspolitische Hilfe zur Selbsthilfe geleistet und unterstützt werden kann. Es wurde kritisch angemerkt, dass die Politik kein Gegenkonzept zum Globalisierungsverständnis der Konzerne verfolgt.

● **Wieviel Mutter braucht der Mensch?**  
(Lesung und Diskussion, 25. September)

Zu dieser Lesung und Diskussion wurde die Schriftstellerin und Fernsehmoderatorin Dr. Herrad Schenk in die Akademie Frankenwarte eingeladen. Die politischen Überlegungen zur Familienförderung sind häufig von einem einseitigen, patriarchalen Frauen- und Mütterbild geprägt. Der gesellschaftliche Verdacht, dass Frauen, die auch in den ersten drei Lebensjahren des Kindes außer Haus berufstätig bleiben, „Rabenmütter“ seien, ist immer noch eine belastende Beeinträchtigung für Mütter. Der historische Rückblick auf die gewandelte Bedeutung von Kindheit und Mutterschaft sowie die kritische Betrachtung der heutigen Konkurrenz von Müttern um die beste „Bemutterung“ brachte den ZuhörerInnen Aha-Erlebnisse, Erleichterung und Mut, die Alleinverantwortung für das gute Gedeihen ihrer Kinder zurückzuweisen.

● **Von Nachbarn in Europa lernen – Der Beitrag der Eltern- und Familienselbsthilfe zu kinderfreundlichen Lebensbedingungen**  
(Tagung, 19.–21. Oktober)

Diese Wochenendtagung wurde in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Mütter- und Familienselbsthilfe durchgeführt. Vertreterinnen von Eltern-, Mütter- und Familienselbsthilfegruppen aus Deutschland, den Niederlanden, Luxemburg, Österreich,



**Die politischen Überlegungen zur Familienförderung sind häufig von einem einseitigen, patriarchalen Frauen- und Mütterbild geprägt.**

der Tschechischen Republik, Bosnien-Herzegowina und Bulgarien trafen zusammen, um das Gespräch zwischen der Basis und der Politik, Verwaltung und Wissenschaft sowie die Vernetzung der Initiativen auf europäischer Ebene in Gang zu bringen. Das Grußwort der Bundesministerin Dr. Christine Bergmann überbrachte Wolfgang Meincke vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er führte aus, dass die Gesellschaft nur dann kinder- und familienfreundlicher werden kann, wenn sich private Initiative und staatliche Förderung ergänzen. Renate Dorfmeister vom österreichischen Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen stellte ein Projekt vor, in dessen Rahmen ein Zertifikat über die in der Elternzeit gewonnenen Fähigkeiten erworben werden kann, um mit mehr Selbstbewusstsein auf dem Arbeitsmarkt aufzutreten. Hannes Lachenmair von der Bundesarbeitsgemeinschaft Mütter und Familienselbsthilfe plädierte für Kinderbetreuungsmöglichkei-



ten, die nicht an der Berufstätigkeit der Eltern orientiert sind. Auch Kinder von Müttern, die keiner Arbeit außer Haus nachgehen, haben ein Recht auf Kontakt zu anderen Kindern. Lissy Gröner, MdEP, verdeutlichte den geringen Einfluss des Europäischen Parlaments auf die Kinderfreundlichkeit der Europäischen Union – Familienpolitik sei im wesentlichen Sache der Mitgliedsländer. Sie unterstützte jedoch die Pläne, den Anspruch auf eine kinderfreundlichere Politik auch auf der europäischen Politikebene deutlich zu machen. Gegen eine Ideologisierung der Kleinfamilie in familienpolitischen Diskussionen wandte sich die Soziologin Dr. Gisela Notz der Friedrich-Ebert-Stif-

tung. Vielmehr ginge es darum, auf die Vielfältigkeit der heutigen Lebensformen aufmerksam zu machen. Besonders faszinierend und beeindruckend waren die Berichte der Vertreterinnen von Mütterzentren aus Bosnien-Herzegowina, Bulgarien und Tschechien. Unter den schweren Bedingungen nach dem Krieg und den Umwälzungen durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation haben die Frauen mit sozialer Fantasie und Power für sich, ihre Kinder und ihre Mitbürgerinnen Orte zum Lernen und Spielen, zur gegenseitigen Unterstützung und Weiterbildung geschaffen. Diese Mütterzentren gehen weit über ihre Vorbilder in Deutschland hinaus.

## BayernForum München

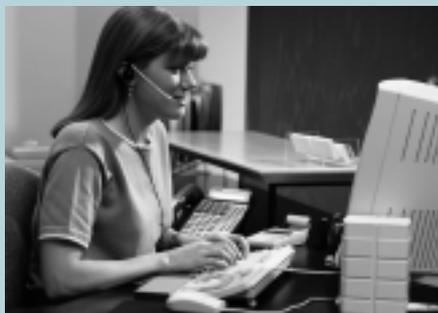
In Südbayern führt das BayernForum Fachtagungen und Konferenzen durch, u.a. wirtschaftspolitische Gesprächskreise mit dem Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Unternehmerinnen-round-table München sowie spezifische Fachtagungen für Frauen.

### Unternehmerinnen-round-table

Dem Unternehmerinnen-round-table liegt die Idee zugrunde, Ma-

nagerinnen, Unternehmerinnen und Führungsfrauen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch einzuladen. Vorab wird Informationsmaterial an alle geladenen Frauen zum Thema des nächsten round-tables verschickt. Zwei Unternehmerinnen aus der IT-Branche laden andere Unternehmerinnen dieser Branche ein und informieren Frauen im internationalen IT-Bereich.

Der erste Unternehmerinnen-round-table befasste sich mit dem Thema eines Gleichstellungsgesetzes für die Wirtschaft: ein Vorhaben, welches seitens der Bundesregierung 2001 zugunsten einer freiwilligen Vereinbarung mit der Wirtschaft aufgegeben wurde. Diese Vereinbarung birgt nach Ansicht der anwesenden Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen die Gefahr, das eigentliche Ziel zu verfehlen. Die Leiterin der Abtei-



**Die Gesellschaft kann nur dann kinder- und familienfreundlicher werden, wenn sich private Initiative und staatliche Förderung ergänzen.**

lung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Unger-Soyka, die der moralischen und ideellen Komponente des Gesetzes Nachdruck verleihen wollte, ließ sich von Argumenten der Unternehmerinnen positiv anregen. Gerade die Meinung der Unternehmerinnen, ob ein Gleichstellungsgesetz als Verpflichtung notwendig sei und umsetzbar wäre, erschien an dieser Stelle diskutie-

renswert. In den USA existiert ein solches Gesetz schon seit Jahren, ohne wirtschaftlichen Schaden für die Industrie anzurichten. Der Diskussionschwerpunkt wurde auf den ökonomischen Nutzen eines solchen Gesetzes gelenkt, weil sich die Wirtschaft und die Unternehmerinnen einzig aus ökonomischen Erwägungen von der Notwendigkeit eines Gleichstellungsgesetzes überzeugen lassen. Die Nutzung aller, nicht nur der

männlichen, ausgebildeten Fachkräfte muss als ökonomische Ressource erkannt werden. Gemeinsam wurde vereinbart, Kontakte mit VertreterInnen der Unternehmerverbände auf Landes- und Bundesebene aufzunehmen.

### **Tagesseminare**

Diese wurden für Mandatsträgerinnen und Frauen, die Mandatsträgerinnen werden wollen, angeboten und beziehen sich thematisch auf den Bereich „Politik und Selbstmanagement“. Ziel war der Erwerb von handwerklichem Rüstzeug, zum Beispiel zu den Themen Kommunikation, Selbstmanagement, Stressbewältigung, Rhetorik sowie Zeitmanagement. Auch der arbeitsrechtliche Umgang mit Mobbingverfahren und/oder sexueller Belästigung wurde in Seminaren aufgegriffen.

## Akademie Management und Politik

### ● **Ausbildungsgang „Organisationsmanagement“ – Förderung von Führungs- und Managementkompetenzen von Frauen**

Insgesamt haben über 600 TeilnehmerInnen die Angebote in 46 Seminaren wahrgenommen, davon rund die Hälfte Frauen. 90% von ihnen sind zwischen 26 und 50 Jahre alt. Die Akademie Management und Politik richtet ihre Angebote u.a. an in Parteien engagierte Führungs- und Nachwuchskräfte, Fach- und Führungskräfte aus Non-Profit-Organisationen und Vereinen sowie an MandatsträgerInnen und ihre MitarbeiterInnen.

Der Ausbildungsgang Organisationsmanagement legt eine Anzahl von Modulen, nicht jedoch ihre Reihenfolge verbindlich fest. Durch mehr als 50% Neueinsteigerinnen und Absolventinnen ist das Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern konstant geblieben. Die Trainings behandeln beispielsweise Themen wie Kommunikation/Kooperation, Gesprächs- und Verhandlungsführung, Umgang mit Konflikten/Mediation, Projekt- und Zeitmanagement, Organisationsentwicklung und -veränderung. Die Seminare und Ausbildungsgänge unterliegen systematischen Evaluierungen seitens der TeilnehmerInnen, die dabei helfen, genderspezifische Defizite im

Angebot aufzudecken und gegebenenfalls frauenspezifische Bedarfslagen zu identifizieren. Mit den TeilnehmerInnen werden außerdem regelmäßig Gespräche und Interviews geführt, in denen es darum geht, Probleme der TeilnehmerInnen wie der TrainerInnen u.a. im Umgang mit der Geschlechterproblematik sichtbar zu machen. Die TrainerInnen werden regelmäßig über relevante Ergebnisse und kontroverse Fragen der Genderforschung informiert und in Beratungsgesprächen sensibilisiert, so dass bei der konzeptionellen Weiter- und Neuentwicklung von Ausbildungsgängen und Modulen wissenschaftliche Erkenntnisse einbezogen werden.

# Wissenschaftliche Arbeit



*Schwerpunkt der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik ist die Politikberatung und die Initiierung von Dialogveranstaltungen zu den Themenbereichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik, Migrations- und Integrationspolitik. Wichtige Zukunftsfragen werden aufgegriffen und in Kongressen, Fachtagungen und Expertengesprächen im Rahmen ihrer Gesprächskreise „Arbeit und Soziales“ und „Migration und Integration“ diskutiert. Darüber hinaus nimmt die Abteilungsleiterin Dr. Ursula Mehrländer die Aufgabe der Koordinierung der Frauen-Politik / Gender-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung wahr. Sie ist dazu im Juni 2001 berufen worden, und sie ist für diese Aufgabe direkt der Geschäftsführung der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstellt. Außerdem wird der Bereich Frauenforschung / Genderpolitik bereits seit Jahren in der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik durch Expertisen und Politikberatung behandelt.*

## Wirtschafts- und Sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum

### Abteilung Arbeit und Sozialpolitik

#### **Bereich Frauenforschung/ Geschlechterpolitik**

Im Zentrum der Arbeit des Bereiches Frauenforschung/Geschlechterpolitik stand die Information über und die Umsetzung des Konzeptes Gender Mainstreaming. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages verpflichtet, die von der Gemeinschaft finanzierten politischen Maßnahmen unter dem Aspekt der Chancengleichheit von Männern und Frauen durchzuführen. Die Einführung des Prinzips Gender Mainstreaming in die politische Arbeit ist damit nicht mehr beliebig. Die Bundesregierung hat durch die Veränderung der eigenen Geschäftsordnung eine entscheidende Weichenstellung vollzogen und deutlich gemacht, dass sie dieses Prinzip in ihrer Arbeit in Zukunft ernst nehmen will. In der Geschäftsord-

nung ist vereinbart worden, dass bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung Gender Mainstreaming von allen Ressorts zu beachten ist. Der Idee des Gender Mainstreamings entsprechend soll sich das Ziel der Gleichstellung in der Arbeit der Fachressorts widerspiegeln. Damit wird das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter zum integrierten Ziel jeder politisch handelnden Institution.

#### **Informations-, Beratungs- und Bildungsarbeit zu Gender Mainstreaming**

Im Jahr 2001 nahmen die Anfragen verschiedenster Institutionen nach Beratung durch den Arbeitsbereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung erheblich zu. Immer mehr Organisationen fragten nach einer Erläuterung des Konzeptes auf der Grundlage der im

Jahre 2000 erschienenen Expertise „Wie Gender in den Mainstream kommt“ (Nachdruck 2001). Durch die vielen Diskussionen in den unterschiedlichen Organisationen – von Landeskabinetten bis hin zu autonomen Frauenprojekten – konnten vielfältige Erfahrungen gesammelt werden, die wiederum in der Beratungspraxis fruchtbar gemacht wurden. Die Einführung des Prinzips Gender Mainstreaming ist eine Innovation in Organisationen, deren Reichweite nicht unterschätzt werden sollte. In den Institutionen, die sich wirklich darum bemühen, Gender Mainstreaming einzusetzen, zeigt sich deutlich, dass dies nur in einem langwierigen Prozess möglich ist, der bei allen Beteiligten erhebliche Umdenkungs- und Bildungsprozesse voraussetzt. Zu diesem Prozess sind der politische Wille, die Bereitschaft der in der Institution Arbeitenden sowie

finanzielle Mittel notwendig. Die Einführung des Gender Mainstreaming-Prinzips in einer Organisation muss immer als „top-down“-Prozess gestaltet sein, d.h. das Startsignal und der politische Wille müssen von der Spitze kommen. Damit ist nicht die Sicherheit gegeben, dass das Konzept auch angewendet wird. Ohne die klare Zielsetzung seitens der Führungsebene lässt sich das Konzept allerdings überhaupt nicht umsetzen. Da Führungskräfte in der Regel die Facharbeit kontrollieren, aber nicht selber tun, ist als nächster Schritt die spezifische Weiterbildung der Beschäftigten notwendig.

### **Gender Mainstreaming auf europäischer und internationaler Ebene**

Die europäische Ebene ist relativ weit fortgeschritten in der Einführung des Gender Mainstreaming-Prinzips. Seit mehreren Jahren sind die Gelder aus den Strukturfonds „gegendert“: Das bedeutet, dass nur noch solche Maßnahmen gefördert werden, die zur Gleichstellung der Geschlechter explizit beitragen. Aus dem Bereich der internationalen Zusammenarbeit ist bekannt, dass eine solche Mittelbindung ein hochwirksames Instrument ist, Institutionen, die Fördermittel beanspruchen, zu Genderprozessen zu motivieren. In der Bundesrepublik Deutschland zeigt sich, dass diejenigen, die mit Mitteln des Europäischen Strukturfonds zu tun haben, auch einen hohen Beratungsbedarf im Hinblick auf ihre gleichstellungs-

politische Arbeit entwickeln. Spätestens die Information darüber, dass Projekte zurückgewiesen werden, wenn sie den gleichstellungspolitischen Ansprüchen der EU nicht entsprechen, lassen die Fragen aufkommen, welche geschlechterpolitischen Ziele denn mit Arbeits- und Strukturmaßnahmen zu verbinden sind. Gerade in diesem Politikbereich liegen bereits zahlreiche Erkenntnisse aus der Frauen- und Geschlechterforschung vor. Nicht zuletzt die Bundesanstalt für Arbeit sorgt dafür, dass diese Erkenntnisse, die z.T. auch aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, stammen, das alltägliche Denken der Beschäftigten prägt. Darüber hinaus sind aber auch Männer und Frauen aus den Gewerkschaften und den Kammern gefordert, die gleichstellungspolitischen Zielsetzungen der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in ihrer Region festzulegen. In diesem Bereich gibt es einen sehr hohen Bedarf an Beratung, die sehr konkret auf die politischen Handlungsmöglichkeiten ausgerichtet ist. Der Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik hat mehrere Workshops und Seminare für diese Zielgruppen durchgeführt, in denen es nicht nur um das allgemeine Prinzip des Gender Mainstreamings ging, sondern in dem auch sehr konkret über die methodischen und analytischen Möglichkeiten im Rahmen der Projektbeantragung diskutiert wurde. Mehrfach entstanden aus einem solchen Seminar Arbeitsgruppen, die sich kontinuierlich mit dieser Thematik beschäftigen wollten.

Auch der europäische Gewerkschaftsbund hat sich vor mehreren Jahren bereits dem Gender Mainstreaming-Prinzip verschrieben, nicht zuletzt ist in der Satzung von ver.di dieses Prinzip verankert. Damit wächst der Beratungsbedarf in den Gewerkschaften erheblich. Insbesondere die hauptamtlich Beschäftigten auf Bundesvorstands- und Landesvorstandsebenen sehen hierin eine Herausforderung. Der Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik hat im Jahr 2001 in ca. 10 verschiedenen Veranstaltungen mit verschiedenen Gewerkschaften und auf den verschiedenen Ebenen über dieses Konzept informiert und sie bei der Umsetzung beraten.



International wurden zu dem Konzept in Luxemburg, Wien und Prag Informationsveranstaltungen bzw. Workshops durchgeführt.

### **Gender Mainstreaming auf Bundes- und Landesebene**

Die Bundesregierung hat zur Einführung des Prinzips eine interministerielle Steuerungsgruppe gegründet und sich verpflichtet, in allen Bundesministerien Informationsveranstaltungen für die Führungsebenen durchzuführen. Dort wird das Konzept Gender Mainstreaming dargestellt und diskutiert. Auch einige Landesregierungen (zum Beispiel Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Rhein-

land-Pfalz) haben bereits Kabinettsbeschlüsse zur Einführung des Prinzips herbeigeführt. Der Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik hat 2001 vier solcher Informationsveranstaltungen für die MinisterInnen und StaatssekretärInnen auf Bundesebene sowie in den Landeskabinetten in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt durchgeführt. In diesen Veranstaltungen hatten die politischen Führungskräfte die Gelegenheit, sich mit dem Konzept Gender Mainstreaming auseinander zu setzen und erste Schritte für ihre Ressorts zu planen.

Um das Prinzip Gender Mainstreaming wirklich in die Arbeit einer Organisation zu integrieren, bedarf es jedoch sehr viel mehr als der politischen Willensbekundung der Führungsspitze. Alle an bestimmten Fachaufgaben arbeitenden Beschäftigten brauchen eine Unterstützung in dieser neuen Denk- und Handlungsweise. In vielen Bereichen werden dazu Führungskräftebildungen angeboten. Eine solche Veranstaltung kann eine Signalwirkung für diejenigen haben, die bereits gleichstellungspolitische Ziele in ihre Arbeit aufnehmen. Sie werden spüren, dass sie in Zukunft bei dieser Arbeit mehr Unterstützung erfahren als vorher.

Der Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik hat im Jahr 2001 vier Workshops mit verschiedenen Abteilungen von Bundes- und Landesministerien durchgeführt. Ziel dieser Workshops war es, über das Konzept zu informieren, aber auch konkrete Planungen für die Umsetzung in der zu-

künftigen Arbeit vorzunehmen. Es wurden auch Methoden vermittelt, die man für die Genderanalysen braucht, und es wurde eine Unterstützung für das Vorgehen in der Projektarbeit angeboten. Solche Workshops enden mit konkreten Verabredungen zwischen Führungskräften und Beschäftigten. Sie dienen damit der grundlegenden gleichstellungspolitischen Arbeit im jeweiligen Fachgebiet.

### **Gender Mainstreaming in der Kommunalpolitik**

Auch die kommunale Ebene ist Teil der politischen Handlungsebene und damit dem Prinzip Gender Mainstreaming verpflichtet. Zwar kann die Durchsetzung dieses Prinzips nicht eingeklagt werden, dennoch wird deutlich, dass die Integration gleichstellungspolitischer Zielsetzungen in die gesamte kommunale Arbeit langfristig für die Kommunen verbindlich werden wird. Der Deutsche Städtetag hat sich im Jahre 2001 diesem Prinzip in einer Resolution verpflichtet. In vielen Städten wird die Frage gestellt, in welcher Weise Gender Mainstreaming durchgeführt werden könnte. Wie auch bei anderen politischen Ebenen sind es in der Regel die Frauenbeauftragten, die aktiv dafür werben, dass sich die Verwaltungsspitze mit dem Prinzip Gender Mainstreaming auseinandersetzt. Diese Initiativrolle wird sicherlich noch lange bei den frauenpolitischen Akteurinnen verbleiben, dennoch wird immer wieder deutlich, dass die Einführung des Prinzips eine Sache der Ver-



*Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages verpflichtet, die von der Gemeinschaft finanzierten politischen Maßnahmen unter dem Aspekt der Chancengleichheit von Männern und Frauen durchzuführen.*



waltungsspitze, nicht etwa der Frauenbeauftragten ist.

Der Bereich Frauenforschung/ Geschlechterpolitik hat in ca. 20 verschiedenen Kommunen Informationsveranstaltungen unterschiedlicher Größe sowie konkrete Beratungen angeboten. In der Regel sind in diesen Veranstaltungen die Führungskräfte der Kommune anwesend. Sie werden motiviert, Gender Mainstreaming als Effektivierung ihrer politischen Arbeit zu verstehen. Neben der Diskussion des Konzeptes werden in der Regel auch bereits die ersten Vorschläge dazu gemacht, an welchen Stellen in einer Kommune Gender Mainstreaming zunächst einmal ausprobiert werden könnte. Oft bilden diese ersten Schritte eine Unterstützung der Arbeit der Frauenbeauftragten: die Voraussetzungen, dass ihre Vorstellungen in der kommunalen Politik auch gehört werden, werden dadurch erheblich verbessert. Ihr Expertentum wird ernst genommen, wenn in den Fachaufgaben der Gleichstellungsbezug gefunden werden muss. In einzelnen Kommunen wird auch kontrovers diskutiert, in welcher Weise Gender Mainstreaming eingeführt werden soll: über einen Ausschuss des Rates oder der Verwaltung oder durch eine Vorgabe des Parlaments, durch externe BeraterInnen oder gar durch die Frauenbeauftragte? Bei allen lokalen Besonderheiten hat sich gezeigt, daß die Abschaffung oder Entmachtung der Frauenbüros der schlechteste Weg ist, Gender Mainstreaming einzuführen. Ein wesentliches Prinzip ist, dass mög-

Barbara Stiegler:

**Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender- Mainstreaming.**

Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2001



lichst viele Personen, Führungskräfte und Beschäftigte in diesen Prozess einbezogen werden und das Ziel, die alltägliche Facharbeit wirklich zu verändern, im Auge behalten wird.

### Frauen als Agentinnen von Gender Mainstreaming

In der Tat sind es bei den herrschenden Geschlechterverhältnissen in Organisationen immer wieder die Frauen, die Gender Mainstreaming als eine ergänzende Strategie von ihren Organisationen erfordern. Deswegen müssen sich gerade politisch aktive Frauen mit diesem Konzept auseinandersetzen, ihre eigene Rolle darin definieren und ihre Handlungsmöglichkeiten erkennen. Sie brauchen Argumentationshilfen und Beratung bei der Strategieentwicklung. Frauenbeauftragte, Betriebspersonalrätinnen, Verantwortliche für Frauenbelange in der Bundesanstalt für Arbeit, aber auch Frauen in Kirchen oder Verbänden, die sich für Geschlechterpolitik interessieren, sind die Zielgruppen, die mit vielen Veranstaltungen unterstützt worden sind. Ganztägige Seminare wurden durchgeführt, auf denen das Konzept und die eigenen Handlungs-

möglichkeiten diskutiert worden sind. Es gab außerdem Vorträge, Hearings und Informationsveranstaltungen.

### Gender Mainstreaming im Bildungsbereich

Der Bildungsbereich ist langfristig der Multiplikator für die Umsetzung des Konzeptes. Landeszentralen für politische Bildung, die Landesebene der Volkshochschulen, die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung und Bildungsträger vor Ort brauchen Unterstützung, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Der Bereich Frauenforschung / Geschlechterpolitik hat mit etwa zehn Bildungsträgern Informations- und Beratungsveranstaltungen durchgeführt, in denen nicht nur das Konzept Gender Mainstreaming erläutert wurde, sondern in denen auch überlegt wurde, an welcher Stelle der jeweilige Bildungsträger dieses Prinzip umsetzen kann. Insbesondere der Hinweis auf die rechtlichen Rahmenbedingungen des europäischen Raumes als auch die konkrete Mittelbindung im Bereich der Arbeits- und Strukturpolitik überzeugen immer wieder davon, dass es sich bei diesem Prinzip nicht um ein kraftloses In-



strument handelt. Besonders diejenigen, die bislang auch der Frauenpolitik einen größeren Stellenwert einräumten, sehen in der Ergänzung durch das Gender Mainstreaming-Prinzip eine willkommene Unterstützung für ihre Ziele.

In mehreren Landeshochschulgesetzen gibt es bereits eine Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prinzips in der Form, dass finanzielle Anreize für die Hochschulen und Fachbereiche gegeben werden, die sich dem Gleichstellungsziel verpflichten und entsprechende Aktivitäten durchführen. Insofern wächst auch das Interesse von Universitäten und Fachhochschulen, sich mit diesem Prinzip zu befassen und über konkrete Umsetzungsmöglichkeiten nachzudenken. Der Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik hat etwa fünf verschiedene Fachhochschulen und Universitäten über das Prinzip informiert und mit den jeweiligen Rektoren über die Umsetzung beraten.

### **Frauenprojekte trotz Gender**

Eine ganz andere Fragestellung an das Konzept Gender Mainstreaming entwickeln die autonomen Frauenprojekte. Sie fürchten zurecht, dass ein Missbrauch

dieses Prinzips dazu führt, dass ihre konkrete Arbeit als nicht mehr förderungswürdig erscheint. Sie brauchen Argumentationshilfen und vor allem die klare Konturierung des Konzeptes, damit sie in den Verhandlungen, die sie mit der Verwaltung zu führen haben, vorbereitet sind. Der Arbeitsbereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik hat mehrere Frauenprojekte in dieser Richtung beraten.

### **Gender Mainstreaming in Wirtschaft und Medien**

Für die private Wirtschaft scheint das Prinzip Gender Mainstreaming noch nicht verbindlich zu sein. Der entsprechende Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes für die private Wirtschaft wurde in diesem Jahr verworfen. Dennoch gibt es private Betriebe, die sich durch eine besonders explizite Frauenförderung auszeichnen und die sich mit dem Konzept Gender Mainstreaming vertraut machen wollen. Der Arbeitsbereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik hat mit drei verschiedenen Großkonzernen Beratungsgespräche geführt. Die Vermittlung des Prinzips erfolgte auch über die Medien. Es gab Interviews und kurze Statements in verschiedenen Rundfunksendungen.

### **Anwendung des Instruments Gender Mainstreaming in spezifischen Themenfeldern**

Die Erfahrungen aus der Beratungsarbeit zeigen, dass nur durch konkrete Anwendung des allgemeinen Prinzips, gleichstellungspolitische Fragen zu berücksichtigen, wirklich eine Innovation des politischen Denkens und Handelns passiert. Es ist eine sehr anspruchsvolle Arbeit, das Fachwissen aus einem bestimmten Gebiet mit Erkenntnissen über die Geschlechterverhältnisse zu verknüpfen. In einigen Bereichen, zum Beispiel der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik sowie im Bereich der Bildung, gibt es schon eine Vielzahl von Beispielen. Es gibt aber auf der anderen Seite eine Reihe von Themenfeldern, von denen die meisten Menschen glauben, sie hätten nichts mit Geschlechterverhältnissen zu tun. Im Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik wurde der Versuch unternommen, durch konzeptionelle Darstellungen diese Verknüpfung in den folgenden Themengebieten zu leisten: Personalentwicklung; Telearbeit; Tarifpolitik; Erwachsenenbildung.

Besonders intensiv wurde auch das Thema Bürgergesellschaft und aktivierender Staat behandelt, wozu es eine Kooperation mit der Stabsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung gab. Sie betreut den „Arbeitskreis Bürgergesellschaft und aktivierender Staat“, der aus hochrangigen ExpertInnen zu den Themen Bürgergesellschaft, ehrenamtliche Arbeit und aktivierender Staat besteht. Die Genderfrage in die Arbeit dieses Arbeitskrei-

## Veröffentlichungen (Auswahl): Barbara Stiegler

● *Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming.* Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nachdruck, Bonn 2001.

● *Zentrales Hearing zur Aufwertung von Frauenberufen – Einführung und Essentials.* In: Dokumentation der Kooperationsveranstaltung der Gewerkschaft ÖTV und der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juli 2001.

● *Wenn Gender das Mädchen verschluckt – Gender Mainstreaming und die Mädchenarbeit.* In: Donna Lotta, Mädchenarbeit und Mädchenpolitik in Niedersachsen. Heft 17, 2/2001 S. 3-6.

● *Wie der Gender in den Mainstream kommt. In: Materialien, Impulse, Gedanken zu Gender Mainstreaming.* Eine Handreichung für Telefonseelsorge und Offene Tür, Vierzehnheiligen 2001.

● *Vivienne Jabri, Eleanor O’Gorman (ed.) Woman, culture and international relations. Rezension.* In: Internationale Politik und Gesellschaft 1, 2001, S. 91-92.

● *Gender Mainstreaming. In: Transparent, Zeitschrift der DPG 2001, S. 26-29.*

● *Heim zur Arbeit, Telearbeit und Geschlechterverhältnis.* In: Franke, Astrid, Schweikart, Rudolf (Hrsg.) Frauen in Wissenschaft und Technik, 2001.

● *Wenn Gender das Mädchen schluckt – Gender Mainstreaming und die Mädchenarbeit.* In:

Forum Erziehungshilfen 2/2001, S. 68-74.

● *Professionalisierung, Regionalisierung, Gender.* In: Professionalisierung, Regionalisierung, Gender, Dokumentation der Fachtagung des Forschungsschwerpunktes „Frauenberufstätigkeit im regionalen Sozial- und Gesundheitswesen“ - 17. November 2000 Universität Lüneburg/Fachhochschule Nordostniedersachsen, Lüneburg 2001.

● *Zopf statt Schleife. Gender Mainstreaming – Eine neue Strategie.* In: Frauenrat. Informationen für die Frau 6, 2001, S. 4-8.

● *Mehr Geschlecht als Recht. Konzept und Bedeutung des Gender Mainstreaming-Prinzips.* In: politische ökologie 70, 2001 A Gender 21, S. 26-30.

ses hineinzutragen, war eine besondere Herausforderung. Da der Arbeitskreis aber auch beratend für die politische Agenda tätig ist, bietet sich dieses Feld als besonders geeignet für Gender Mainstreaming-Prozesse an. Es wurde eine Expertise erarbeitet, die mit einigen Mitgliedern des Arbeitskreises abgestimmt worden ist. Der

Arbeitskreis hat die ersten Entwürfe dieser Expertise sehr positiv aufgenommen und die Fragestellungen auch in die eigene Arbeit übertragen. In der Expertise werden folgende Aspekte behandelt: Gender Mainstreaming als Prinzip des Diskurses; Was ist Gender, was ist eine Genderanalyse?; Bürgergesellschaft und aktivierender

Staat unter der Genderperspektive. Die Expertise wird im Jahr 2002 veröffentlicht und kann auch als eine Handreichung für die Bearbeitung der Genderthematik in anderen Themenfeldern dienen, da sie noch einmal explizit auf die Fragen der Zielsetzungen und der Methodik von Genderanalysen eingeht.



Mathilde Wurm



Elisabeth Selbert

*Im Historischen Forschungszentrum hat die Sicherung, Pflege und Aufarbeitung der Tradition von Sozialdemokratie und Gewerkschaften im nationalen und internationalen Maßstab einen hohen Stellenwert. In diesem Kontext sind auch die Projekte der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte zu sehen.*

## Historisches Forschungszentrum

### Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte

● **Lebensbilder von Frauen nach dem 2. Weltkrieg: Sozialdemokratinnen im parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948 bis 1957**

(Forschungsprojekt)

In einem laufenden Forschungsprojekt werden Portraits von allen 27 sozialdemokratischen Frauen im Parlamentarischen Rat und in den beiden ersten Legislaturperioden des Deutschen Bundestages erstellt. Die Studie zeigt anhand konkreter Biografien ein Stück Zeitgeschichte der Nachkriegsjahre bis 1957 sowie Kontinuitäten und Brüche verschiedener frauenpolitisch brisanter Politikbereiche auf. Die Hauptfragestellungen beziehen sich auf die parlamentarische Arbeit der Frauen: ob und wie sie für „Fraueneinfluss“ in Politik, Verwaltung und Wirtschaft sorgen konnten, welche Rolle frau-

enpolitische Aspekte spielten, welche Barrieren Frauen zu überwinden hatten und von wem sie Unterstützung und Solidarität bekamen.

Das Projekt arbeitet mit einem Methodenmix. Zum einen werden biografische, themenzentrierte, leitfadengestützte Interviews mit dem Schwerpunkt auf Leben und Arbeit nach 1945 mit noch lebenden ehemaligen Abgeordneten und anderen ZeitzeugInnen geführt. Zum anderen wird vorhandenes Material aus verschiedenen Archiven sowie biografische und Sekundärliteratur ausgewertet.

Die meisten Frauen haben keine „normalen“ Lebenswege. Ihre Biografien erscheinen voller Brüche und Widersprüche. Das Selbstbewusstsein der Frauen besticht ebenso wie ihre Bescheidenheit und ihre sozialdemokratische Überzeugung, die sie nie preisge-

ben wollten. Diejenigen Frauen, die noch leben, haben jetzt noch Kontakt untereinander.

Die SPD-Nachkriegs-ParlamentarierInnen sahen die Grenzen der patriarchalen Gesellschaftsnormen, stellten diese aber nicht grundsätzlich in Frage. Die meisten lehnten es ab, von „Frauenproblemen“ zu sprechen. Der Kampf gegen die Wiederaufrüstung, für Gleichberechtigung, für Besserstellung der alleinerziehenden Mütter, für höhere Frauenlöhne – das waren für sie „allgemeine Probleme“. Sie verbrachten viel Kraft damit, sich gegen ein Image als Suffragetten, „Blaustrümpfe“ oder „Emanzen“ zu wehren und lehnten mehrheitlich die Arbeit in den überparteilichen Frauenausschüssen ab. Selbst die SPD-Frauengruppen sollten sich selbst überflüssig machen, wenn erreicht war, dass Frauen ganz selbstverständlich an der all-



Luise Herklotz

*Die SPD-Nachkriegs-ParlamentarierInnen sahen die Grenzen der patriarchalen Gesellschaftsnormen, stellten diese aber nicht grundsätzlich in Frage. Die meisten lehnten es ab, von „Frauenproblemen“ zu sprechen.*

gemeinen politischen Arbeit teilnehmen und die Männer erkennen, dass alle so genannten speziellen Frauenfragen sie genauso angehen wie die Frauen, um gemeinsam eine neue freiere und gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Diese Kooperationsbereitschaft konnte nicht verhindern, dass die Genossinnen immer einige Schritte hinter den Genossen zurück blieben, die schon wieder in den meisten Macht- und Entscheidungspositionen saßen. Heute räumen die Frauen ein, dass sie sich damals gründlich geirrt haben.

### Frauenarbeit in Selbsthilfe und Ehrenamt (Expertise)

Die Expertise „Frauenarbeit in Selbsthilfe und Ehrenamt“ wurde überarbeitet und aktualisiert. Die Analyse unter dem Gesichtspunkt der Genderperspektive zeigt, dass es immer noch und immer wieder vor allem Frauen sind, die überdurchschnittlich im sozialkaritativen Ehrenamt engagiert sind. Sie sind es auch hauptsächlich, denen ehrenamtliche Arbeit als Ersatz für die schrumpfende, bezahlte Erwerbsarbeit angeboten wird. Ehrenamtlich arbeitende Männer dagegen leisten ihre – oft mit hoher sozialer Anerkennung und Aufwandsentschädigungen verbundene – Arbeit komplementär zur Erwerbsarbeit. Es stellt sich nicht nur die Frage nach der gleichmäßigen Beteiligung von Männern und Frauen an ehrenamtlicher Arbeit, sondern auch nach einer anderen Verteilung von bezahlt und unbezahlt geleisteter sinnvoller Arbeit zwischen Männern und Frauen.



Annemarie Renger

*Es stellt sich nicht nur die Frage nach der gleichmäßigen Beteiligung von Männern und Frauen an ehrenamtlicher Arbeit, sondern auch nach einer anderen Verteilung von bezahlt und unbezahlt geleisteter sinnvoller Arbeit zwischen Männern und Frauen.*

#### ● **Im Netz der Gedichte**

(Lesung im Rahmen des Gesprächskreises Geschichte in Bonn, 10. Oktober)

Diese Veranstaltung wurde vom Gesprächskreis Geschichte in Zusammenarbeit mit dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ und der Frauenbeauftragten der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt. Dr. Sibylle

### Veröffentlichungen (Auswahl): Gisela Notz

- Gisela Engel/Gisela Notz (Hrsg.) *Sinneslust und Sinneswandel. Beiträge zu einer Geschichte der Sinnlichkeit*, Berlin: Trafo-Verlag 2001.
- *Frauenarbeit in Selbsthilfe und Ehrenamt – Expertise für das Fraueninfo der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn: überarbeitete Neuauflage, Juni 2001.
- *Ehrenamtliches Engagement von Frauen*. Frauenvorträge an der FernUniversität Nr. 34, Hagen 2001.
- Lucie Kurlbaum-Beyer. *Frauen(Bildungs)Arbeit in einer Männergewerkschaft*. In: Paul Ciupke/Karin Derichs-Kunstmann (Hrsg.) *Zwischen Emanzipation und besonderer Kultur-aufgabe der Frau*. Frauenbildung in der Geschichte der Erwachsenenbildung, Essen: Klartext-Verlag 2001, S. 273-280.
- *Klara Marie Fassbinder (1890-1974) and Women's Peace Acti-*
- vities in the 1950s and 1960s*. In: *Journal for Women's History*, Autumn 2001, pp. 99 - 123.
- „*Kennen Sie Fini Pfannes?*“ In: *Ariadne, Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte*, H. 39/2001, S. 75 – 77.
- „*Ihr seid, wenn ihr wollt, diejenigen die alle Arbeit in der Partei machen können*“: Sozialdemokratische Frauenpolitik im Nachkriegsdeutschland. In: *Ariadne, Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte*, H. 40/2001, S. 58 - 63.
- Pinkus Paul Theo. In: *Historische Kommission bei der bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.) *Neue Deutsche Biographie*. Zwanzigster Band. Berlin 2001, S. 451 - 452.
- Gisela Notz / Christl Wickert: *Ein neues Politikerinnenbild in Deutschland im Wandel der Zeiten?* Sozialdemokratische Parlamentarierinnen von der Weima-



E. Groß und Frieda Nadig, Wahlkundgebung in Dortmund 1957

Plogstedt las aus ihrem 2001 erschienenen Buch „Im Netz der Gedichte – In Haft nach dem Prager Frühling“ (Ch. Links Verlag). Sie war vierundzwanzig Jahre alt, als sie von der Staatssicherheit der Tschechoslowakei 1969 in Prag

verhaftet wurde, wo sie als engagiertes Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in der Opposition gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes tätig war. Eineinhalb Jahre dauerte ihre Haft in Ruzyn.

Dreißig Jahre blieb sie in den Erlebnissen von damals gefangen. Nach der Wende 1989 konnte sie die Vergangenheit nicht mehr verdrängen. Das im Titel benannte „Netz der Gedichte“ ist eine der vielen Fragen, die sie sich selbst in dem Buch stellt. Viele Antworten sind bis heute offen. Sibylle Plogstedt versteht es nicht nur in ihrem Buch, sondern verstand es auch bei der Veranstaltung, Geschichte zu erzählen, indem sie den Bogen vom Prager Frühling über die westdeutsche Linke der späten sechziger und frühen siebziger Jahre bis in die heutige Zeit spannte.

rer Republik bis in die Bundesrepublik. In: Helga Grebing/Karin Junker (Hrsg.) Frau. Macht. Zukunft, Marburg: Schüren-Verlag 2001, S. 225 – 256.

- *Vergangenheitsbewältigung and New Political Perspectives – Social democratic Women Members of Parliament After 1945.* In: German Institute for Japanese Studies (Hrsg.) Contested Historiography – Feminist Perspectives on World War II (im Druck).

- *Kann „gemeinwesenorientierte Arbeit“ einen Beitrag für eine ebenbürtige Neuverteilung von Arbeit leisten?* In: Andruschow, Katrin (Hrsg.) Ganze Arbeit. Feministische Spurensuche in der Non-Profit-Ökonomie, Berlin 2001, S. 135-158.

- *Wofür engagieren sich Männer und Frauen?* In: Joachim Braun/Gabriele Wahlen (Hrsg.) Die Freiwilligen. Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends. Förderpolitische Konsequenzen aus

dem Freiwilligensurvey 1999. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 71, Köln/Leipzig: ISAB-Verlag 2001, S. 135 – 141.

- *Bürgerschaftliches Engagement – eine Zukunftsperspektive für BürgerInnen?* In: ver.di Hamburg (Hrsg.) Kommt das Amt zu den BürgerInnen oder müssen die BürgerInnen zum Amt? Bürgernahe Dienstleistungen der Zukunft in Hamburg, Hamburg 2001, S. 1-7.

- *Brücken und Übergänge bürgerschaftlichen Engagements in Erwerbsarbeit.* In: Freie und Hansestadt Hamburg (Hrsg.) Aktivierende Politik im Quartier. Chancen und Risiken des Dritten Sektors, Hamburg 2001, S. 36-38.

- *Freiwilligenarbeit in (Frauen)projekten – aber wovon leben wir?* In: Landesfrauenrat Mecklenburg-Vorpommern e.V./Frauenbildungnetz Ostsee (Hrsg.) Auf dem Weg. Erfahrungen – Spannungsfelder – Visionen. Dokumentation, Rostock 2001, S. 7-36.

- *Selbsthilfe von Frauen und Männern in der Zivilgesellschaft.* In: Nakos Extra, Nr. 31: Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft, 2001, S. 38-54.

- *Gewalt im Geschlechterverhältnis. Zum Zusammenhang von „Liebe“, Besitzansprüchen und Gewalt.* In: Kritische Interventionen 6 – Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft. Hannover 2001, S. 200-216.

- *Ursachen und Formen krankmachender Arbeit.* In: Lokale Agenda 21 – Arbeitskreis Frauen (Hrsg.) Jede Arbeit Zählt! Chancen für eine Neugestaltung der Arbeit im 21. Jahrhundert. Osnabrück 2001, S. 32-40.

- *Mädchen- und frauenpolitische Anforderungen an Jugendsozialarbeit.* In: Paul Fülbier / Richard Münchmeister (Hrsg.) Handbuch Jugendsozialarbeit, Bd. 1 Münster 2001, S. 372-384.

Die Nachfrage nach einer Förderung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung ist anhaltend hoch geblieben: rund 10.000 bis 12.000 Anfragen erreichen die Abteilung pro Jahr, davon wurden insgesamt 390 Studierende und DoktorandInnen neu in die Förderung aufgenommen.

## Studienförderung

### Förderung frauenspezifischer Themen im Rahmen der Graduiertenförderung

(Ergänzung der Aufstellung von 2000):

- Inke Jensen, Universität Kiel: *Frauen im Asyl- und Flüchtlingsrecht*

- Jana Rohloff, Universität Rostock: *Die sogenannte Spätabtreibung aus rechtsethischer Sicht*

- Stefanie Strulik, Universität Bielefeld: *Dezentralisierung und Zivilgesellschaft – Politische Partizipation von Frauen in Gremien lokaler Selbstverwaltung in Indien*

- Stephanie Catani, Universität Bochum: *Frauenfiguren in der Literatur des Fin de Siècle am Beispiel von Schnitzlers „Liebelein“ (1895), Hoffmannsthal's „Die Frau im Fenster“ (1898) und Wedekinds „Lulu-Tragödie“ (1895/1902)*

- Mirja Silkenbeumer, Universität Hannover: *Weiblichkeitskonzeptionen aggressiver junger Frauen*

insbesondere eine Verstärkung der Förderung von Frauen als wissenschaftlichem Nachwuchs.“ Als Fördererelemente sind die Kinderbetreuungszuschläge sowie die Möglichkeit, bei der Geburt eines Kindes die Förderung auf Antrag um ein Jahr zu verlängern, eingeführt worden. Ferner besteht die Möglichkeit, bei Vorliegen besonderer familiärer Gründe ein Teilzeitstipendium in halber Höhe zu beantragen. 8 Frauen nutzten die Möglichkeit des Kinderbetreuungszuschlages und 3 Frauen die

Möglichkeit, die Förderung um ein Jahr zu verlängern.

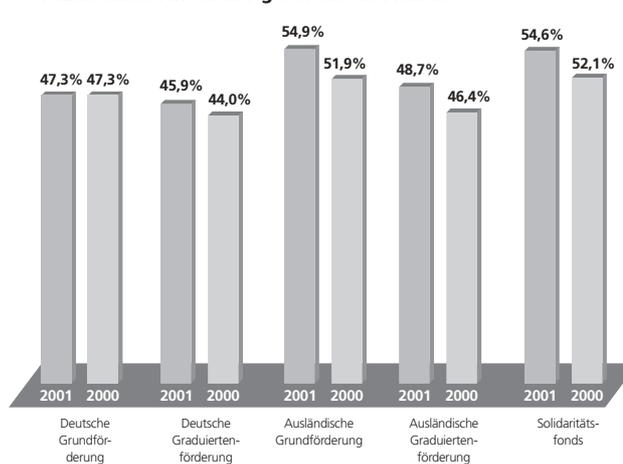
#### ● Genderforum der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ein Arbeitskreis zu Geschlechterfragen

*Die Idee:* Sowohl 1999 als auch 2000 fand im Rahmen des Seminarprogramms für die Stipendiatinnen der FES jeweils ein Seminar mit dem Titel „Frauen in Füh-

### Überblick über den Frauenanteil in den Förderungsprogrammen und -gremien

Prozentualer Anteil der geförderten Frauen



### Förderung im Rahmen des Hochschulsonderprogramms III (BMBF-Programm):

Das Hochschulsonderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „intendiert



rungspositionen“ statt. Um die gesellschaftspolitische Dimension dieses Themas mehr in den Vordergrund zu rücken, wurde als Ergebnis des Seminars 2000 das Genderforum der Stipendiaten und Stipendiatinnen der FES gegründet. Damit werden Gender-Fragen aus der „Frauen(förderungs)-Nische“ in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs geholt. Dieser Diskurs wird dann nicht nur unter Frauen, sondern auch mit Männern geführt. Neben einem jährlichen Seminar gibt es darüber hinausgehende Diskussionsforen, zum Beispiel in Form eines Arbeitskreises, der als Diskussionsforum kontinuierliche Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen anregt.

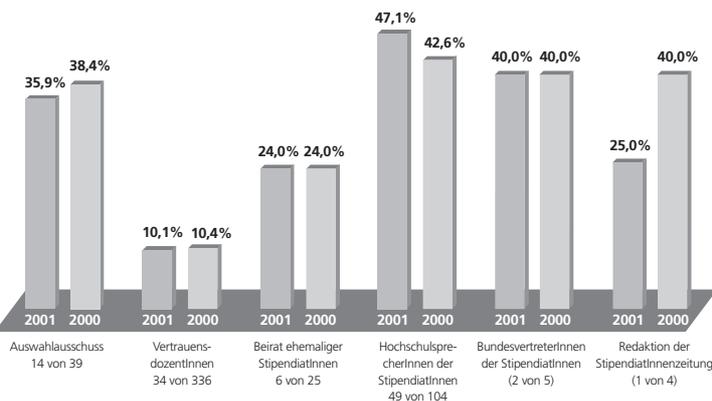
*Die Aktivitäten:* Mittels einer Genderforum-Mailingliste und -Homepage sowie Veranstaltungen in den Hochschulgruppen der StipendiatInnen und bundesweit wird ein kontinuierlicher Austausch ermöglicht. Die Seminarreihe „Genderforum“ soll fortgesetzt werden, nachdem ihr Auftakt vom 5. bis 9. November 2001 ein voller Erfolg war. Themen wie „Europäische Geschlechterpolitik im Vergleich“, „Muttermythos“ und „Gender Mainstreaming“ wurden mit ReferentInnen behandelt und anschließend diskutiert. Die persönliche Reflexion über die Bedeutung von Geschlechterfragen im eigenen Leben fand im Seminar Beachtung durch eine Reise in die eigene Zukunft, die Diskussion über weibliche und männliche Identität und die Podiumsdiskussion mit ReferentInnen, die

vom typischen „Geschlechterweg“ abgewichen sind. Außerdem wurde ein Konzept für den Arbeitskreis „Genderforum“ entwickelt. Die Seminarevaluation ergab, dass sowohl für öffentliches als auch privates Leben viele Anstöße, bisher Gedachtes in Frage zu stellen, gegeben wurden. Der Begriff der „Vielfaltsgesellschaft“ wurde geprägt, in der entsprechende gesellschaftliche Bedingungen eine Vielfalt an „menschlichen“ (nicht männ- oder weiblichen!) Lebensformen ermöglichen. Ein wesentliches Seminarergebnis ist ein verstärktes Problembewusstsein für ein notwendiges persönliches Engagement zur Herausforderung von Veränderungen.

*Die Pläne:* Neben der Fortführung des begonnenen Austausches und der bereits etablierten Seminarreihe wurden in den Hochschulgruppen, zum Beispiel in Berlin und Köln, Gender-Gruppen gegründet. Dabei ist eine Zusammenarbeit mit dem Forum Politik und Gesellschaft und anderen Abteilungen der Friedrich-Ebert-Stiftung im Entstehen. Auch wird es in Zukunft verstärkt um das Thema „Netzwerke“ gehen, die nicht nur unter gender-interessierten StipendiatInnen ausgebaut werden sollen, sondern auch mit anderen zum Gender-Thema arbeitenden Gruppen. Der Aufbau eines Mentoringprogrammes ist angedacht. Um die Koordination aller Aktivitäten kümmern sich die drei AnsprechpartnerInnen des Genderforums: eine Frau und zwei Männer!



Prozentualer Frauenanteil in Gremien



# Internationale Arbeit



Brüssel/Belgien



*In 40 Ländern West-, Mittel- und Osteuropas sowie in den USA und Japan ist die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Büro vertreten. Die Büros bearbeiten zentrale Themen der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union und behandeln aktuelle nationale und bilaterale Themen und Ereignisse. In Südosteuropa steht die Förderung der Demokratie und wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Kooperation mit dem Stabilitätspakt im Vordergrund der Arbeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet vor Ort mit Partnern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zusammen.*

## Internationaler Dialog

### Westliche Industrieländer

Trotz national geprägter kultureller und rechtlicher Unterschiede stehen Frauen in allen EU-Mitgliedstaaten grundsätzlich vor ähnlichen Problemen: Der Arbeitsmarkt ist auch bei steigender „Erwerbsneigung“ der Frauen geschlechtsspezifisch aufgeteilt; Frauen haben einen überproportionalen Anteil an Arbeitslosigkeit und Armut; sie haben schlechteren Zugang zu Ausbildungsplätzen und einen deutlich geringeren Anteil in Führungspositionen in Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft.

Schwerpunktthema der EU im Jahre 2001 war daher die

Gleichstellung der Geschlechter im Bereich der Beschäftigung. Auf dem Lissabonner Gipfel im März 2000 wurde als Ziel vorgegeben, die Beschäftigungsquote der Frauen in den EU-Mitgliedsstaaten von derzeit 53% auf 60% bis zum Jahre 2010 anzuheben.

Die EU hat als treibende Kraft den Status der Frauen in der europäischen Gesellschaft gefördert. Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde das Konzept Gender Mainstreaming – die Einbindung des Aspekts der Chancengleichheit in alle Politikbereiche – besiegelt.

Die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in den westlichen Industrieländern greifen aktuelle frauenpolitische Themen auf und organisieren in Dialogveranstaltungen einen Erfahrungsaustausch zwischen Fachkräften aus Europa bzw. zwischen Deutschland und den USA. Da die Nationalstaaten im Rahmen der EU immer mehr ihre Funktion als Ansprechpartner für Frauenpolitik verlieren, müssen sich neue europäische Bündnisformen von Frauen bilden – auch dazu leisten unsere Projekte einen Beitrag.

### Belgien, Brüssel

Gleichstellungsbeauftragten aus Thüringen wurde durch das Informationsseminar „Gender Mainstreaming – die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union“ in Brüssel die Gelegenheit geboten, die verschiedenen Initiativen und Förderprogramme der EU zur Gleichstellungs-

politik kennen zu lernen. Die Teilnehmerinnen schätzten insbesondere den direkten Austausch mit den Europaabgeordneten sowie den Einblick in die konkrete Arbeit, den sie durch den Besuch einer Ausschusssitzung gewinnen konnten. Als Referentinnen traten u.a. Karin Jöns, MdEP, Mar-

got Kessler, MdEP und Dr. Petra Erler, Europäische Kommission, auf. Die konkreten Einflussmöglichkeiten der in Brüssel ansässigen Lobbybüros und Interessenvertretungen im Bereich Gender Mainstreaming wurden diskutiert.

## Griechenland, Athen

Gemeinsam mit dem FES-Büro Paris und dem dortigen Partner „Europartenaies“ organisierte die FES Griechenland mit deutscher, französischer und griechischer Beteiligung in Athen das internationale Seminar „Die Neue Wirtschaft: Sackgasse oder Füllhorn?“. Mit der Diskussion der Lage der Frauen in der europäischen Arbeitswelt wurde eine vom Bundeskanzleramt initiierte deutsch-französische Konferenz zum Thema „Frauen in der zukünftigen europäischen Arbeitswelt“ fortgesetzt, die im Juni 2000 unter der Schirmherrschaft von Doris Schröder-Köpf und Elisabeth Guigou in Berlin stattfand. Von griechischer Seite waren Vertreterinnen griechischer

„new economy“-Firmen sowie Politikerinnen, Fachexpertinnen, Regierungsberaterinnen, Gewerkschafterinnen und Journalistinnen anwesend. Eine Vielfalt von Themen wurde diskutiert: u.a. die Beziehung von Frauen zur Familie und zum Beruf, Telearbeit – nicht nur, aber vor allem – aus der Sicht der Frauen sowie die Schwierigkeiten der Gewerkschaften, mit diesen Frauenfragen umzugehen. Trotz weitgehend unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen und Kulturen stellten die Teilnehmerinnen hinsichtlich der Probleme der Frauen in den Bereichen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik große Ähnlichkeiten fest.

Einen Beitrag zur griechisch-türkischen Annäherung leistete das Seminar „Interkulturelles Konfliktmanagement“, das in Athen in Zusammenarbeit mit Mechtild Rothe, MdEP, und der griechischen Partnerinstitution ISTAME durchgeführt wurde. Das Seminar fand im Rahmen eines von ISTAME organisierten Informationsprogramms für in Deutschland lebende griechische und türkische Vertreterinnen des „Vereins für ein zeitgemäßes Leben“ sowie des „Vereins für die deutsch-griechische Freundschaft“, Bielefeld, statt. Teilnehmerinnen waren in Deutschland lebende weibliche Multiplikatorinnen und gesellschaftspolitische Fachkräfte.

## Portugal, Lissabon

Das Thema „Frauen in Führungspositionen“ in einer europäisch vergleichenden Perspektive zu diskutieren und in die Öffentlichkeit zu tragen, war Anliegen der Veranstaltungsreihe „Die Macht fällt nicht vom Himmel – Geschlechtergleichstellung in Entscheidungsprozessen“ in Lissabon. Sie wurde in enger Abstimmung mit den Präsidentinnen der Frauengleichstellungskommissionen beim Premierminister und beim Arbeitsminister vorbereitet und bestand aus einem Workshop und einer internationalen Konferenz. Zu den RednerInnen zählten die Abgeordnete Lissy Gröner, MdEP, der Minister beim Regierungspräsidium, Guilherme d'Oliveira Mar-

tins, die Direktorin des Frauencomputerzentrums Berlin, Renate Wielpütz, die Vorsitzende der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V., Prof. Barbara Schaeffer-Hegel, und die ehemalige portugiesische Ministerin für Gleichheit, Maria de Belém Roseira.

Die Qualität des Programms sowie die Unterstützung durch die portugiesischen Gleichstellungskommissionen bei der Mobilisierung von TeilnehmerInnen und JournalistInnen sorgten für das überaus positive Echo der Veranstaltung in den Medien.



Athen/Griechenland



Lissabon/Portugal

## Türkei, Istanbul

Angesichts des geringen Anteils von Frauen in politischen und öffentlichen Ämtern ist das erste Ziel der politischen Arbeit in der Türkei, diesen Anteil effektiv zu erhöhen. Das FES-Büro arbeitet mit dem „Verein zur Förderung von Kandidaturen von Frauen“ zusammen, der auf lokaler, regionaler und landesweiter Ebene aktiv die Vorbereitung von Frauen für politische Ämter fördert. Ein zweites Ziel der politischen Arbeit ist die Förderung der allgemeinen gesellschaftspolitischen Diskussion über die Situation der Frauen in der Türkei, da die weit verbreitete Gewalt gegen Frauen, ihre strukturelle Benachteiligung und die Eingrenzung ihrer Lebensräume in der türkischen Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis genommen oder diskutiert werden. Ein drittes Ziel ist die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Situation der Frauen, vor allem ihrer sozialen Absicherung durch öffentliche Systeme. Vor allem in ländlichen Gebieten verdienen Frauen oft mit Heimarbeit den Lebensunterhalt ihrer Familien – nicht nur in den traditionellen Sektoren wie Textil- und Nahrungs-

mittelproduktion, sondern auch in technologieintensiven, modernen Sektoren. Frauen machen einen Anteil von 95% der Arbeitskräfte im Heimarbeitsbereich aus. Für die Heimarbeiterinnen gibt es keine Arbeitsverträge, keine Rechtsgrundlagen und damit auch keinerlei aus der Arbeit hergeleitete soziale Absicherung. Die Heimarbeit wird weder in bestehenden Gesetzen noch in Verordnungen erfasst, und die Löhne sind extrem niedrig. Weder die PolitikerInnen erkennen diese Tätigkeiten als „Arbeit“ an, noch betrachten die Gewerkschaften die Frauen als mögliche Mitglieder. Untersuchungen zeigen, dass auch die Heimarbeiterinnen selbst sich nicht für Arbeitnehmerinnen halten, sondern ihre Tätigkeit als „vorübergehend“, „als Taschengeld“ und „um freie Zeit zu nutzen“ einstufen. Das Projekt „Heimarbeit“ wird von der informellen Initiative „Arbeitsgruppe Heimarbeiterinnen“ getragen, die seit 1999 aus Heimarbeiterinnen, Akademikerinnen und politischen Aktivistinnen besteht. Es ist an das internationale Netzwerk „Homenet“ angeschlossen, das in 38 Ländern vertreten ist.

Um ihre Ziele zu erreichen, führt die Gruppe Feldstudien durch, in denen die Produktionsketten und damit die gegenwärtigen Heimarbeits-Bedingungen erforscht werden. Außerdem kooperiert die Gruppe mit Gewerkschaften, Lokalregierungen, Frauenorganisationen, Behörden und Massenmedien. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame internationale Strategie zusammen mit Netzwerken wie Homenet, WIEGO und Clean Clothes Campaign (CCC) zu erarbeiten. Die „Arbeitsgruppe Heimarbeiterinnen“ veranstaltete dieses Jahr fünf Workshops, in denen u.a. VertreterInnen von ILO, Homenet und CCC anwesend waren. In den drei lokalen Workshops kamen Heimarbeiterinnen aus der jeweiligen Umgebung mit GewerkschafterInnen, AkademikerInnen und lokalen VertreterInnen staatlicher Institutionen zusammen. In Istanbul fand ein internationaler Workshop statt, bei dem TeilnehmerInnen aus den Balkanländern Bulgarien, Jugoslawien und Mazedonien mit türkischen Fachleuten zusammentrafen. Auf dem fünften Workshop in Ankara fand ein Treffen mit den zuständigen staatlichen Institutionen statt.

## USA, Washington D.C.

An seinem ersten Tag als U.S.-Präsident setzte George W. Bush die „Global Gag Rule“ für die U.S. Agency for International Development (USAID) wieder ein. Sie verhindert die Verwendung von Regierungsgeldern für die Unterstützung von oder Beratung über Abtreibung. Er führte auch die „Mexico City Policy“

wieder ein, die verbietet, dass von USAID finanziell unterstützte Nichtregierungsorganisationen ihre Gelder für die Durchführung von Abtreibungen, für Lobby-Arbeit gegen anti-Abtreibungsgesetze oder für die Vergabe von medizinischen Empfehlungen an Abtreibungskliniken benutzen. Viele Frauenorganisa-



Istanbul/Türkei

tionen befürchten, dass dies nur der erste Schritt auf dem Weg, das Recht auf eine legale und sichere Abtreibung aufzuheben, ist. Mögliche Rückschläge für die Rechte der Frauen in den USA könnten durch eine neue Zusammensetzung des obersten Gerichtshofes begünstigt werden, da während der Amtszeit von Präsident G.W. Bush ein bis zwei Richter des Supreme Court ausscheiden werden. Außerdem schloss George W. Bush das White House Office for Women's Initiatives and Outreach, das Verbindungen zwischen Nichtregierungsorganisationen und der US-Regierung im Bereich der Frauenpolitik herstellen und unterhalten sollte.

Besonders vier Bereiche der politischen Debatte hatten im Jahr 2001 in den USA beträchtliche Konsequenzen für Frauen: die neue Steuergesetzgebung, die Pläne für ein Wirtschaftsförderungsgesetz nach dem 11. September, die Reform der staatlichen Rentenversicherung und die Welfare Reform. An der Steuerreform wurde kritisiert, dass sie Kürzungen bei Programmen wie Medicare und Social Security, die besonders wichtig für ärmere Frauen und Familien sind, bedeuten würde. Entscheidungen über das Wirtschaftsförderungsgesetz sowie die Social Security Reform sind noch nicht getroffen worden. Die Welfare Reform muss im Jahr 2002 beobachtet werden, weil Ende 2001 die ersten fünf Jahre ihres Bestehens ausliefen und sich nun die Sozialverträglichkeit der Reform erweisen muss. Bis zur Entscheidung über eine weiterführende Gesetzgebung zur Welfare Reform müssen genaue Untersu-

chungen über die Folgen der Reform für Frauen – insbesondere allein erziehende Frauen mit Kindern – abgewartet werden.

Das Hauptziel der frauenpolitischen Veranstaltungen des Washingtoner Büros im Jahr 2001 war die Förderung von Frauen als aktive Teilnehmerinnen im politischen Prozess, besonders in gewählten Ämtern. Höhepunkt dieses Jahres war die Kooperation mit dem „Institute for Women's Policy Research“ und dem „Women's Studies Programm“ der George Washington University bei der Durchführung der Sixth Women's Policy Research Conference „The Status of Women – Facing the Facts, Forging the Future“ in Washington D.C. Zu diesem Austausch über Bedingungen und transatlantische Strategien für Frauen in Führungspositionen wurden hochrangige deutsche und amerikanische Entscheidungsträgerinnen aus dem Kongress, dem Europäischen Parlament, dem Bundestag, der Privatwirtschaft und den Gewerkschaften eingeladen: u.a. Senatorin Maria Cantwell, Kongressmitglied Carolyn Maloney, Karin Junker, MdEP, Dorothee Stapelfeldt, Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft, Marlene Rupprecht, MdB, und Prof. Margarita Mathiopoulos von der Technischen Universität Braunschweig. Die ca. 650 TeilnehmerInnen aus den USA, Deutschland, Kanada und einigen weiteren Ländern waren von Universitäten, Think Tanks, Gewerkschaften, Frauenzentren und Presse.

Die Gelegenheit zum Austausch zwischen Frauen aus Deutschland und Amerika zur aktuellen Lage von Frauen in Führungspositio-

nen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft bot auch der Gesprächskreis „Women in American Politics and Education“ in Washington D.C., bei dem Frauen aller drei Berufsfelder vertreten waren.

Die Wählbarkeit von Frauen für politische Ämter sowie ihre Macht als Wählerinnen thematisierte das Seminar „German-American Women's Dialogue: Election Strategies for Women“ in Washington D.C. Für das amerikanische Publikum besonders interessant war die europäische Praxis von „Geschlechterquoten“, die in Ländern wie Deutschland oder Frankreich die Anzahl von Frauen in öffentlichen Ämtern stark erhöht haben. Alle Podiumsteilnehmerinnen betonten die Bedeutung von Frauennetzwerken im Wahlkampf und in politischen Ämtern.

Das Informations- und Gesprächsprogramm „Die Sicherung der Zukunft der Internationalen Frauenuniversität“ in Washington D.C. hatte das Ziel, potentielle amerikanische und internationale Partnerinstitutionen über die geplante Institutionalisierung der Internationalen Frauenuniversität in Hannover zu informieren und amerikanische Strategien des Fundraising für Universitäten kennen zu lernen. Vertreterinnen aus Universitäten, Forschungsinstituten und der Weltbank nahmen am Programm teil.



Washington D.C./USA

## Mittel- und Osteuropa

Im Zuge des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft lässt sich in fast allen Transformationsstaaten ein Prozess des Zurückdrängens der Frauen aus der öffentlichen Sphäre beobachten. Frauen sind in allen gewählten oder ernannten Körperschaften weit mehr unterrepräsentiert als in den EU-Mitgliedstaaten. Zwar schneiden die Länder Mittel- und Osteuropas bezüglich der Erwerbstätigkeit und den geschlechtsspezifischen Beschäftigungsquoten im Vergleich zur EU gut ab, dennoch ist die Arbeitslosigkeit von Frauen dramatisch angestiegen und die geschlechtsspezifische Lohnlücke in vielen Ländern deutlich größer als im EU-Durchschnitt.

Im Zuge des Erweiterungsprozesses müssen die osteuropäischen Beitrittsländer Rechts-

vorschriften zur Umsetzung des Gemeinschaftsrechts („acquis communautaire“) auch im Bereich der Chancengleichheit umsetzen. Konkret sind dies neun Richtlinien (u.a. Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen, Gleichbehandlung beim Zugang zur Beschäftigung). In vielen Bewerberländern bleibt noch viel zu tun, um eine Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften an den gemeinschaftlichen Besitzstand zu erreichen. Die Übernahme und Durchsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes ist dabei lediglich ein Aspekt des Kampfes gegen Ungleichheiten aufgrund des Geschlechts. Die Zuerkennung gleicher Rechte muss einhergehen mit einer De-facto-Gleichstellung im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben.

Auch in Südosteuropa müssen sich Frauen im Rahmen des Aufbaus zivilgesellschaftlicher Strukturen in der weitgehend männerdominierten Gesellschaft ihren Platz erkämpfen. Das gilt für politische Entscheidungsstrukturen ebenso wie für die Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die politische, wirtschaftliche und soziale Marginalisierung der Frauen verstärkt die Machtungleichheit im Verhältnis der Geschlechter, hat Gewalt gegen Frauen und den Handel mit Frauen zur Folge.

In Zusammenarbeit mit lokalen AkteurInnen greift die Friedrich-Ebert-Stiftung in Mittel- und Osteuropa diese aktuellen frauenpolitischen Themen auf und unterstützt den Aufbau lokaler Strukturen, die sich für die Chancengleichheit der Geschlechter einsetzen.

### Regionalbüro Belgrad: Kosovo, Montenegro, Serbien

In dieser Region stellt sich insbesondere die Frage der Vergangenheitbewältigung und der Rolle der Frauen in den neuen Gesellschaftsstrukturen. „Versöhnung ist ein humaner Akt, mo-

ralisch und rational; der Wille, die Entscheidung, die Emotion. Versöhnung ist ein Prozess der Bewältigung, Verflechtung, Bekanntmachung und Anerkennung. Nationen versöhnen sich

nicht mit Nationen, sondern Menschen mit Menschen.“ Ganz im Sinne dieses Zitates von Erich Fromm sollte es in der Tribünen-Veranstaltung „Frauen, Wahrheit und Versöhnung“ in einer



**Die politische, wirtschaftliche und soziale Marginalisierung der Frauen verstärkt die Machtungleichheit im Verhältnis der Geschlechter, hat Gewalt gegen Frauen und den Handel mit Frauen zur Folge.**

serbischen Provinz darum gehen, die Prozesse der Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung und die Verantwortung der Frauen dabei zu diskutieren. Anliegen der Veranstaltung war es auch, den ethnischen Teilungen und Hassverbreitungen entgegen zu wirken. 40 Teilnehmerinnen kamen zur Öffentlichen Tribüne, die von der Gruppe für Frauenrechte der Europabewegung in Serbien organisiert wurde. Was ist restorative Gerechtigkeit angesichts schrecklicher Wahrheit und schlimmer Erfahrungen? Was ist das Potenzial von restaurativer Gerechtigkeit in der Bildung der neuen staatlichen Legitimität? Die Diskussion wurde durch Erfahrungen der „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ aus Südafrika bereichert. Frauen wurden in den Arbeitsanfängen dieser Kommission kaum berücksichtigt und benötigten viel Kraft, um über ihre erlittenen psychischen und physischen Torturen sprechen zu können.

Anlass für einen Runden Tisch zum Thema „Öffentliche Debatte über Reproduktionsrechte und Natalität“ in Kooperation mit dem

Politischen Netzwerk der Frauen in Serbien waren die Vorschläge seitens einflussreicher Personen des öffentlichen und politischen Lebens Serbiens, durch eine neue Gesetzgebung die Reproduktionsrechte zu regulieren. Die Teilnehmerinnen sprachen sich gegen jegliche Begrenzung der Reproduktionsrechte ohne Rücksicht auf Staats- oder Nationalinteresse aus – jeder Mensch habe das Recht auf Reproduktionsfreiheit. Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass man Natalität weder durch Gesetzgebung „anspornen“ noch begrenzen kann und stattdessen Bemühungen zur Prävention unerwünschter Schwangerschaft notwendig sind. Die Teilnehmerinnen forderten Maßnahmen zur besseren Familienplanung, zum Beispiel die Möglichkeit von Sterilitätsbehandlung und anderer neuer Technologien zur Schwangerschaftsverhütung und eine gleichmäßige Verantwortung der beiden Elternteile. Das jetzige Niveau des Gesundheitsschutzes und die (Nicht-)Einhaltung des ärztlichen Kodexes gerade bei Interventionen im Rahmen der reproduktiven Gesundheit wurden kritisiert.



Weitere Veranstaltungen des Büros bezogen sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Frauen, auf ihre Situation in den Medien sowie auf die Durchsetzung der Menschenrechte.

## Regionalbüro Zagreb: Bosnien-Herzegowina, Kroatien

Die Situation der Frauen in der bosnischen Gesellschaft ist einerseits noch immer durch Tradition, aber andererseits auch durch die Europäisierung und Modernisierung geprägt. Viele Frauen sind durch den Krieg in Bosnien allein stehende und al-

lein erziehende Mütter geworden, die in vielen Fällen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Frauen stellen auch einen beachtlichen Teil der FlüchtlingsrückkehrerInnen dar, die eines besonderen Schutzes durch die Gemeinschaft bedürfen. In den

letzten Jahren ist ein starker Zuwachs von Frauen-Nichtregierungsorganisationen zu beobachten. Unterstützt durch die internationale Gemeinschaft suchen die Frauen in Bosnien ihre Gleichberechtigung und Gleichstellung auch im wirtschaftlichen



***Unterstützt durch die internationale Gemeinschaft suchen die Frauen in Bosnien ihre Gleichberechtigung und Gleichstellung auch im wirtschaftlichen und politischen Bereich.***

und politischen Bereich. Partizipation der Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft stellt ein wichtiges Thema in der Demokratisierung des Landes dar.

In Kooperation mit der Frauenorganisation „VESTA“ wurde eine Seminarreihe zum Thema „Frauen im Aufbau der Gesellschaft mit gleichen Möglichkeiten“ organisiert. In drei Workshops diskutierten Frauen, wie sie stärker in die Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung eingebunden werden können. Mit dem Frauenverein „Zene Zenama“ fand eine Seminarreihe zur Lage der Frauen in der Gesellschaft statt. Angesehene Juristinnen,

Frauen aus der Politik und dem öffentlichen Leben sowie Vertreterinnen aus Nichtregierungsorganisationen nahmen an dem Seminar teil.

Das Thema Beschäftigung und wirtschaftliche Selbstständigkeit wurde in einer Trainingsreihe in Zusammenarbeit mit dem Institut für Organisation und Ökonomie aus Sarajevo aufgegriffen. Ziel war die Unterstützung arbeitsloser Frauen beim Aufbau eigener Kleinunternehmen. In zwei Rundtischgesprächen wurde außerdem die Anfang des Jahres publizierte Studie: „Berufliche Perspektiven der Frauen in Bosnien-Herzegowina“ diskutiert.

Als Teil einer öffentlichen Kampagne gegen Frauenhandel, Frauenmissbrauch und Prostitution fand die Konferenz „Frauenhandel als organisierte Kriminalität“ statt. Die TeilnehmerInnen sprachen zahlreiche Probleme im Kontext von Frauenhandel an und forderten ein entsprechendes Gesetz gegen den Missbrauch der Frauen.

In den kroatischen Parteien und in politischen Ämtern ist der prozentuale Frauenanteil immer noch gering. Zur Stärkung des Einflusses von Frauen im öffentlichen Leben wurde in Zagreb die Seminarreihe „Zivile und politische Aktivitäten der Frauen“ mit dem Zentrum für Frauenstudien durchgeführt. Teilnehmerinnen waren jeweils Politikerinnen, Gewerkschafterinnen, Frauenaktivistinnen aus Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen sowie Studentinnen der Zagreber Universität.

Das Internet findet zwar weite Verbreitung in der alltäglichen Kommunikation, jedoch sind viele Frauengruppen noch weitgehend unerfahren mit diesem Medium. Gemeinsam mit dem Zentrum für Frauenstudien wurde deshalb die internationale Konferenz „Das Frauenbild in den Medien“ organisiert. Frauen sollten mit diesem Medium bekannt gemacht werden, um ihnen neue Wege für die Verbreitung der Inhalte der Frauenbewegung zu zeigen. Außerdem wurde eine Analyse des Frauenbildes in den elektronischen Medien und Printmedien vorgenommen. Die seitens der Frauen geäußerte Kritik an Werbeplakaten löste sogar heftige öffentliche Diskussionen in Kroatien aus. Ein wichtiger Aspekt des Seminars bestand auch im Aufbau neuer Kontakte – nicht zuletzt wurde das Internet auch als Medium nahegelegt, das eine verbesserte Kommunikation untereinander ermöglicht.

Die landesweit organisierte Seminarreihe „Frauen können das“ lieferte einen Beitrag dazu, ein aktiveres Verhalten von Frauen in der Politik zu fördern. Zum Beispiel lernten die Frauen neue Kommunikations- und Präsentationstechniken kennen, um sich öffentlich besser darstellen zu können. Eine große Anzahl der Frauen aus dem Teilnehmerinnenkreis des Seminars hat bei den Kommunalwahlen im Mai 2001 erfolgreich kandidiert.

## Regionalbüro Sofia: Albanien, Bulgarien und Mazedonien

Zwei jeweils dreiteilige Seminarreihen in verschiedenen Provinzstädten Albaniens hatten zum Ziel, die geringe Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsorganen aufzuzeigen und Verbesserungsvorschläge zu diskutieren: „Die Teilnahme der Frauen in der Legislative und in den zentralen Exekutivorganen“ und „Gleiche Möglichkeiten beim Entscheidungsprozess“. Vertreterinnen der Frauenorganisationen und politische EntscheidungsträgerInnen erarbeiteten und verabschiedeten einen Aktionsplan dazu.

Im Seminar „Stop the Prostitution!“, das der Verband „Sozialhilfe für Frauen in Not“ organisiert hatte, wurden in Anwesenheit des Oberbürgermeisters und des Chefs der Kriminalpolizei Forschungsergebnisse über die Prostitutionsverbreitung vorgestellt und die Errichtung eines Beratungszentrums für Heranwachsende gefordert.

Im zweiteiligen Gesprächskreis „Männer in der Familie – ihre Rolle im Bemühen um die Gleichstellung der Geschlechter“ wurde den Männern ihre Rolle im Prozess der Gleichstellung bewusst gemacht und eine bessere Frauenförderung durch die albanische Politik gefordert.

Ziel der Konferenz „Gleichstellung der Geschlechter als Problem der politischen Debatte“ in Bulgarien war es, eine öffentliche Debatte über die gesetzlichen Bedingungen und eine Parteipolitik zur aktiven Beteili-

gung der Frauen am politischen Leben zu fördern.

Der Arbeitsschutz in Bulgarien beachtet nicht die speziellen Bedürfnisse von Frauen wie Schwangerschaft, Gefährdung bei Nachtschichten und physische Schwäche beim Heben von Lasten. Deshalb wurde in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsföderationen eine Trainingsreihe „Arbeitsschutz: Besonderheiten für Frauen“ organisiert, die eine Verbesserung des Arbeitsschutzes für Frauen in Bulgarien bewirken sollte.

Besonderes Gewicht wird in Mazedonien auf die Rolle der

Frauen beim interethnischen Zusammenleben gelegt. Die geführte Debatte ist für die innere Stabilität Mazedoniens von großer Bedeutung, da die Frauen in der Vermittlung von Werten in der Erziehung eine Schlüsselrolle in den interethnischen Beziehungen spielen. Partner der FES sind sowohl Frauenorganisationen der ethnischen Minderheiten als auch der Verband der Frauenorganisationen Mazedoniens. Leider konnte in diesem Jahr aufgrund der aktuellen politischen Situation nur ein Seminar zum Thema „Interethnische Toleranz“ durchgeführt werden.

## Ungarn, Budapest

In Ungarn existieren immer noch rechtliche Regelungen, die Frauen diskriminieren, sowie eine gesellschaftlich und politisch-juristisch tolerierte Ungleichbehandlung der Geschlechter. In der ungarischen Verfassung ist zwar die Gleichberechtigung von Männern und Frauen festgelegt, es fehlt jedoch ein Gesetz zur Gleichstel-

lung von Frauen und Männern. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der die Richtlinien des Aktionsprogrammes des Europäischen Rates für die Chancengleichheit von Frauen und Männern enthielt, wurde von der Regierungsmehrheit im Parlament abgelehnt. Einige Beispiele aus dem ungarischen „Geschlechter-Alltag“:



Budapest/Ungarn



- Frauen verdienen 79% der Einkommen von Männern. In den Gehaltsgruppen des gehobenen Managements machen die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bis zu 40% aus. In Führungspositionen von Unternehmen befinden sich nur ca. 5% Frauen, im mittleren Management sind es ca. 15% – mit absteigender Tendenz. Etwa doppelt so viele Frauen wie Männer bekommen eine Altersrente unterhalb des Existenzminimums.

- Nach den Parlamentswahlen 1998 begann die neue konservative Regierung eine Familienpolitik, die vor allem die Mutterschaft fördert. Man spricht höchstens über die Chancengleichheit, sich für Muttersein oder Job entscheiden zu dürfen.

- Die Zahl weiblicher Partei- und Parlamentsmitglieder ist sehr gering.

- Die Mutter bekommt grundsätzlich das Sorgerecht zugesprochen unabhängig von Willensbekundungen seitens der Eltern. Es sei denn, aus schwerwiegenden Gründen wird die Mutter als zur Kindererziehung unfähig erklärt.

In vier Themen engagieren sich die ca. 150 ungarischen Frauen-Nichtregierungsorganisationen besonders aktiv: das Abtreibungsgesetz, die Pensionsberechtigung der Frauen, Gewalt in der Familie und Prostitution.

Seit Jahren greift das Budapest Büro aktuelle geschlechterpolitische Maßnahmen auf

mit dem Ziel, mehr Frauen an öffentlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und die Lage der Frauen in der Provinz und in den ländlichen Regionen zu verbessern. Im Rahmen der ganzjährigen Veranstaltungsreihe „Forum Frauen und Gesellschaft“ fanden zahlreiche Aktivitäten statt:

- Die Podiumsdiskussion *„Die Sozialarbeit aus der Frauenperspektive“* hatte zum Ziel, den Bereich der Sozialarbeit gemeinsam mit ReferentInnen vom Zentrum für Familienhilfe und dem Zentrum für Soziale Hilfe vom Standpunkt der Frauen aus zu analysieren.

- Das Training *„Die Teilnahme von Frauen – insbesondere der Vertreterinnen von Minderheiten – in Entscheidungsprozessen“* bereitete Frauen aus den mittelosteuropäischen Ländern auf eine aktive Teilnahme auf verschiedenen Ebenen im öffentlichen Leben ihrer Länder vor.

- Im Seminar *„Teilnahme der ungarischen Frauen im wirt-*

*schaftlichen Leben des Landes und der Komitate“* wurden konkrete Programme für die Beschäftigung der Frauen in der Region ausgearbeitet, bei deren Umsetzung die Komitatsverwaltung ihre Unterstützung zusicherte. Speziell über die Chancen der Zielgruppe von Frauen über 40 auf dem Arbeitsmarkt in Ungarn wurden in der Podiumsdiskussion *„Arbeitsmöglichkeiten für Frauen über 40“* diskutiert.

- *Die Analyse und Kritik der Frauenpolitik der Regierung stand im Mittelpunkt der Tagung „Drei Jahre Frauenpolitik: 1998-2001“.*



- Im Rahmen der Tagung „*Frauenpolitik der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP): Neue Perspektiven – neue Lösungen*“ nutzte die Sozialistische Partei Ungarns die Chance, über ihre Vorstellungen zu Frauenpolitik und ihre Ziele vor und nach den Wahlen 2002 zu informieren.

- An dem internationalen Gewerkschaftsseminar „*International Women's Trade Union School*“ nahmen Teilnehmerin-

nen aus 27 Organisationen und 18 Ländern teil. Seminarthema war der legale Status der Frauenvertretungen und Erfahrungen mit der Sicherung sozialer Rechte in der Region Mittel- und Südosteuropa.

- Die Publikation „*Männer und Frauen in der Politik: Rollen, Regelungen, Quoten*“ dokumentiert die Beiträge der gleichnamigen Konferenz vom November 2000.

## Rumänien, Bukarest

Im Rahmen des Regionalprojektes „Minderheiten in Südosteuropa“ hat die FES zwei Projekte für Angehörige der Roma initiiert. Das Projekt „Alphabetisierung junger Roma-Frauen“ besteht seit Herbst 2001 und ist als Pilotprojekt auf sechs Monate konzipiert. Es beinhaltet eine Alphabetisierungskampagne in Ostrumänien für 24 Mädchen und Frauen im Alter zwischen 14 und 28 Jahren. Die jungen Frauen haben über ihre Vertreterin, die gleichzeitig die sozialdemokratische Abgeordnete des Kreises Galati ist, bei der Präfektur selber die Initiative ergriffen und ihren Willen zum Lernen bekundet. In ihrem Alltag geraten sie zunehmend in Situationen, wo Lesen und Schreiben notwendig

## Polen, Warschau

Im April 2001 gab die Europäische Kommission bekannt, dass Polen und die Türkei die einzigen EU-Beitrittskandidaten sind, die keine für den EU-Bei-

tritt notwendigen Fortschritte bei der Durchführung von gleichstellungspolitischen Empfehlungen gemacht haben. Die bereits im Vorjahr vom UN-Komitee für

der Metallverarbeitung findet sich kein Investor, und die Leidtragenden sind in erster Linie die Frauen. Zum Seminar wurde eine ungarische Expertin der Chemiegewerkschaft eingeladen. Sie schilderte ähnliche Situationen in Ungarn und berichtete, wie in Ungarn an die Problemlösung beispielsweise im Chemie- und im Metallbereich herangegangen wurde. Nicht nur die anwesenden Frauen hatten die Möglichkeit, zu Wort zu kommen, sondern auch VertreterInnen der öffentlichen Verwaltung, Abgeordnete sowie GewerkschaftsvertreterInnen vor Ort. Es wurde über die Situation der Frau auf dem Arbeitsmarkt in Rumänien im allgemeinen und im speziellen in der Region Galati diskutiert.



der Metallverarbeitung findet sich kein Investor, und die Leidtragenden sind in erster Linie die Frauen. Zum Seminar wurde eine ungarische Expertin der Chemiegewerkschaft eingeladen. Sie schilderte ähnliche Situationen in Ungarn und berichtete, wie in Ungarn an die Problemlösung beispielsweise im Chemie- und im Metallbereich herangegangen wurde. Nicht nur die anwesenden Frauen hatten die Möglichkeit, zu Wort zu kommen, sondern auch VertreterInnen der öffentlichen Verwaltung, Abgeordnete sowie GewerkschaftsvertreterInnen vor Ort. Es wurde über die Situation der Frau auf dem Arbeitsmarkt in Rumänien im allgemeinen und im speziellen in der Region Galati diskutiert.

Menschenrechte und dem Europäischen Parlament festgestellten Mängel (fehlende Quotenregelungen, Diskriminierung im Bereich der reproduktiven Ge-

**Nach wie vor sind in Polen 60% der Arbeitslosen Frauen, die Einstellungschancen besonders für Frauen über 40 Jahre sind dramatisch gering.**



sundheit durch das restriktive Abtreibungsgesetz und den schwierigen Zugang zur Schwangerschaftsverhütung sowie eine Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im politischen Leben) waren nicht behoben worden.

Diese wenig erfreuliche Bilanz wurde auf der gemeinsam mit der Parlamentarischen Frauengruppe in Warschau organisierten Konferenz „Die Gleichstellung von Frauen und Männern im politischen und gesellschaftlichen Leben in Polen – Aktueller Stand und Empfehlungen für die Zukunft“ erstellt. Die Konferenz mit über 100 TeilnehmerInnen richtete sich an die Frauenlobby in Polen: Vertreterinnen aus Nichtregierungsorganisationen, Politikerinnen, Kandidatinnen für bevorstehende Parlamentswahlen sowie Wissenschaftlerinnen. Die TeilnehmerInnen konnten von vortragenden VerfassungsrechtsexpertInnen erfahren, dass die polnische Ge-

setzung bezüglich der Gleichstellung zwar ungefähr den EUNormen entspricht, wegen fehlender Durchführungsbestimmungen aber nur ein Papier bleibt. Die Themen reichten von Gesetzgebung und Rechtsprechung über neue Arbeits- und Lebensmodelle, Männlichkeit und Weiblichkeit in der polnischen Kultur bis zur Rolle von Parteiprogrammen und Nichtregierungsorganisationen bei Gleichstellungsfragen. Die Veranstaltung erfreute sich sehr großen Interesses, und es erfolgte eine Berichterstattung im öffentlichen Fernsehen und der Presse.

Die Konferenz gehörte zweifelsohne zu denjenigen Initiativen, die im weiteren Verlauf des Jahres den polnischen Frauen zu großen Erfolgen verholfen haben:

- Drei politische Parteien sicherten den Frauen 30% der Plätze auf ihren Parlamentswahllisten.
- Die Frauen mehrerer polnischer Nichtregierungsorganisationen gründeten eine Wahlkoalition, die für die Kandidatinnen warb und kandidierende Männer auf Frauenprobleme aufmerksam machte.
- Im neu gewählten polnischen Parlament bilden die Frauen zum ersten Mal 20% der Abgeordneten. Dieser Anstieg um 7% ist nicht nur auf die Wahllisten mit 30%igem Frauenanteil zurückzuführen.
- Die bisherige, scharf kritisierte Regierungsbevollmächtigte für Familienfragen wurde durch eine Regierungsbevollmächtigte für Gleichstellung von Frauen und Männern ersetzt.

Dies zeugt von einem wachsenden Selbstvertrauen der Polinnen und der sich verbreitenden Einsicht, dass Frauen im politischen Geschehen und in obersten Gremien des Staates repräsentiert sein sollten.

Nach wie vor sind in Polen 60 % der Arbeitslosen Frauen, die Einstellungschancen besonders für Frauen über 40 Jahre sind dramatisch gering. Das Seminar „Die Entscheidungsfaktoren für erfolgreiches Firmenmanagement in Polen der 90er Jahre“ präsentierte den Frauen positive Beispiele und versuchte, sie so zur selbständigen Wirtschaftstätigkeit zu ermuntern. Prominente polnische Firmenbesitzerinnen erzählten beispielsweise über ihren Weg zum Erfolg. Die eingeladenen Wissenschaftlerinnen berichteten von ihren geschlechtsbezogenen Management-Untersuchungen. Demnach werden Kleinunternehmen in Polen zum größten Teil von Frauen gemanagt. Schließlich informierten die Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen über Hilfsgruppen und Beratungszentren für Frauen, die ihre eigene Firma gründen möchten.

Seit drei Jahren unterstützt die FES die polnische Nichtregierungsorganisation „La Strada“, die sich für die Bekämpfung des Frauenhandels einsetzt und Unterstützung für die Opfer anbietet. Um die Täter bestrafen zu können, müssen die Opfer aussagen. Dabei sind die Institutionen des „ersten Kontakts“ – Polizei und Beratungsstellen – von maß-

geblicher Bedeutung, sollten entsprechend für den Umgang mit Opfern des Menschenhandels geschult sein und miteinander kooperieren. Die Grundfrage des Seminars „Umgang mit Opfern des Frauenhandels seitens der Polizei und der Beratungsstellen – Möglichkeiten der Kooperation“ bestand darin, ob Polizei und Beratungsstellen mehr Möglichkeiten zur Zusammenarbeit haben. Das Seminar wurde in Kooperation mit der „Kobra“ Hannover und „La Strada“ Polen organisiert. VertreterInnen der beiden Organisationen, weiterer polnischer Nichtregierungsorganisationen, der deutschen und der polnischen Polizei, der polnischen Staatsanwaltschaft und des Grenzschutzes nahmen teil. Es war für die polnischen TeilnehmerInnen des Seminars außerordentlich wichtig, die Erfahrungen und Arbeitsformen ihrer deutschen KollegInnen kennen

zu lernen. Zum Abschluss des Treffens wurden Empfehlungen vereinbart, die die einzelnen Schritte zum Abbau der Schulungs- und Kooperationsdefizite benennen. Die Maßnahmen reichen vom Aufbau gegenseitigen Vertrauens bis hin zum gemeinsamen Lobbying für gesetzliche Initiativen, die die Situation von Opfern des Menschenhandels in Polen verbessern und eine effektivere Vorbeugung und Bekämpfung ermöglichen würden.

Im Rahmen der Reihe „Europa-Treffen“ im Collegium Polonicum wurde das Seminar „Die Reform des Gesundheitswesens im Zuge der Transformation in Polen und Tschechien – Vergleich mit der Situation in Deutschland und Empfehlungen der Europäischen Union“ organisiert, welches u.a. der Diskriminierung von Frauen im reproduktiven Gesundheitsbereich Rechnung trug. Dabei ist der Zugang zu Schwan-

gerschaftsverhütungsmitteln ein wichtiges Thema in Polen, da diese kaum staatlich subventioniert werden und besonders in der Provinz schwer zu bekommen sind. Auch das sehr restriktive Abtreibungsgesetz wurde diskutiert.

Die FES Polen förderte außerdem die Herausgabe des Buches „Eine Welt ohne Frauen. Das Geschlecht im öffentlichen Leben in Polen“ der in Polen bekannten Feministin Agnieszka Graff. Das Buch wirbt für die ernsthafte Behandlung der Frage der gebührenden Repräsentanz von Frauen im politischen Geschehen und in allen anderen Lebensbereichen und hat damit heftige Auseinandersetzungen in der polnischen Presse hervorgerufen.

Weitere Veranstaltungen des Büros in Warschau bezogen sich auf die Rolle von Frauen-Nichtregierungsorganisationen in Polen und auf das Thema Gewalt gegen Frauen.

## Russische Föderation, Moskau

Im Mittelpunkt der FES-Arbeit in der Russischen Föderation steht die Verteidigung der Frauenrechte auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie sowie die stärkere Involvierung von Frauen in politische und wirtschaftliche Entscheidungsprozesse. Die Zielgruppen sind Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Hochschulangehörige, Gender-ExpertInnen und die Massenmedien. Die unterschiedlichen Organisationen der russischen Frauenbewegung haben

sich in diesem Jahr sowohl auf regionaler als auch föderaler Ebene aufeinander zubewegt. Ihre gemeinsame Teilnahme an den Veranstaltungen der FES ist ein wesentlicher struktureller Unterschied zu der sonstigen Arbeit dieser Organisationen. Gemeinsam wurden wesentliche Gesetze besprochen, Aktionen gegen den Frauenhandel und gegen Gewalt an Frauen veranstaltet sowie das Bürgerforum vorbereitet und durchgeführt.

Im Rahmen des Projektes „Probleme der sozialen Gleich-

*Es gibt in der Russischen Föderation keine staatliche Institution, die für die Verbesserung der Situation der Frauen zuständig ist.*



berechtigung der Frauen in der russischen Gesellschaft“ wurden drei fünftägige Ausbildungsseminare gemeinsam mit der Koordinatorin der Frauenprojekte der Chemiegewerkschaft sowie Vertreterinnen der Gewerkschaften aus verschiedenen Regionen und Industriezweigen in einem Moskauer Vorort durchgeführt. Im ersten Seminar wurden die Probleme berufstätiger Frauen aus verschiedenen Regionen und Industriezweigen festgestellt, der Entwurf des Aktionsprogrammes der Föderalen Unabhängigen Gewerkschaften im Bereich der Genderpolitik ausgearbeitet und der Arbeitsgesetzentwurf in Bezug auf Frauenrechtsschutz diskutiert. Im zweiten Seminar stand das Thema „Frauen als führende Gewerkschafterinnen“ im Mittelpunkt. Führung und Kommunikation allgemein und die Situation der Frauen in einem Männerkollektiv speziell wurden

bearbeitet. Das dritte Seminar fokussierte auf die Rolle der Gewerkschaften bei der Lösung von spezifischen Problemen der Frauen.

Es gibt in der Russischen Föderation keine staatliche Institution, die für die Verbesserung der Situation der Frauen zuständig ist. Im Rahmen der interregionalen Konferenz „Rolle der Frauen in der Politik, ihre Teilnahme in Verwaltungsorganen und in der lokalen Selbstverwaltung“ in Moskau bereiteten Vertreterinnen der Frauenbewegung aus 14 Regionen deshalb einen Brief an den Präsidenten der Russischen Föderation vor, in dem sie um die Errichtung eines neuen Amtes bitten:

Bevollmächtigte für die Gleichberechtigung der Frauen in der Russischen Föderation.

Außerdem wurde zum ersten Mal in der Russischen Föderation der Entwurf des Gesetzes „Über die staatliche Garantierung gleicher Rechte und Freiheiten sowie gleicher Möglichkeiten der Frauen und der Männer“ offen diskutiert. Das Gesetz soll jetzt in der Staatsduma der Russischen Föderation verabschiedet werden.

Zielgruppen des in Kooperation mit der politischen Bewegung „Frauen Russlands“ organisierten Seminars „Gleichheit – Gleichberechtigung – Gleichwertigkeit“ waren Jugendliche und Lehrkräfte von Hochschulen, Vertreterinnen von Frauenorganisationen und der Partei „Vaterland Ganz Russland“ sowie der Genderausschuss „Unabhängige

Gewerkschaften“. Die TeilnehmerInnen erhielten einen Einblick in die internationale Gleichberechtigungsgesetzgebung als Ausgangspunkt für die Förderung der Verabschiedung eines Gleichstellungsgesetzes in der Russischen Föderation. Weiterhin diskutierten die TeilnehmerInnen über Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft sowie über die Frauenbewegung als Bestandteil der Zivilgesellschaft.

Auch auf der Konferenz „Frauen und Globalisierungsprozesse“ stand die Stellung der Frauen im Wirtschaftsbereich und im soziokulturellen Umfeld im Mittelpunkt der Diskussion. Die Konferenz wurde in Kooperation mit dem Ausschuss für Sozialpolitik der Moskauer Stadtduma und der Bewegung „Fraueneinheit“ organisiert. TeilnehmerInnen waren Staats- und Stadtduma-Abgeordnete sowie prominente MitarbeiterInnen politischer Organe sowie namhafte WissenschaftlerInnen.

Der Runde Tisch „Frau und Massenmedien: Kämpferin und Schöpferin“, der in Kooperation mit dem Journalistenverband Russlands in St. Petersburg organisiert wurde, führte Journalistinnen aus Moskau, St. Petersburg und aus dem Nord-Westen Russlands an einen Tisch. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Situation der Frauen im russischen Journalismus, die feministische Presse sowie Beschäftigungsprobleme russischer Vertreterinnen der Massenmedien und Verlegerinnen.



Moskau/Russland

Die Konferenz „Frauen für Toleranz und Fortschritt, gegen Rassismus und Fremdenhass“ in Moskau verfolgte das Ziel, die Frauenorganisationen bei der Zusammensetzung des Programms „Frauen von Moskau“ zu koordinieren. Dieses Programm hatte die Regierung Moskaus verabschiedet und soll nun unter Leitung der Vize-Premierministerin der Stadt realisiert werden. Diskutiert wurden Strategien der Frauenbewegung gegen Rassismus und Fremdenhass in Russland. Außerdem standen aktuelle Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung und die Rolle der Frauen bei der Konsolidierung der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt. Die Nichtregierungsorganisationen müssen im Bereich der Erziehung von Jugendlichen zu nationaler Toleranz und Internationalismus mehr zusammenarbeiten, so die Forderung der Teilnehmerinnen.

Teilnehmerinnen aus verschiedenen Regionen und Republiken Russlands kamen für die interregionale Konferenz „Rolle der Frauenorganisationen im Aufbau der Zivilgesellschaft“ in Moskau zu-

sammen. Zielsetzung der Konferenz war, Maßnahmen zur Integration von Frauen aus sozial schwachen und marginalen Milieus (wie Witwen, Häftlinge, Drogensüchtige) in öffentliche regionale Frauenorganisationen zu verabschieden. Die Konferenz fand ein breites Echo in der nationalen Presse.

Erfahrungen aus Russland, Deutschland und Bulgarien wurden im Rahmen des internationalen Seminars „Genderbalance in Verwaltung und Management: für eine sichere soziale und politische Entwicklung Europas“ in Moskau zusammengeführt. Das Seminar wurde in Zusammenarbeit mit der gesellschaftlichen Organisation „Frauen und Konversion“ und der Kommission für Frauenpolitik beim Vorsitzenden des Föderationsrates der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation veranstaltet.

Vertreterinnen von Frauenorganisationen und Fachexpertinnen sowie hochrangige Militärs und DirektorInnen entsprechender wissenschaftlicher Institute nahmen teil. Schwerpunkte der Diskussion bildeten die Probleme der Sicherheit und der nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, Russland und Bulgarien. Die Gefahren des Jahrhunderts wurden problematisiert, zum Beispiel die Migration und Flüchtlingsströme, aber auch die Endlagerung von radioaktiven Müll- und Brennelementen aus Atomkraftwerken. Bei allen Fragen stand die Rolle der Frauen und die anzustrebende Geschlechterbalance, die in der internationalen Zusammenarbeit zu Globalisierungs- und Sicherheitsfragen unabdingbar ist, im Zentrum der Debatte.

## Regionale Gewerkschaftskooperation

### Regionalbüro Polen: Mittel- und Osteuropa

In den Gewerkschaften spielen frauenspezifische Themenstellungen nach wie vor eine äußerst untergeordnete Rolle. Wegen der geringen Nachfrage nahm das Projekt Initiativen auf, um Gewerkschaften und Arbeitgeber an frauenspezifische Themen

heranzuführen. Mit einer Konferenz und einer wissenschaftlichen Untersuchung wurde exemplarisch die besondere Situation des Arbeitsmarktes für Frauen betrachtet und damit Anregung zu frauenspezifischer Arbeit gegeben, jedoch müssen sich die

entsprechenden Strukturen bei den Partnerorganisationen aus eigener Initiative entwickeln. In Tschechien hat sich bereits ein Kreis innerhalb der Gewerkschaften gebildet, der sich mit Genderfragen befasst.





***In Tschechien hat sich bereits ein Kreis innerhalb der Gewerkschaften gebildet, der sich mit Gender-Fragen befasst.***

## Regionalbüro Ungarn: Südosteuropa

Im Vorfeld der Verabschiedung des ungarischen Arbeitsgesetzbuches hat die FES durch die Veranstaltungsreihe „Arbeitsrecht aus Sicht der Frauen und ihrer Chancengleichheit“ auf Landesebene und in den Regionen den Reformprozess unterstützt. Nach der Verabschiedung des modifizierten Arbeitsgesetzbuches wurde durch Beratung und gemeinsame Veranstaltungen mit den Frauenvertretungen der sechs Konföderationen die Umsetzung der Veränderungen auf regionaler Ebene unterstützt.

In den beiden Workshops „Chancengleichheit der Frauen“ und „Kollektivvertrag aus Sicht der Frauen“ wurden arbeitsrechtlich relevante EU-Richtlinien vertieft und ihre praktische Anwendung besprochen. Das positive Beispiel eines Frauenförderplans in der Betriebsvereinbarung und ungarische Gesetze dienten als Grundlage für die Arbeitsgruppendifkussionen zur Chancengleichheit der Frauen aus arbeitsrechtlicher Sicht.

Im Seminar „Sozial- und Rentenpolitik in Europa“ diskutierten ungarische und italienische Kolleginnen sowie Vertreterinnen der europäischen Rentenvereinigung und des Ministeriums für Soziales und Familienangelegenheiten über Sozial- und Renten-

politik auf europäischer und ungarischer Ebene. Die gewerkschaftlichen Aufgaben vor dem Hintergrund der EU-Integration in Italien und Ungarn wurden deutlich gemacht.

Das Thema der Konferenz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – Dialog über Strategien und Instrumente“ ist besonders in Ungarn wegen der notwendigen Reform des Lohnsystems im öffentlichen Dienst von aktueller Bedeutung. Eine Forderung der Europäischen Union an Mitgliedsnationen und Beitrittskandidaten ist die diskriminierungslose Arbeitsbewertung in Tarifverträgen. TarifexpertInnen verschiedener Länder diskutierten über lohnpolitische Strategien der Interessenvertretungen. Dieses Thema wurde auch in der Studie „Unterschiede in der Entlohnung von Männern und Frauen: Fallstudie im Kinderkrankenhaus Heim Pál Budapest“ aufgegriffen. Gegenstand des Forschungsprojektes war die Darstellung der Beschäftigungssituation weiblicher Angestellter und der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen am konkreten Beispiel eines ungarischen Betriebes. Mit der Entscheidung für die Untersuchung eines Krankenhauses wurde ein Bereich gewählt, der in Ungarn durch ei-

nen überdurchschnittlich hohen Anteil weiblicher Beschäftigter und niedrigem Lohnniveau gekennzeichnet ist. Das Forschungsprojekt trägt zu einer chancengleichen Beschäftigungspolitik und -praxis bei und unterstützt damit die Forderungen der Europäischen Union.

Die Konferenz „Telearbeit aus Frauensicht“ bot Gelegenheit, über die Möglichkeiten der Telearbeit in Europa aus Sicht der Frauen, die die Mehrzahl dieser Beschäftigten darstellt, zu diskutieren. Noch ist Telearbeit atypische Arbeit, aber die Telearbeit-Beschäftigungszahlen steigen rapide an. Es wurden außerdem Überlegungen angestellt, wie dieses Thema in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit eingebracht werden kann, da Telearbeit rechtlich und von der Interessenvertretung noch immer nicht gut betreut wird. Die ungarische Referentin präsentierte Forschungsergebnisse zur Lage der ungarischen Telearbeit, und weitere ReferentInnen aus Deutschland, Irland und Großbritannien stellten ihre Erfahrungen vor.

Die Konferenz „Chancengleichheit der Frauen“ bot die Möglichkeit, die Arbeit der Frauenvertretungen der sechs Konföderationen zu evaluieren, über die Ergebnisse des Jahres 2001 zu berichten und die Arbeitsplanung für das Jahr 2002 festzulegen. Auch wurden erstmalig die Ergebnisse der o.g. Studie „Unterschiede in der Entlohnung von Männern und Frauen: Fallstudie im Krankenhaus Heim Pál Budapest“ vor großem Publikum präsentiert.



*Gemeinsam mit den Partnerinstitutionen in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie im Nahen und Mittleren Osten hat die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit in den letzten fünf Jahren den Weg in Richtung Gender Mainstreaming eingeschlagen. Tempo und Intensität des Übergangs von der Frauen- zur Geschlechterpolitik waren dabei ganz unterschiedlich. Zu unterschiedlich sind die kulturellen und politischen Gegebenheiten in den verschiedenen Ländern und Sichtweisen in den Köpfen der AkteurInnen. Weltweit feststellbar ist jedoch, dass die Diskussion um die Methode des Gender Mainstreaming das Bewusstsein für die unterschiedlichen Rollen und Lebenssituationen von Männern und Frauen geschärft hat.*

## Internationale Entwicklungszusammenarbeit

### Empowerment von Frauen und Gender

Wie der Genderansatz Eingang in die tägliche Praxis der Projektarbeit finden soll, dazu gibt es noch offene Fragen. Hier setzte 2001 die Arbeit des Gender-Teams an. Mit Trainingsseminaren haben das Referat Afrika sowie Naher und Mittlerer Osten und Nordafrika ihre lokalen MitarbeiterInnen für die Aufgaben des Gender Mainstreaming qualifiziert. „Das ist bei uns ganz anders“ wurde zu einer stehenden Redewendung beim Gender-Workshop in Rabat. Trotzdem konnten auch Gemeinsamkeiten für den arabischen Kulturraum identifiziert werden. Die-

se sind Grundlage dafür, einen regionalen Ansatz für die Geschlechterpolitik in nordafrikanischen und Nah-Ost-Ländern zu entwickeln. Als Arbeitsunterlage für die Trainings entstand eine Gender-Toolbox, die elf wichtige Instrumente für die Integration einer geschlechterpolitischen Komponente in die Projektaktivitäten von der Planung bis zur Evaluierung enthält. Sie wird in diesem Jahr auch in anderen Regionen zum Test angeboten.

Die bisherigen Erfahrungen der Frauen- und Geschlechterpolitik im Ausland haben eins deutlich gezeigt: Universelle Re-

zepte gibt es nicht, überall ist es anders. Was auf den Philippinen wunderbar klappt, kann in Ghana schief laufen. Ein Modellprojekt aus Peru ist nicht auf Bangladesh übertragbar. Eine Politik, die die Geschlechterverhältnisse ändern will, geht an die Substanz gesellschaftlicher Ordnungen und kultureller Selbstverständnisse. Welche Schritte in welchem Tempo getan werden können oder müssen – das ist aus dem jeweiligen Kontext vor Ort abzuleiten. Doch die Strategie muss klar sein, und die Richtung muss stimmen.

Veröffentlichung:

**Auf dem Weg zur Chancengleichheit.**

**Gender in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit.**

Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung,  
Das Gender-Team der Abteilung IEZ,  
Bonn 2001



## Brasilien: Eine Chance für die unternehmerischen Frauen des Krokodilchens?

Im Norden von Rio de Janeiro liegt die Favela Jacarezinho – das Krokodilchen. Ein altes brasilianisch-portugiesisches Wörterbuch definiert „Favela“ als „Hügel in Rio de Janeiro, Zuflucht der Armut, der Gaunerei, des Nichtstuns und des Streites ... ein Gebiet des sozialen Zerfalls, der fehlenden Anpassung und der Zersplitterung.“ Früher florierte hier die Textilindustrie, inzwischen sind die Betriebe in Konkurs gegangen oder wurden verlagert. Die Beschäftigungskrise hat zuerst die gering Qualifizierten und die Frauen getroffen. Ihr Überleben organisieren sie jetzt im „informellen Arbeitsmarkt“. In der Favela finden sich zahlreiche Frauen und ein paar Männer, die vorzüglich schneidern können. Jetzt nähen sie in Heimarbeit – für Hungerlöhne.

Vor drei Jahren gründeten Favela-Frauen mit Unterstützung der Stadtverwaltung und der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Schneiderkooperative. Projektziel ist die Entwicklung beste-

hender Wirtschaftspotenziale in den Favelas. Im Kontor der „Cooperativa“ rattern die Nähmaschinen. Zwei Dutzend Frauen, die meisten allein stehende Mütter mehrerer Kinder, sind die Eigentümerinnen der kleinen Kleiderfabrik mit acht elektrischen Zuschneide-, Näh-, Säum- und Kändelmaschinen, einem Computer, einem Taschenrechner und einem Telefon. „Mir bezahlt der Mittelsmann zwei Reais für eine Jacke, die dann im Laden 40 Reais kostet“, erzählt eine der Schneiderinnen, die durch Heimarbeit gerade das Überleben sichern kann. Die Auftragsvermittler lassen nicht mit sich reden – Mindestlöhne unbekannt. „Wir schancen uns gegenseitig die Aufträge zu, die eine allein nicht erledigen kann.“ Größere Aufträge teilen wir uns auf, damit wir mehr verarbeiten und schneller bessere Qualität liefern können.“ Stolz sind die Frauen auf ihre Gegenstrategien, selbstbewusst und außerordentlich eloquent. Als nächstes wollen sie

versuchen, in eigener Regie zu produzieren. Die Frauen haben Ideen für Schnitt und Design, sie wollen mehr, als nur vorgefertigte Teile zusammennähen. Und sie wissen, dass die größte Verdienstspanne im Zwischenhandel liegt. Sie brauchen Kapital, bessere Maschinen, aber vor allem einen Zugang zu sicheren Märkten. Der untere Mittelstand käme als Kundschaft in Frage – aber wie und wo kommt man an ihn heran? Von Werbung und Vermarktung verstehen die Frauen nichts. Dafür müssen geeignete ExpertInnen hinzugezogen werden, die über das notwendige Know-how in Sachen Produktentwicklung in der Textilbranche und Vermarktung verfügen. Nachdem bereits in drei Favelas leistungsfähige und -motivierte Kooperativen aufgebaut wurden, erweist sich die Suche nach Absatzmärkten als schwieriges Unterfangen. Vorerst bleiben die Frauen auf die informelle Favela-Ökonomie beschränkt.

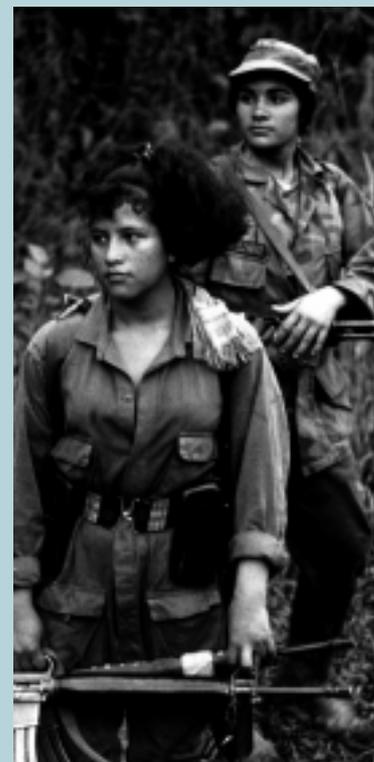


## Kolumbien: Ohne Frauen kein Frieden

Bald vierzig Jahre dauert nun schon der Guerillakrieg in Kolumbien. Alle Versuche, ihn zu beenden, hatten bisher wenig Erfolg. Seit 1998 wird der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) jedoch eine entmilitarisierte Zone zugestanden, die als Ort für öffentliche Anhörungen dient. Organisationen der Zivilgesellschaft können hier zu spezifischen Themen wie zum Beispiel Sozial- und Kulturpolitik, Frauen, Beschäftigung und Wirtschaftswachstum ihre Positionen vorstellen. In der entmilitarisierten Zone der FARC werden außerdem seit über zwei Jahren Friedensverhandlungen mit der Regierung geführt.

Gender-Fragen waren bisher kein Thema, obwohl sich in allen gewalttätigen Konflikten und bewaffneten Auseinandersetzungen gezeigt hat, dass Frauen als Kämpferinnen und als Opfer in anderer Weise vom Krieg be-

troffen sind als Männer. Zwar konnten einige Frauengruppen in den öffentlichen Anhörungen der Zivilgesellschaft Vorschläge und Kommentare präsentieren, doch in den Verhandlungen selbst sind Frauen weder angemessen vertreten, noch hat die Geschlechterproblematik bisher in den Gesprächen Beachtung gefunden. Damit Frauen ihre spezifischen Kriegserfahrungen und Interessen einbringen können, müssen ihnen in den Prozessen der Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten eröffnet werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kolumbien sieht Frauen als Wegbereiterinnen des Friedens und setzt sich deshalb für ihre Partizipation am Verhandlungsprozess wie auch für den Einbezug von Geschlechterfragen in die Tagesordnungen der Gespräche ein.



*Eine Reform des modernen staatlichen Rechts von 1999 in Tansania hat festgelegt, dass Frauen genauso wie Männer das Recht haben, Land zu besitzen und zu nutzen, zu kaufen und zu veräußern.*

## Tansania: Dramatisierte Landrechte – Vom Ausschluss zum Besitz

Die Zuschauermenge auf dem Dorfplatz tobt. „Genauso ist es. Wie kann er ihr das nur antun?“ Einige wenden sich direkt an die Schauspieler: „Ihr müsst doch an die Familie denken.“ Ganz offenbar rührt die Theatergruppe an offene Wunden. Sie spielt das wahre Leben, und die Zuschauer im Morogoro-Distrikt in Tansania spielen nach kurzer Zeit mit. Die SchauspielerInnen rekrutieren sich aus einer Gruppe

von BarfußjuristInnen, die als freiwillige SozialberaterInnen agieren. Unterstützt von der FES hat das „Women Legal Aid Centre“ in Dar es Salaam acht Gruppen von so genannten „Paralegals“ nicht nur in Gewohnheits- und modernem Recht, sondern einige auch im Stückeschreiben und Theaterspielen ausgebildet. Die Paralegals reisen durch die Gemeinden und betreiben rechtliche Alphabetisierung, vor allem

über Frauenrechte. Im Zentrum stehen Erbrecht, Gewohnheitsrecht und moderne Gesetzgebung zu Landbesitz von Frauen, weiterhin Mädchenrechte sowie das Recht auf persönliche und körperliche Unversehrtheit. Das Theaterstück, das die Gemüter im Morogoro-Distrikt so erregt, ist Teil eines dreitägigen Workshops zu Rechtsaufklärung und -beratung. Er gibt den Frauen im Dorf die Möglichkeit, in der Öff-



sammen oder kommentieren sie. Dabei werden Schlüsselwörter der allseits bekannten Lieder verändert und als Türöffner für neue Informationen benutzt. Diese Verfremdung des Altbekanntes ist ein Anstoß zur Einstellungsänderung.

Landrechte – das ist in vielen Ländern Afrikas das heißeste Thema der Gleichberechtigung. In Tansania leben 85 Prozent aller Frauen vom Ackerbau, jedoch schließt das Gewohnheitsrecht Frauen vom Landbesitz aus. Eine Reform des modernen staatlichen Rechts von 1999 hat festgelegt, dass Frauen genauso wie Männer das Recht haben, Land zu besitzen und zu nutzen, zu kaufen und zu veräußern. Genau dies verhindern aber nicht nur die Clans, sondern auch die

Kommunalverwaltungen. Das Theaterstück der Paralegals vom Morogoro-Distrikt will die Gemeinden in einen Prozess des gesellschaftlichen Wandels verwickeln – einen Wandel durch Einstellungsänderung, damit Frauen Landbesitz einfordern und Männer und Behörden ihnen dies zugestehen. Durch ein Informationspaket über die neuen rechtlichen Möglichkeiten, dass Frauen zum Beispiel qua Urkunde gleichwertige Besitzerin zusammen mit dem Ehemann werden können, und durch Beratungsangebote bei Streitfällen in einer „Rechtsklinik“ in der nächsten Provinzstadt verhelfen die BarfußjuristInnen Frauen zu mehr Sicherheit: zu Rechtssicherheit und Landsicherheit.

## Südafrika: Von nackten Tatsachen und widersprüchlichen Realitäten

Überschrift auf der Titelseite im „Star“, der größten Tageszeitung Südafrikas: „Frauen arbeiten für 4 Mark am Tag im Bergbau – Pionierinnen in einer Männerwelt beklagen sich nicht.“ Tatsächlich? Zum ersten Mal sind Frauen in die unterirdischen Schächte eingefahren, auf denen die gesamte Wirtschaft Südafrikas ruht. Ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Geschlechterverhältnisse im südlichen Afrika war, dass Männer als Minenarbeiter in Bergbauregionen migrierten und dort ohne ihre Familie in Wohnheimen lebten. Frauen blieben mit den Kin-

dern, Alten und der Verantwortung für das Überleben auf dem Land zurück. Erstmalig Minenarbeiterinnen – ein Meilenstein der Gleichstellung? Keineswegs, denn die Frauen wurden nicht aus gleichstellender Generosität angeheuert, sondern einzig und allein, weil sie bereit sind, für niedrigere Löhne zu arbeiten als die Männer. Das aber ist ein klarer Akt der Diskriminierung. Die Titelgeschichte im Star lässt sich auf dieses Paradox nicht ein, das ist ihr offenbar zu kompliziert. Keine Rückfrage bei einer Gewerkschaft, kein Bezug auf arbeitsrechtliche Verordnungen,

fentlichkeit zu kontroversen Themen spontan zu reagieren, ihre Meinung zu äußern und mit den Männern über Probleme ins Gespräch zu kommen, die sie allein zu Hause nicht anzusprechen wagen.

Community Theater wie dieses stellt sich in die Tradition afrikanischer GeschichtenerzählerInnen, der Volksdramaturgie und der herkömmlichen Musik. Populäre Lieder fassen zwischen den einzelnen Szenen des Stücks die dramatischen Ereignisse zu-

keine unterschiedlichen Einschätzungen. Der Artikel übermittelt eine simple Botschaft: Wenn Frauen in Männerdomänen einbrechen, dann müssen sie auf jeden Fall dankbar dafür sein.

17. Juni, Vatertag. Eine Tageszeitung veranstaltete in Johannesburg den Wettbewerb „Wer ist der beste Papa?“. Sieger war ein Vater aus Alexandra Township, der sich um seine Tochter kümmert und im Haushalt hilft. Daraus wird die Titelzeile „Papa ist die ideale Mama“. Falsch, denn dieser Mann ist der ideale Papa. Die Überschrift verdreht die Botschaft des Textes, dass Männer auch ohne Geschlechtsumwandlung sehr gut Sorge und Verantwortung für Kinder übernehmen können und sollen.

In einem Kurs zur journalistischen Geschlechtersensibilisierung ziehen 16 RedakteurInnen nach Analyse dieser Artikel das Fazit, dass die Geschichten hätten anders erzählt werden müssen. So, wie sie sind, verzerren sie die Tatsachen. Die gestandenen RedakteurInnen gaben zu, dass sie selbst ihre Geschichten ähnlich „geschlechterblind“ schreiben, ohne Blick für geschlechter-spezifische Bedürfnisse und ohne Bereitschaft, sich auf widersprüchliche Tatsachen einzulassen. In Südafrika sind nur ein Fünftel der Medienschaffenden Frauen, und nur fünf Prozent des Medienmanagements sind in Frauenhänden. Nach der 4. Weltfrauenkonferenz führten eine Reihe von Redaktionen einmal pro

Woche „Frauseiten“ ein. Das ist ein nettes Zusatzangebot, aber kein Gender Mainstreaming. Gender Mainstreaming bedeutet vielmehr, dass jede Geschichte mit geschlechtersensibler Brille erzählt wird – von Frauen wie von Männern. Ein wichtiger Schritt dahin ist eine Reform des Curriculums der journalistischen Ausbildung. Die Partnerorganisation „Gender Links“ bietet dazu ein dreiteiliges Paket an: ein Handbuch, spezielle Workshops zu Geschlecht, Gewalt, Kultur und Menschenrechten und die systematische Integration der Geschlechterperspektive in sämtliche Kurse des größten journalistischen Ausbildungsinstituts in Südafrika.

## Thailand: Politik machen statt Parlamente zieren

Bislang galten weibliche Abgeordnete in Thailand vor allem als eines: als schöne Blumen, die das Parlamentsleben ästhetisch bereichern. Seit den Unterhauswahlen im Januar 2001 beginnt sich das zu ändern. Der Wahlsieg des Medientycoons Thaksin Shinawatra veränderte nicht nur die Mehrheiten im Parlament, sondern auch dessen geschlechts-

bezogene Zusammensetzung. Der Frauenanteil erhöhte sich auf neun Prozent – weiterhin eine kleine Minderheit, aber immerhin eine Verdoppelung der Sitze gegenüber dem letzten Parlament. Um diese Veränderungen öffentlichkeitswirksam zu machen, organisierte die Stiftung in Bangkok verschiedene Diskussionsrunden. Angeregt wurde,

dass die Parlamentarierinnen sich parteiübergreifend vernetzen, um frauenpolitische Fragen anzugehen. Einigkeit besteht fürs erste darin, dass die neuen Politikerinnen sich nicht mehr als parlamentarische „Zierpflanzen“ verstehen. „Wir sind gewählt worden, um Politik zu machen“, sagt Khun Chanissata, der Shooting Star der Chat Thai Partei,



die ihre Karriere als TV-Moderatorin begann. Langsam wird deutlich, dass auch viele der als „Diamond Ladies“ bezeichneten Kandidatinnen, die aus guter Familie kommend meist den Wahlkreis von Vater oder Bruder „geerbt“ haben, nicht mehr bereit sind, nur als Marionetten ihrer

Familien zu agieren. Erstmals in der Geschichte thailändischer Wahlen hatten sich einige Parteien im Wahlkampf programmatisch zu frauenpolitischen Forderungen geäußert. Unterstützt vom FES-Gender-Projekt setzen sich verschiedene Politikerinnen dafür ein, dass sich dieser Trend

fortsetzt. Bis zur wirklichen Gleichberechtigung haben thailändische Frauen noch einen weiten Weg vor sich. Doch die ersten Schritte sind getan: Schöne Blumen am Wegesrand wollen sie in Zukunft nicht mehr sein.

## Indien: Frauen in der Kommunalpolitik – eine dezentrale stille Revolution

Eine Reform der Verfassung von 1993 wird von der Frauenbewegung Indiens als „revolutionär“ gefeiert: die Verfassungsänderung wertete die Gremien lokaler und kommunaler Selbstverwaltung auf und führte eine Drittel-Quote für Frauen auf den Wahllisten ein. Fast eine Million Plätze in den Selbstverwaltungsorganen indischer Dörfer und Distrikte sind seitdem für Frauen reserviert und werden nach und nach von ihnen eingenommen. Chameli Devi ist Dorfrätin im westindischen Bundesstaat Rajasthan. Sie gehört einer unteren Kaste an, ist Analphabetin, hart arbeitende Bäuerin, Ehefrau und Mutter. In ihrer Gesellschaft existieren keine Modelle dafür, dass Frauen eigene Interessen formu-

lieren, sich öffentlich artikulieren und selbstbewusst auftreten. Dass Chameli Devi dies nun in der Kommunalpolitik tut, ist Ergebnis eines Lernprozesses und eine Erfolgsgeschichte für sich. Seit ihrer Wahl in den Gemeinderat wurde sie von der Partnerorganisation SOHARD (Social Action for Human Resource Development) durch die Vermittlung von Rüst- und Handwerkszeug begleitet und beraten. Politische Meinungsbildung, Wortmeldung, Interessen identifizieren und vertreten, verhandeln und entscheiden – das alles will gelernt sein. Die Quote garantiert noch nicht, dass Frauen tatsächlich Entscheidungsmacht bekommen. Zum Beispiel wurden viele Kandidatinnen als Platzhalterinnen ihrer

Männer in den Wahlkampf geschickt. Die ziehen dann aus dem Hintergrund die politischen Fäden oder sitzen sogar selbst mit ihren Frauen in den Ratssitzungen. Die Frauen akzeptieren dies, weil sie sich nicht für kompetent halten.

Die Pionierinnen der Lokalpolitik brauchen Trainingsprogramme, die sie verhandlungsmächtig machen – in denen sie lernen, zu argumentieren, sich durchzusetzen und vor allem, sich nicht einschüchtern zu lassen. Denn allzu häufig treffen sie in den Gemeinderäten auf Intransparenz und Seilschaften, Schikane und offene Verachtung durch die männlichen Ratsmitglieder. Wo Frauen eigenständige politische Meinungen vertreten



oder gar Maßnahmen gegen die Interessen örtlicher Machthaber oder herrschender Kasten durchsetzen, werden sie massiv unter Druck gesetzt und sogar physisch bedroht. Für Chameli Devi war die politische Fortbildung, die die Frauenorganisation SOHARD auf der Dorfebene leistete, ein wichtiges Training für ihr Durchhaltevermögen und für ihre Führungskompetenz. Zusätzlich nahm sie – trotz sprachlicher Barrieren und ihres Mangels an formeller Bildung – an einem Dialog von Kommunalpolitikerinnen aus anderen südasiatischen Ländern teil, den die FES zusammen mit dem wissenschaftlichen Institut „Center for



Development Studies and Action“ organisierte. Dieser länderübergreifende Erfahrungsaustausch mit lokalpolitischen Pionierinnen aus anderen ländlichen Gebieten Südasiens half ihr, ihr politisches Handlungsprofil zu schärfen. Politische Macht bedeutet nun für sie, die Prioritä-

ten im Gemeinderat anders zu setzen als dies die Männer früher taten: Sie macht Wasser- und Stromversorgung, regelmäßigen Schulunterricht, Sozialhilfe für Witwen und den Alkoholkonsum der Männer zu neuen kommunalpolitischen Themen.

## Ägypten: Rechtswege: CEDAW oder Sharia?

Bereits 1980 unterzeichnete die ägyptische Regierung die UN-Konvention CEDAW, in der sich die Vertragsstaaten verpflichten, die Frau dem Mann vor dem Gesetz gleichzustellen und jegliche Diskriminierung der Frau, u.a. in Ehe- und Familienfragen, zu beseitigen. 1999 war turnusgemäß ein Bericht der ägyptischen Regierung an die Vereinten Nationen über die Umsetzung der Konvention fällig. Dies nahmen 25 frauenpolitisch engagierte Nichtregierungsorganisationen zum Anlass, gemeinsam einen Schattenbericht zu dem Regierungsbericht zu erstellen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung begleitete den Prozess der Abfassung des Schattenberichtes mit einem CEDAW-Dialogforum, das in Kairo Regierungs-, Nichtregierungsorgani-

sations- und Medienfachleute zusammenbrachte. Insgesamt waren 121 Gruppierungen beteiligt. Ziel des Forums war es, über CEDAW zu informieren und ein förderliches Umfeld zur Umsetzung der Konvention herzustellen. Am Ende identifizierten die Nichtregierungsorganisationen die Rechtsaufklärung für Frauen im ganzen Land als ihre wichtigste zukünftige Aufgabe.

Für frauenpolitisch engagierte Nichtregierungsorganisationen in Ägypten ist CEDAW ein wichtiges politisches Instrument. Es bietet eine Anschlussmöglichkeit an internationale Debatten, zu denen Frauen aus der arabischen Welt ansonsten wenig Zugang haben, und erlaubt den Bezug zu Normen für Frauenrechte, die international – außer-

halb des islamischen Kulturkreises – gesetzt wurden. Ägypten hat die Konvention jedoch unter dem Vorbehalt unterzeichnet, dass die Umsetzung der Konvention mit der Sharia, dem islamischen Recht, übereinstimmt. Personenstands- und Familienrecht in Ägypten basieren auf der Sharia, deren Regeln für die Ehe der Staat zu Grundsätzen erklärte, die auch die CEDAW nicht in Frage stellen darf. Eine Ägypterin darf demnach nicht ohne Erlaubnis ihres Ehemannes ins Ausland reisen, und ein Mann kann sich von seiner Frau scheiden, indem er dreimal das Wort „talaq“ ausspricht.

Anfang 2000 verabschiedete das ägyptische Parlament eine Reform der Familiengesetzgebung, die den Rechtsstatus der





Frau verbessern sollte. Das neue Gesetz sieht vor, dass in einem Ehevertrag Bedingungen festgelegt werden können: Ausbildung und Berufstätigkeit nach der Heirat, Reisen ins Ausland und ein Scheidungsrecht auf Wunsch der Frau. Frauenrechtsexpertinnen beklagen, dass die Rechtsreform ihren Namen nicht verdient – zum Beispiel wird die Frau nur geschieden, wenn sie auf alle finanziellen Ansprüche verzichtet. In der gesamten Parlamentsde-

batte zum neuen Familienrecht wurde kein Bezug genommen auf CEDAW, von einer Gleichstellung vor dem Gesetz kann nicht die Rede sein. Die konservative öffentliche Meinung in Ägypten – nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen – macht es Frauenrechtlerinnen schwer, die Diskriminierung zu kritisieren.

Hoda Roshad, Mitglied des Nationalen Frauenrats in Ägypten: „Wir wissen, was Gender ist und was der Begriff bedeutet.

Wir wissen aber auch, dass die absolute Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung nicht den leisesten Schimmer hat, was damit gemeint ist. Es ist ein fremder Begriff und ein fremdes Konzept. Wenn wir aber über die Rolle der Frauen in der Gesellschaft reden, weiß jeder, was wir meinen. Unsere Philosophie ist, nicht konfrontativ vorzugehen und keine Ausdrücke zu benutzen, die für ägyptische und arabische Ohren total fremd sind. Nur so können wir unsere Ziele erreichen. Mir ist eigentlich egal, was Feminismus ist. Aber ich weiß, wo es zwischen den Geschlechtern in unserer Gesellschaft hakt und wie ich damit umgehen kann. Ich bin hochsensibel dafür, dass die Menschen überzeugt werden müssen und dass wir sie für unsere Sache gewinnen müssen.“

## Fit für's Internet: Frauen in palästinensischen Kommunen

Palästinensische Frauen in abgelegenen Gegenden leiden häufig ganz besonders unter sozialer Isolation durch fehlenden Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln und einem Mangel an Bildungs- und Informationsangeboten. Traditionelle Gesellschafts- und Rollenvorstellungen erschweren es ihnen, ihren Platz im öffentlichen Raum einzunehmen und an gemischtgeschlechtlichen Aktivitäten teilzunehmen. Seit Herbst 2000, dem Beginn der Al-Aqsa-Intifada, ist außerdem aufgrund der Abriegelungspolitik Israels die

Bewegungsfreiheit auch innerhalb der palästinensischen Gebiete noch stärker eingeschränkt als vorher. Diese doppelte Isolation der Frauen führt zu gesellschaftlicher Entfremdung und Vereinsamung. Ihre beruflichen Karrieremöglichkeiten und Chancen zum politischen Engagement werden somit gleichermaßen behindert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung, der Dachverband politischer Frauenorganisationen Women's Affairs Technical Committee (WATC) und die dem Dachverband angehörenden politischen Frauenkomitees haben daher die-

ses Jahr in fünf entlegenen palästinensischen Kommunen Computerzentren mit Internetanschlüssen eingerichtet, zu denen die Frauen freien Zutritt haben und die von ortsansässigen Frauen gemanagt werden. In den Zentren werden unterschiedliche Trainingsprogramme angeboten – angefangen vom grundlegenden Umgang mit dem Computer über Nutzung des Internets als Informationsquelle bis hin zu Webpage-Design. Mit Hilfe der modernen Kommunikationsmittel können sich auch die Frauenorganisationen vernetzen, um

ihr Lobbying für eine offene, gleichberechtigte palästinensische Gesellschaft effektiver zu koordinieren. Die Frauen können auch mit ihren Freunden und Verwandten in anderen Gegenden Palästinas und der Welt kommunizieren. Gleichzeitig stei-

gen ihre Berufschancen durch die Aneignung von Computer- und Internetfertigkeiten sowie durch den Zugang zu Informationen und Bildungsangeboten. Darüber hinaus sind die Zentren „offenes Haus“ und Treffpunkt für Frauen verschiedener politi-

scher Überzeugungen oder religiöser Zugehörigkeit. Die Zentren sollen sich schon bald durch die Einnahmen aus Nutzungs- und Teilnahmegebühren eigenständig finanzieren.

## Referat Entwicklungspolitik

### ● *Leben heißt frei sein*

Internationaler Kongress für Frauen und Menschenrechte

Rund 500 Frauen aus vier Erdteilen waren nach Berlin gekommen, um auf diesem gemeinsam mit der Partnerorganisation „Terre des Femmes“ organisierten Kongress über Menschenrechtsverletzungen und Frauenrechtsarbeit aus globaler Sicht zu diskutieren. Auf einem Podium erzählten prominente Frauen- und Menschenrechtlerinnen über ihre persönliche Entwicklung zur Aktivistin. Die Lektüre des Buches „Ödipus Schwester“, in dem die französische Schriftstellerin Benôte Groult als eine der ersten auf die Genitalverstümmelung von Mädchen aufmerksam gemacht hat, war für die Journalistin Ingrid Stähle vor zwanzig Jahren Anlass zur Gründung von Terre des Femmes. Die bekannte Frauenrechtlerin Charlotte Bunch aus den USA und die afghanische Ärztin Sima Samar, die Frauenministerin der neuen afghanischen Regierung ist, mahnten die jüngeren Frauen zur Wachsamkeit, damit ihnen das Erreichte nicht wieder ge-

nommen wird. Auch der Erfahrungsaustausch in den fünf Foren über Strategien und Perspektiven der Frauenrechtsarbeit ergab, dass ständiger Einsatz notwendig ist, um Menschenrechtsverletzungen an Frauen zu bekämpfen. Internationale Vernetzung soll im Kontext der Globalisierung ermöglichen, auf überstaatlicher Ebene handeln zu können.

### ● *Islamische Länder und Frauenrechte: ein Widerspruch?*

Die aufgeregte Diskussion über islamische Religion, islamische Staaten und islamische Gepflogenheiten nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 zeichnet sich vielfach durch Oberflächlichkeit und Unkenntnis aus. Die Bonner Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Ma-

rie-Schlei-Verein über die Rechts-situation von Frauen in Ländern mit islamischen Traditionen leistete einen Beitrag zur Versachlichung des Themas. Expertinnen aus Bangladesh, der Türkei, dem Iran und Deutschland diskutierten über Frauenrechte im Spannungsfeld von nationaler Kultur und universellen Menschenrechten. An Beispielen aus verschiedenen Ländern, wie weibliche Genitalverstümmelung oder Ehrenmorde, ließ sich belegen, dass die Missachtung von Frauenrechten oft dem Islam zugeschrieben wird, aber in der Realität Ergebnis nationaler oder regionaler Tradition sind. Auch zeigen Interpretationen des Koran von schiitischen weiblichen Mullahs, die im Iran zunehmend Beachtung finden, dass sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Islam keineswegs ausschließen.

Veröffentlichung:

### ***Frauenrechte in islamischen Ländern im Spannungsfeld von nationaler Kultur und universellen Menschenrechten***

Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Marie-Schlei-Verein, Abteilung IEZ, Bonn 2001





## Internationaler Frauentag in der FES am 8. März 2001

### „Gender Mainstreaming als geschlechterpolitisches Konzept“

Zum Internationalen Frauentag trafen sich in der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn zahlreiche frauenpolitische Vertreterinnen aus Kommunen, Landespolitik und Gewerkschaften. Das Thema „Gender Mainstreaming“ stand im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, die von Gender-Expertin Dr. Barbara Stiegler moderiert wurde.

Der Begriff „Gender Mainstreaming“ steht für die konsequente Durchsetzung von Gender-Aspekten in sämtlichen Entscheidungsprozessen, Maßnahmen und Projekten einer Organisation. Seit der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 ist die englische Bezeichnung das Äquivalent einer neuen Geschlechterpolitik, die nicht mehr nur Frauenpolitik sein will. Sie ist „der rote Strang im Zopf der Entschei-

dungsprozesse“, wie es Dr. Barbara Stiegler formulierte.

Margret Mönig-Raane, langjährige Vorsitzende der Gewerkschaft HBV, wies auf die noch immer bestehenden Ungleichheiten bei der Besetzung von Führungspositionen im Gewerkschaftsbereich hin. Ilse Ridder-Melchers, Staatsministerin a.D., betonte dagegen die Erfolge bisheriger Frauenpolitik, die es gerade am 8. März zu feiern gilt. Gerade in Nordrhein-Westfalen sei die Gleichstellungspolitik inzwischen gut verankert, was jedoch nicht hieße, dass künftig auf frauenpolitische Instrumente verzichtet werden könne. In den internationalen Abteilungen der FES ist Gender Mainstreaming bereits seit Jahren ein Schwerpunkt der politischen Arbeit, wie Didice Godinho Delgado, ehema-

lige Vorsitzende der CUT-Frauenkommission, aus der erfolgreichen Arbeit des brasilianischen Gewerkschaftsdachverbands CUT berichtete. Als Fazit der Diskussion bleibt die Aufforderung, „Gender Controlling“ als Instrument zur Herstellung der Geschlechtergleichheit verstärkt in Institutionen einzusetzen und daneben autonome frauenpolitische Strukturen als eine tragende Säule des Gender-Gedankens beizubehalten bzw. zu schaffen. Innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung bleibt die Frauenförderung ein zentrales Thema: in der internationalen Arbeit, in den politischen Bildungsprogrammen in Deutschland und in der wissenschaftlichen Arbeit.



# Organigramm

## Vorstand

Vorsitzender: Holger Börner

Stellvertreter/in:  
Ernst Breit  
Anke Fuchs

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
und Geschäftsführer:  
Dr. Jürgen Burckhardt

## Politische Bildung

### Akademie der Politischen Bildung

Prof. Dr. Thomas Meyer  
(wissenschaftliche Leitung)  
  
Reinhard Weil  
(geschäftsführender Leiter)

### Gesellschaftspolitische Information

Frank D. Karl

### Dialog Ostdeutschland \*\*

Uwe Ziegler

## Internationale Zusammenarbeit

### Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Dr. Ernst-J. Kerbusch

### Internationaler Dialog\*\*

Dr. Uwe Optenhögel

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit \* \*\*

Klaus-Peter Schneider (Bonn)  
Peter Donaiki (Berlin)

### Zentrale Aufgaben \* \*\*

Dr. Michael Domitra

### Koordination Genderpolitik \*

Dr. Ursula Mehrländer

### Revision \*

Karl-Heinz Spiegel

### Akademien

Kurt-Schumacher-Akademie  
(Bad Münstereifel)  
Dr. Helmut Mörchen  
  
Alfred-Nau-Akademie  
(Bergneustadt)  
Wolfgang Gisevius

Gesellschaft für politische  
Bildung e.V. \*\*\*  
(Akademie Frankenwarte,  
Würzburg)

Georg-von-Vollmar-  
Akademie e.V. \*\*\*  
(Kochel am See/München)

### Regionalbüros

Julius-Leber-Forum  
(Schleswig-Holstein,  
Hamburg, Bremen)  
Wilfried Hoppe  
  
Fritz Erler Forum  
Stuttgart  
Helmut Elischer  
  
BayernForum (München)  
Dr. Eva Brehm/Horst Schmidt  
  
Regensburg  
Harald Zintl

### Akademiegespräche/ Interkultureller Dialog \*\*

Dr. Johannes Kandel

### Akademie Management und Politik

Gisela von Mutius

### MedienAkademie

JournalistenAkademie:  
Hartmut Heß  
OnlineAkademie:  
Peter Hurrelbrink

### Redaktion Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte \*\*

Dr. Norbert Seitz

### Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz

### Regionale Gesprächskreise

Frank D. Karl

### Landesbüros

Niedersachsen (Hannover)  
Egmond Eckardt

### Regionalbüro

Rheinland-Pfalz/Saarland  
(Mainz)  
Rolf Mantowski

### Frauenpolitik (NRW)

Dr. Monika  
Langkau-Herrmann

### Forum Politik und Gesellschaft \*\*

Katja Meyer

### Forum Berlin \*\*

Axel Schmidt-Gödelitz

### Landesbüros

Berlin \*\*  
Ursula Koch-Laugwitz  
  
Brandenburg (Potsdam)  
Eugen Meckel  
  
Mecklenburg-Vorpommern  
(Schwerin)  
Erik Gurgsdies  
  
Sachsen  
Dresden: Christoph Wielepp  
Leipzig: Matthias Eisel  
Chemnitz: Karl-Heinz Becher  
  
Sachsen-Anhalt  
(Magdeburg)  
Joachim Schlütter  
  
Thüringen (Erfurt)  
Luise Rürup

### Kommunalpolitische Bildung \*

Siegbert Heid

### Afrika

Dr. Werner Puschra  
Gewerkschaftsbeauftragter:  
Hubert Schillinger

### Asien und Pazifik

Dr. Beate Bartoldus  
Gewerkschaftsbeauftragter:  
Erwin Schweißhelm

### Lateinamerika und Karibik

Peter Hengstenberg  
Gewerkschaftsbeauftragter:  
Dr. Achim Wachendorfer

### Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika

Dr. André Gärber  
Gewerkschaftsbeauftragter:  
Hans Reimar v. Mutius

### Entwicklungspolitik \*\*

Christiane Kesper  
Grundsatzaufgaben  
Menschenrechte:  
Peter Schlaffer  
Globalisierung\*\*:  
Jürgen Stetten  
Nachkontakte:  
Ursula Hoffstadt  
Evaluierung:  
Christiane Kesper

### Koordinationsaufgaben

Gewerkschaftskoordination  
International:  
Erwin Schweißhelm  
Gender/Frauenförderung:  
Astrid Ritter-Weil  
Wirtschafts- und Sozial-  
entwicklung:  
Norbert von Hofmann  
Medien- und Kommunikation:  
N.N.

### Westliche Industrieländer \*\*

Pia Bungarten  
Gewerkschaftsbeauftragter  
Dr. Reinhold Plate

### Mittel- und Osteuropa \*\*

Dr. Reinhold Sohns  
Gewerkschaftsbeauftragter  
Dr. Marc Meinardus

### Internationale Politikanalyse \*\*

Dr. Michael Dauderstädt

### Redaktion Internationale Politik und Gesellschaft

Dr. Alfred Pfaller

### Gewerkschaftskordinator Industrieländer \*\*

Dr. Uwe Optenhögel

### Redaktion Eurokolleg \*\*

Anne Seyfferth

\* Direkt dem Geschäftsführer unterstellt

\*\* Organisationseinheiten befinden sich  
ganz oder teilweise in Berlin

\*\*\* Durch FES gefördert

## Mitgliederversammlung des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung

### Kuratorium

### Wissenschaftliche Arbeit

#### Studienförderung

Dr. Friedrich-Wilhelm Witt  
Stv.: Dr. Manuela Erhart

#### Historisches Forschungszentrum

Prof. Dr. Dieter Dowe

#### Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum

Dr. Jochem Langkau

#### Grundsatzfragen

Dr. Manuela Erhart

#### Sozial- und Zeitgeschichte

Prof. Dr. Dieter Dowe

#### Wirtschaftspolitik

Dr. Jochem Langkau

#### Auswahl

Reineke Schmoll-Eisenwerth

#### Archiv der sozialen Demokratie

Prof. Dr. Michael Schneider  
Stv.: Dr. Ulrich Cartarius

#### Arbeit und Sozialpolitik

Dr. Ursula Mehrländer

#### Förderung

Maria Holona  
Rose Bischof  
Adalbert Schlag  
Marianne Braun

#### Bibliothek

Dr. Rüdiger Zimmermann  
Stv.: Rainer Gries

#### Technik und Gesellschaft

N.N.

#### Studienbegleitende Förderung und Nachkontakte

Josef Minzenbach

#### Karl-Marx-Haus Trier

Dr. Hans Pelger

#### Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig/Bonn

Prof. Dr. Dieter Dowe

#### Tagungsstätte Venusberg

Anmeldung:  
Hilke Käding

### Verwaltung

#### Verwaltung und Rechnungswesen

Dr. Gerhard Fischer  
Stv.: Dr. Joachim Schubert

#### Personal- und Sozialwesen

Lothar Hüttemeister  
Stv.: Dr. Jürgen Brummel

#### Controlling und Organisation

Dr. Joachim Schubert

#### Personal Inland

Lothar Hüttemeister

#### Informationstechnologien

Peter Bujny

#### Gehälter und tarifliche Leistungen Inland

Reinhold Merten

#### Finanzbuchhaltung

Dieter Göring

#### Personal Ausland

Dr. Jürgen Brummel

#### Projektabrechnung Inland

Dieter Eisert

#### Technische Dienste/ Hausverwaltung Bonn

Wolfgang Schultz

#### Projektabrechnung Ausland

Hans-Jürgen Schürmann

#### Kantine/Politischer Club

Rolf Bock

#### Verwaltung/Beschaffung

N.N.

#### Koordination Konferenz- zentrum/Finanzen/Bau- maßnahmen Berlin \*\*

Heiner Naumann

### Gesprächs- und Arbeitskreise \*\*

#### Grundwerteforum

Prof. Dr. Thomas Meyer

#### Forum Internationale Wirtschaft

Dr. Alfred Pfaller

#### Internationale Politik

Dr. Uwe Optenhögel

#### Kommunalpolitik

Siegbert Heid

#### Streitforum

Prof. Dr. Thomas Meyer

#### Managerkreis

Hans Mathieu

#### Entwicklungspolitischer Dialog

Christiane Kesper

#### Kocheler Kreis – Wirtschaftspolitik

Dr. Jochem Langkau

#### Zukunft der Demokratie

Prof. Dr. Thomas Meyer

#### Bildung, Forschung, Innovation

Hans Mathieu

#### Politik und Medien

Klaus Reiff

#### Wirtschaftspolitische Diskurse

Dr. Jochem Langkau

#### Ökologische Marktwirtschaft

Albrecht Koschützke

#### Wirtschaft und Politik

Hans Mathieu

#### Rechtspolitisches Forum

Axel Schmidt-Gödelitz

#### Arbeit – Betrieb – Politik

Hajo Lanz

#### Strukturreform der öffentlichen Verwaltung

Albrecht Koschützke

#### Dialog Wirtschaftspolitik

Hans Mathieu

#### Bildungsforum

Gisela Zierau

#### Sozialwissenschaften

Frank D. Karl

#### Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Albrecht Koschützke

#### Zukunft der Gewerkschaften und Politik

N.N.

#### Forum Europa

Pia Bungarten

#### Europäische Integration

Lothar Witte

#### Arbeit und Soziales

Dr. Ursula Mehrländer

#### Forum Jugendpolitik

Katja Meyer

#### Geschichte

Prof. Dr. Dieter Dowe

#### Innovative Verkehrspolitik

Karl-Hans Weimer

#### Migration und Integration

Dr. Ursula Mehrländer

#### ForumFrauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik

Katja Meyer

#### Kultur und Politik

Axel Schmidt-Gödelitz

Axel Schmidt-Gödelitz

#### Autorenlesungen

Klaus-Peter Schneider

# FRAUEN & GENDER POLITIK & POLITIK

Koordinatorin: **Dr. Ursula Mehrländer**  
Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum  
Leiterin der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-245, Fax: 0228/883-398, Ursula.Mehrlaender@fes.de

Sekretariat:  
Gisela Ehlen  
Tel.: 0228/883-246  
Fax: 0228/883-398  
Gisela.Ehlen@fes.de

## **Ansprechpartnerinnen:**

### **Katja Meyer**

Dialog Ostdeutschland  
Forum Politik und Gesellschaft  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin  
Tel.: 030/26935-832  
Katja.Meyer@fes.de

### **Bettina Luise Rürup**

Dialog Ostdeutschland  
Landesbüro Thüringen  
Nonnengasse 11  
99084 Erfurt  
Tel.: 0361/59802-0  
Luise.Ruerup@fes.de

### **Dr. Monika Langkau-Herrmann**

Gesellschaftspolitische Information  
Frauenpolitik NRW  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-214  
Monika.Langkau-Herrmann@fes.de

### **Magda Schirm**

Gesellschaftspolitische Information  
Regionalbüro Rheinland-Pfalz  
Große Bleiche 18-20  
55116 Mainz  
Tel.: 0631/960670  
Magda.Schirm@fes.de

### **Brigitte Nake-Mann**

Akademie der Politischen Bildung  
Gesellschaft für politische Bildung e.V.  
Akademie Frankenwarte  
Leutfresserweg  
97082 Würzburg  
Tel.: 0931/804640  
Brigitte.Nake-Mann@fes.de

### **Dr. Eva Brehm**

Akademie der Politischen Bildung  
BayernForum München  
Elisenhof, Prielmayerstr. 3  
80335 München  
Tel.: 089/515552  
Evamaria.Brehm@fes.de

### **Gisela von Mutius**

Akademie der Politischen Bildung  
Akademie Management und Politik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-329  
Gisela.VonMutius@fes.de

### **Dr. Barbara Stiegler**

Wirtschafts- und sozialpolitisches  
Forschungs- und Beratungszentrum  
Arbeit und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-270  
Barbara.Stiegler@fes.de

### **Dr. Gisela Notz**

Historisches Forschungszentrum  
Sozial- und Zeitgeschichte  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-467  
Gisela.Notz@fes.de

### **Dr. Manuela Erhart**

Studienförderung  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-647  
Manuele.Erhart@fes.de

### **Anne Seyfferth**

Internationaler Dialog  
Westliche Industrieländer/  
Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin  
Tel.: 030/26935-816  
Anne.Seyfferth@fes.de

### **Astrid Ritter-Weil**

Internationale Entwicklungszusammenarbeit  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Entwicklungspolitik  
Tel.: 0228/883-603  
Astrid.Ritter-Weil@fes.de

### **Dr. Beate Bartoldus**

Internationale Entwicklungszusammenarbeit  
Asien und Pazifik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-516  
Beate.Bartoldus@fes.de

### **Hannelore Biermann**

Frauenbeauftragte  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-633  
Hannelore.Biermann@fes.de